

böllthema

Zuversicht: Timothy Garton
Ash über die Sehnsucht
nach Freiheit

Zivilcourage: Agnieszka
Holland über ihren
neuen Film «Green Border»

24-1

Zukunft: Robert Habeck
über den europäischen
Grünen Deal



Europa – ein Versprechen



Krieg in Europa, die sich zuspitzende Klimakrise, Europas Position im globalen Machtgefüge: Die Europäische Union steht vor historischen Herausforderungen. Das Jahr 2024 entscheidet darüber, wie es weitergehen wird. Zwischen dem 6. und 9. Juni haben Wahlberechtigte in allen Mitgliedstaaten zum zehnten Mal in der Geschichte der EU die Möglichkeit, zur Europawahl zu gehen.

Bei dieser Wahl steht viel auf dem Spiel. Es geht um die zukünftige Unterstützung der Ukraine. Es geht um die notwendige Reform und Erweiterung der EU, die Hand in Hand gehen müssen. Es geht darum, den europäischen Grünen Deal umzusetzen, eine neue Wirtschaftsdynamik zu entfachen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Nicht zuletzt entscheidet die Wahl über unser Selbstverständnis und unsere Rolle in der Welt und vor allem auch über die Zukunft einer demokratisch verfassten Union: Aktuelle Umfragen sehen rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch, die Zukunftsängste schüren und Stimmung gegen Brüssel machen, aber keine Antworten auf die Probleme unserer Zeit haben. Wir brauchen aber positive und mutige Ideen für Europa.

Die letzten Parlamentswahlen in Polen stimmen mich optimistisch. Auch die Proteste in Deutschland zum Schutz der Demokratie vor der rechtsextremen AfD geben derzeit Grund zur Zuversicht, wenn auch gewiss nicht zur Entwarnung.

In dieser Ausgabe finden Sie Beiträge zur Lage und Zukunft der Europäischen Union. Ich hoffe, dass viele der rund 400 Millionen Wahlberechtigten zur Wahl gehen und gerade jetzt sagen: Ja zum Versprechen Europa!



Jan Philipp Albrecht,
Vorstand der Heinrich-
Böll-Stiftung e.V.

Ihr Jan Philipp Albrecht

Editorial

- 1 Von Jan Philipp Albrecht
-

Wo wir stehen

- 3 **Europa größer und stärker machen**
Viele Jahrestage geben 2024 Anlass zu feiern, doch die Aufgabe, Europa wieder zusammenzubringen, ist noch nicht beendet. Texte von Anna Lührmann und Jan Lipavský
-

Dossier zur EU

- 6 **Die EU und die Europawahl einfach erklärt!**
Von Melanie Bernhofer und Joan Lanfranco
-

Ukraine

- 13 **«Wir haben keine weiteren 30 Jahre Zeit»**
In Kriegszeiten wie jetzt in der Ukraine kann jedes Zögern Menschenleben kosten.
Von Juri Durkot
-

Antisemitismus

- 15 **«Wir müssen uns fragen: Warum sind die Haltungen so versteinert?»**
Daniel Cohn-Bendit über die Spaltung in den Gesellschaften und die Notwendigkeit, den Schmerz der Gegenseite anzuerkennen.
Interview: Marc Berthold
-

Polen

- 18 **Ein Lichtblick in Europa**
Polnische Bürger*innen haben mit der Wahl 2023 ein klares Signal gegen die illiberalen Tendenzen in ihrem Land gesetzt.
Von Joanna Maria Stolarek
-

20 Jahre EU-Erweiterung

- 19 **Jahr des Aufbruchs 2004 – welche Hoffnungen richten sich heute auf die Zukunft?**
Stimmen aus Polen, der Slowakei, Ungarn, von Rom*nja in Europa, aus der Türkei und dem Westbalkan
-

Das Große Interview

- 24 **«Wir müssen beweisen, dass freie Gesellschaften es besser machen»**
Timothy Garton Ash über den Krieg in der Ukraine, Rückschläge in der Demokratieentwicklung und die Sehnsucht nach Freiheit.
Interview:
Roderick Kefferpütz
-

Sozialpolitik

- 29 **Das Europa der gemeinsamen Probleme**
Ein europäisches Sozialmodell der Zukunft muss in einer neuen Form der «Solidarischen Adaption» gefunden werden.
Von Heinz Bude
-

Ökologie und Wirtschaft

- 31 **Der europäische Grüne Deal**
Seine Ziele, seine Kernbereiche, seine Schwachpunkte.
Von Patrizia Heidegger
- 33 **Volle Kraft voraus**
Grüne Klima- und Wirtschaftsminister*innen aus Deutschland, Österreich, Irland und Belgien skizzieren, was nötig ist, um den europäischen Grünen Deal zum Erfolg zu führen.
- 37 **Im antiökologischen Backlash**
Die Entsolidarisierung, die Panik und die Ignoranz in der «Mitte» unserer Gesellschaft sind eine echte Bedrohung.
Ein Kommentar von Matthias Quent
-

- 38 **«Wir müssen liefern»**
Hannes Lorenzen über die Ursachen der Bauernproteste und einen Neustart in der Gemeinsamen Agrarpolitik.
Interview:
Eva van de Rakt
-

Außen- & Sicherheitspolitik

- 40 **Russlands Überfall auf die Ukraine – eine Zäsur**
Der Krieg hat gezeigt, wie defizitär die europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist.
Von Jana Puglierin
-

- 43 **Weichenstellung für Europa**
Um die geopolitische Landschaft mitzugestalten, muss die EU ihre Verteidigungsindustrie stärken.
Von Andris Sprüds und Imants Lieģis
-

Asyl und Migration

- 44 **«Make Empathy Great Again!»**
Die polnische Regisseurin Agnieszka Holland über ihren Film «Green Border».
Interview:
Eva van de Rakt
- 47 **Flüchtlingsschutz in Europa**
Aktuell geschwächt, in Zukunft ausgehöhlt? Die Reform des Asylsystems bedroht fundamentale Rechte.
Von Neda Noraie-Kia
-

In Bildern

- 48 **Das erste Mal**
2024 dürfen in Deutschland auch Minderjährige bei der Europawahl abstimmen. Sechs Statements von Erstwähler*innen zeigen: Die EU muss mehr tun, um junge Menschen zu erreichen.
Von Christina Focken
-

Die Reportage

- 52 **Narrative hinterfragen: Auf der Suche nach den Menschen dahinter**
Die Narrative Change Academy der Schwarzkopf-Stiftung hat ein bemerkenswertes Projekt auf die Beine gestellt.
Von Susanne Lang
-

Perspektivwechsel

- 55 **Blick von außen: Wie schaut die Welt auf die EU?**
Fünf Beiträge aus Argentinien, Indien, dem Vereinigten Königreich, Südafrika und den USA.
-

Das letzte Wort

- 60 Von Ágnes Heller

Europa größer und stärker machen

Viele Jahrestage 2024 werden uns daran erinnern, wie Trennung und Teilung beendet wurden. Gleichzeitig zeigen sie auch, dass die Aufgabe, Europa wieder zusammenzubringen, noch nicht beendet ist. Die Erweiterung der EU liegt in unserem ureigensten Interesse. Wenn unsere Nachbarschaft sicher und stabil ist, sind wir alle sicherer und Europa stabiler.

Texte von Anna Lührmann
und Jan Lipavský



«Europa größer und stärker machen»

Anna Lührmann

Vor fast genau 20 Jahren, am 1. Mai 2004, stand ich inmitten einer euphorischen Menschenmenge auf der Oderbrücke zwischen Frankfurt (Oder) und Ślubice. Pünktlich um Mitternacht öffneten der damalige Außenminister Fischer und sein polnischer Amtskollege Cimoszewicz die Grenze zwischen Polen und Deutschland. Zeitgleich bejubelten Hunderttausende Menschen in ganz Europa den Beitritt der zehn neuen EU-Mitgliedsländer Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern. In dieser Nacht wuchs die EU von 15 auf 25 Mitglieder.

Ich war damals als Bundestagsabgeordnete nach Frankfurt gereist, um den historischen Moment selbst mitzuerleben. Seitdem ist viel passiert. Die neuen Mitgliedstaaten haben seit ihrem Beitritt zur EU massiv an Wirtschaftskraft hinzugewonnen. In Tschechien etwa lag das Bruttoinlandsprodukt 2004 bei 11.700 US-Dollar pro Kopf, nach knapp 20 Jahren EU-Mitgliedschaft liegt es bei etwa 30.500 US-Dollar – fast eine Verdreifachung. Litauen hat seine Wirtschaftskraft pro Kopf im gleichen Zeitraum sogar vervierfacht (statista.com, Oktober 2023). Unzählige Menschen haben seither über offene Grenzen hinweg Familien gegründet, Freundschaften geschlossen oder Unternehmen aufgebaut.

Die EU-Erweiterung ist eine Erfolgsgeschichte. Diese Erfolgsgeschichte sollten wir fortschreiben. Denn auch die Zukunft der Ukraine, Moldaus, des westlichen Balkans und Georgiens liegt in der EU. Die Länder des westlichen Balkans sitzen schon lange in deren Warteraum. Die Menschen dort verlieren langsam die Hoffnung, die EU verliert an Glaubwürdigkeit. Das weiß Putin zu nutzen: Er destabilisiert mit Geld, Hass und Fake News die gesamte Region und versucht, Europa damit zu schwächen. Gleichzeitig bombardiert er Tag und Nacht die Ukraine, weil sich die Ukrainerinnen und Ukrainer für eine Zukunft in der EU entschieden haben. Für die Ukraine ist die EU ein Versprechen. Ein Versprechen auf ein Leben in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit. Dieses Versprechen sollten wir einlösen. Denn die Erweiterung ist nicht nur gut für die Menschen in den zukünftigen Mitgliedsländern. Sie liegt auch in unserem

ureigensten Interesse: Wenn unsere Nachbarschaft sicher und stabil ist, sind wir alle sicherer und Europa stabiler.

Die EU muss auf globaler Bühne mit einer Stimme sprechen und geschlossen agieren

Aber zur Realität gehört auch: Eine größere EU ist nicht automatisch eine stärkere EU. Bereits jetzt sind wir oft zu träge, zu langsam und zu zerstritten. Deshalb müssen wir parallel zur Erweiterung auch die Reform der EU vorantreiben. Momentan kann ein einzelner Mitgliedstaat die gesamte EU lahmlegen. Das muss ein Ende haben. Wir müssen die Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik, in der Erweiterungspolitik und in der Steuerpolitik ausweiten und somit handlungsfähiger werden. Wir wollen, dass die EU auf der globalen Bühne endlich mit einer Stimme spricht, geschlossen agiert und unsere Werte und Interessen gegen Autokraten verteidigen kann.

Unsere Werte müssen wir jedoch nicht nur nach außen, sondern auch nach innen verteidigen. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte – das ist das Fundament, auf dem die EU steht. Dieses Fundament müssen wir schützen. Hier darf es keine Rabatte geben – weder für derzeitige noch für zukünftige EU-Mitglieder. Deshalb sollten wir die Rechtsstaatsinstrumente der EU schärfen und die Frage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum der Reformdebatte stellen. Schließlich braucht die EU eine adäquate Finanzausstattung, weshalb wir schauen müssen, wie wir ihre Einnahmen steigern können.

Die Debatte um Erweiterung und Reform der EU wird den kommenden Europawahlkampf prägen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Europa größer und stärker



▲ Anna Lührmann

machen! Die nächste EU-Erweiterung würde ich gerne in Tirana, Sarajewo, Belgrad, Skopje, Podgorica, Kyjiw, Chişinău oder Tiflis feiern – auch dieses Mal wieder inmitten einer euphorischen Menschenmenge von Europäerinnen und Europäern.

Dr. Anna Lührmann ist Europa-Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Rheingau-Taunus – Limburg. Bis 2021 arbeitete sie als Juniorprofessorin und Demokratieforscherin an der Universität Göteborg.

«Es ist an der Zeit»

Jan Lipavský

Europa und seine Bürger*innen werden 2024 manche Jahrestage ihrer jüngsten gemeinsamen Geschichte begehen. Wir feiern 35 seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, ein Ereignis, das die Teilung des Kontinents in den freiheitlichen Westen und den unfreien Osten beendet hat. Jahrzehntlang waren Bürger*innen gezwungen, unter dem Joch des sowjetischen Kommunismus zu leben. Am 1. Mai werden auch 20 Jahre vergangen sein, seit sich die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten der Nordatlantischen Allianz (NATO) und der Europäischen Union anschlossen; mein Land ging den ersten Schritt in diese Richtung bereits 1999, als es der NATO beitrug.

Die vergangenen 20 Jahre haben Tschechien, die deutsch-tschechischen Beziehungen sowie die Europäische Union verändert. Befürchtungen, die es nicht

nur in Deutschland gab, haben sich nicht bewahrheitet. Der deutsche Arbeitsmarkt ist mitnichten von tschechischen Arbeitskräften überflutet worden, dafür florieren manche unternehmerischen Bereiche in Deutschland heute dank tschechischer Facharbeiter*innen – sei es direkt in Deutschland oder in den Tochtergesellschaften der deutschen Firmen in Tschechien. In den Grenzgebieten zu Deutschland hat die Kriminalität nicht zugenommen. Viele Menschen in Deutschland haben sich vor etwas gefürchtet, was nicht eingetreten ist, und viele haben nicht mit der Entwicklung gerechnet, die wir heute sehen.

Diese Jahrestage erinnern uns aber auch daran, dass die Aufgabe, Europa wieder zusammenzubringen, bei Weitem noch nicht beendet ist. Die Ukraine, Moldau und die Länder des Westbalkans sind bisher außen vor geblieben. Die entstandenen grauen Zonen sind zu einem gefundenen Fressen für den russischen Diktator Wladimir Putin geworden, der nach Gelegenheiten Ausschau hält, wie er sein Regime mithilfe äußerer Aggressionen stützen kann.

Wir alle haben die Signale übersehen, die auf diese Gefahr im Osten Europas hindeuteten. Dafür ernten wir nun die bitteren Früchte, nicht nur mit dem blutigen Krieg gegen die Ukraine, sondern auch mit den Erfolgen, die die populistischen Parteien in der EU verzeichnen. Wir haben nicht geahnt, wie viel Kraft uns der Kampf mit den Autoritären, den Diktatoren und Extremisten kosten wird; wie einfach es für sie sein wird, Fake News zu verbreiten, und wie destruktiv sie sich eines Tages auf unsere Gesellschaften auswirken werden. Umso dringender ist es nun, die Außen Grenzen der EU sowie unsere gemeinsame Verteidigungspolitik zu stärken.

Tschechien möchte anderen Ländern die Hilfe gewähren, die es einst bekommen hat

Wir sind uns bewusst, dass unser EU-Beitritt eine strategische Entscheidung war. Vor mehr als 20 Jahren hat die EU von dem Wettbewerb der jeweiligen Kandidatenländer, den man einst «Regatta-Prinzip» genannt hat, abgesehen. Die Erweiterung ist auf der politischen Ebene

beschlossen worden, erst dann wurden die Wettbewerbsanforderungen erfüllt. Ich glaube, dass man genauso auch in den nächsten Erweiterungsrounden vorgehen muss, bei den Ländern des Westbalkans, der Ukraine oder bei anderen osteuropäischen Staaten.

Tschechien möchte nun den Beitrittsländern und der kämpfenden Ukraine die gleiche Hilfe gewähren, die es einst selbst bekommen hat. Wir sind ein Land, dessen Bürger*innen sich noch für die EU begeistern und für positive Änderungen einsetzen möchten. Die Unterstützung für die Ukraine und die Hilfe, die Geflüchtete bei uns erfahren, ist im europäischen Pro-Kopf-Vergleich ganz außerordentlich.

Wir möchten zu einer europäischen Politik beitragen, die transparenter und näher an den Bürger*innen ist. Folgerichtig möchten wir das Prinzip der Subsidiarität einhalten.

Der Ausdruck wahrer Freizügigkeit ist auch ein Internet ohne Zensur und der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen im Rahmen der EU. Ich glaube, dass Tschechien allen Beitrittsländern mit seiner Stimme in der EU zur Seite stehen kann. Als ein Land, das erfolgreich die Probleme eines Neulings überwunden hat und dermaßen reif geworden ist, dass es vor anderthalb Jahren den Europäischen Rat in dem halben Jahr seines Vorsitzes auch unter enorm schwierigen Umständen souverän geleitet hat.

Die 20 Jahre, die seit der jüngsten Erweiterungswelle ins Land gezogen sind, stellen im Menschenleben eine Zeitspanne dar, in der man schon Erfahrungen gesammelt, aber noch nicht den Mut verloren hat, etwas zu verändern. Es ist an der Zeit, die Europäische Union stärker und die Kooperation unter den Mitgliedsländern effizienter zu machen. Es ist an der Zeit, die Arbeit, die europäische Leader nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums Ende der 1980er Jahre angefangen haben, zu Ende zu bringen und den europäischen Kontinent zu einem Raum der gemeinsamen Sicherheit und Prosperität zu vereinen.

Jan Lipavský ist seit Dezember 2021 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik. Von 2017 bis 2021 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses des Parlaments. Dort hatte er die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses inne.



▲ Jan Lipavský

Die EU und die Europawahl einfach

Dossier:
Melanie Bernhofer und
Joan Lanfranco

erklärt!

27 EU-Mitglied-
staaten



Die nächste
Europawahl
wird die

10.

Direktwahl
zum Europäischen
Parlament.

Die Europawahl
findet
alle

5

Jahre
statt.

Datum
der nächsten
Europawahl

**6. – 9.6.
2024**

Die wichtigsten EU-Institutionen

7
Fraktionen



Europäisches Parlament (EP)

wird von den Bürger*innen gewählt und verabschiedet die EU-Gesetzgebung zusammen mit dem Rat der EU.



Europäische Kommission

besteht aus 26 Kommissar*innen und 1 Kommissionspräsident*in, nimmt im politischen System der EU die Aufgaben der Exekutive wahr und ist die Hüterin der Verträge, vertritt die gemeinsamen Interessen der EU und schlägt EU-Gesetze vor.



Europäischer Rat

setzt sich aus den Staats- und Regierungschef*innen der 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen und legt die allgemeinen politischen Prioritäten der EU fest.

Folgende europäische politische Parteien sind aktuell im Europäischen Rat vertreten: Europäische Volkspartei/EVP (9), Demokraten für Europa/ALDE (6), Europas/SPE (5), Europäische Konservative und Reformer/EKR (3), Unabhängige (4). (Stand: November 2023)



Rat der Europäischen Union

vertritt die Ansichten der nationalen Regierungen und verhandelt europäische Gesetzgebungen. Ihm gehören die Fachminister*innen der Mitgliedstaaten an, er trifft sich in zehn Ratsformationen.

● EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

ist der diplomatische Dienst der EU.

● EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

ist die Zentralbank der EU-Länder, die den Euro als Währung verwenden.

● GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION (EuGH)

überwacht die Anwendung des EU-Rechts.

● EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF

überprüft die Einnahmen und Ausgaben in sämtlichen Politikbereichen der EU und trägt damit zur Rechenschaftspflicht und Transparenz bei.

● AUSSCHUSS DER REGIONEN

vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten EU und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab.

● EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

setzt sich aus Vertreter*innen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und anderen Interessensvertreter*innen zusammen. Er legt den EU-Institutionen Stellungnahmen zu EU-Themen vor und bildet so eine Brücke zwischen den Entscheidungsorganen und den Bürger*innen.

Mehrheiten im Europäischen Parlament (EP)

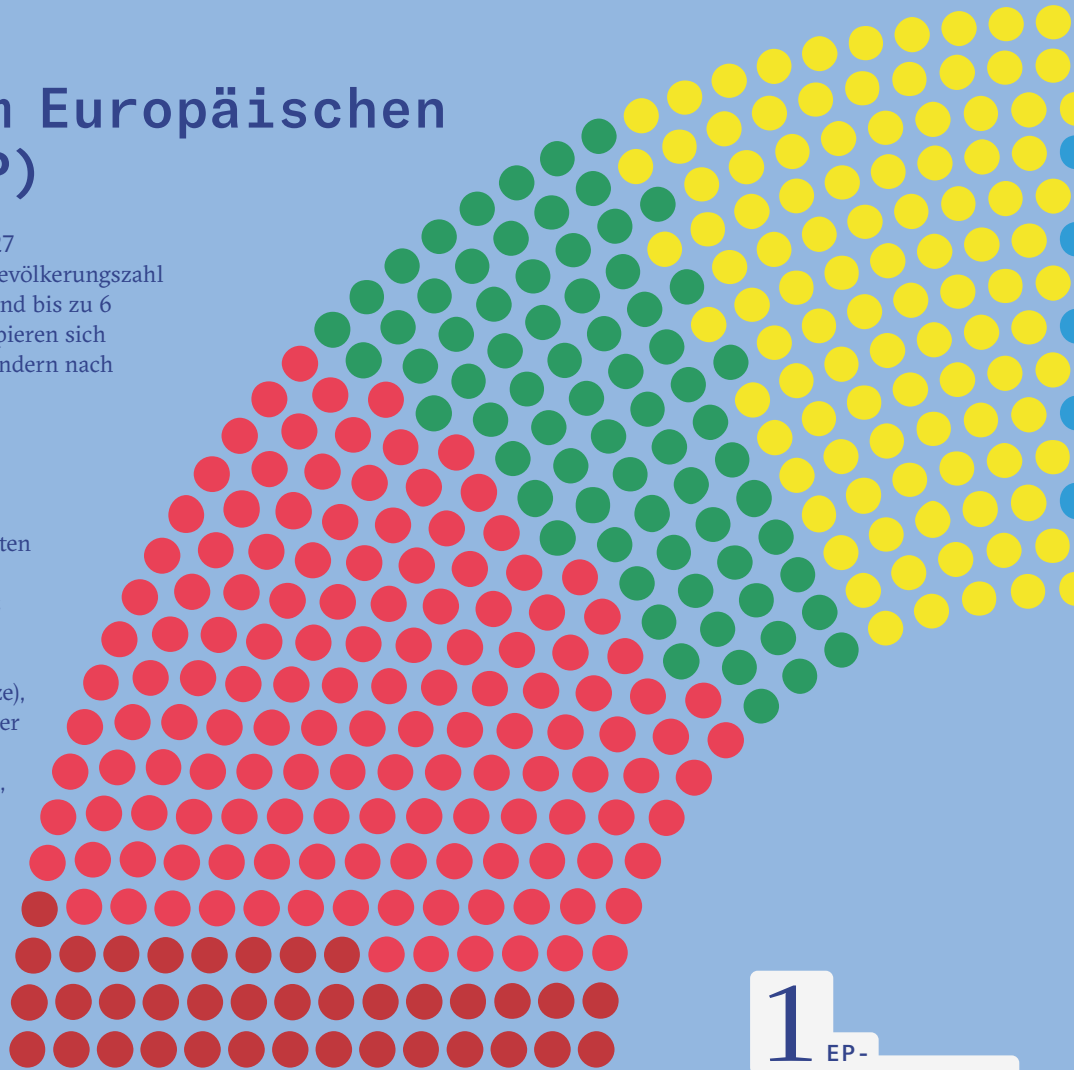
Das EP hat derzeit 705 Sitze, die auf die 27 EU-Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Bevölkerungszahl verteilt sind. Von 96 Sitzen für Deutschland bis zu 6 Sitzen für Malta. Nach der EP-Wahl gruppieren sich die Abgeordneten nicht nach Ländern, sondern nach Fraktionen.

Derzeit gibt es 7 Fraktionen im EP:

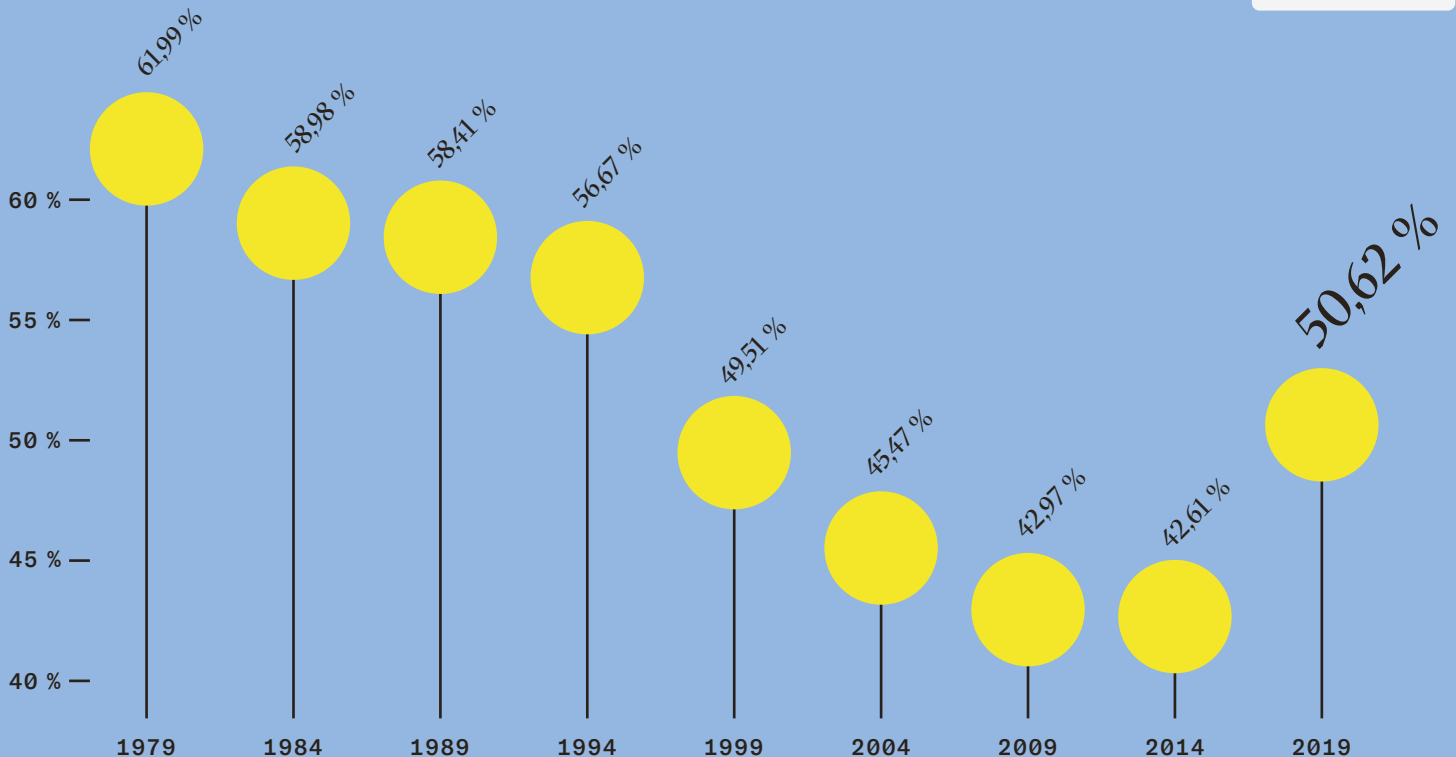
- Die Linke GUE/NGL (37 Sitze),
- Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D, 140 Sitze),
- Die Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA, 72 Sitze),
- Renew Europe (102 Sitze),
- Europäische Volkspartei (EVP, 178 Sitze),
- Europäische Konservative und Reformier (EKR, 68 Sitze),
- Identität und Demokratie (ID, 59 Sitze),
- und
- 49 fraktionslose Abgeordnete.

Fraktionen im Europäischen Parlament

Stand: März 2024

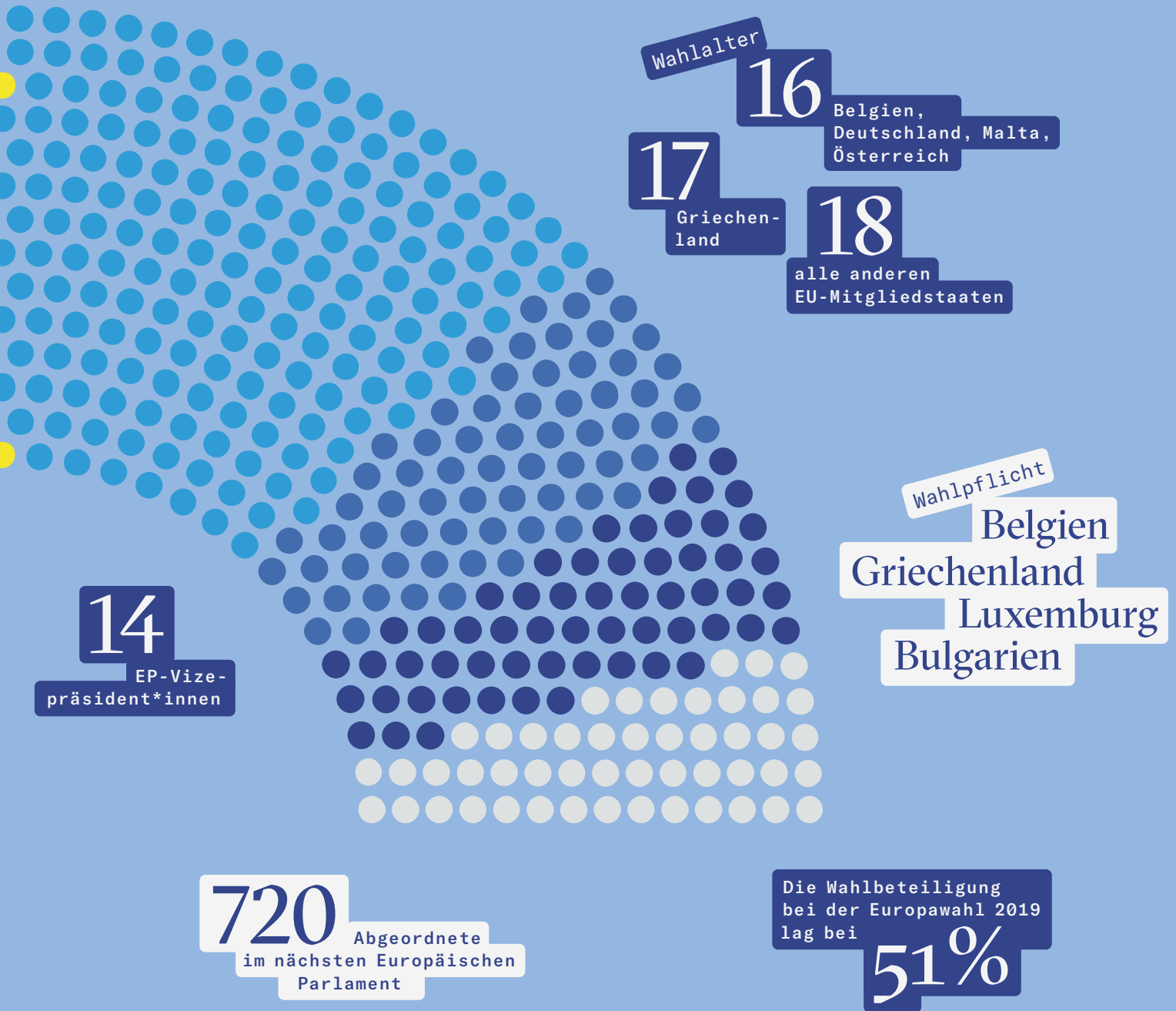


1 EP-Präsident*in



Beteiligung an den Europawahlen von 1979 bis 2019

Quelle: Statista 2023



Wie geht es nach der Europawahl weiter?

1. Die Fraktionen werden gebildet.
2. Das Europäische Parlament wählt seine*n Präsident*in.
3. Der Europäische Rat unterbreitet einen Vorschlag für eine*n Präsident*in der Europäischen Kommission, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Europawahl.
4. Das Europäische Parlament stimmt über den*die vorgeschlagene*n Kommissionspräsident*in ab. Bei Ablehnung muss der Europäische Rat innerhalb von einem Monat einen neuen Vorschlag machen.
5. Bei Zustimmung bittet der*die gewählte Präsident*in die Mitgliedstaaten, ihre Kandidaturen für Kommissionsmitglieder einzureichen – jeder Mitgliedstaat schlägt seine Kandidat*in vor (derzeit 26 Kommissar*innen).
6. Die Kandidat*innen werden vor den Ausschüssen des Europäischen Parlaments angehört, die sie bestätigen müssen.
7. Das Europäische Parlament stimmt über die Zustimmung der vorgeschlagenen Europäischen Kommission als Ganzes ab.

Zeitstrahl zur Geschichte der EU

1951

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wird von den sechs Gründermitgliedstaaten ins Leben gerufen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande).

1981

Griechenland tritt der EG bei.

1979

Das Europäische Parlament wird zum ersten Mal direkt gewählt.

1973

Das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark treten der EG bei.

1974

Die Staats- und Regierungschefs der EG beschließen, sich regelmäßig als Europäischer Rat zu treffen.

1967

Die Exekutivorgane der drei Gemeinschaften (EGKS, EWG und Euratom) werden zusammengelegt.

1957

Die Römischen Verträge schaffen die Grundlage für eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und gemeinsame Institutionen wie eine parlamentarische Versammlung, einen Gerichtshof und einen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Fortan ist von den «Europäischen Gemeinschaften» (EG) die Rede.

1987

Die zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnen die «Einheitlichen Europäischen Akte», um den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (die «vier Grundfreiheiten») zu ermöglichen und bis 1992 einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu schaffen.

1989

In Mittel- und Osteuropa finden friedliche Revolutionen statt. Der Eiserne Vorhang fällt.

1994

Der Ausschuss der Regionen konstituiert sich. Das Schengener Abkommen tritt in Kraft.

1995

Die EU wächst auf 15 Mitgliedstaaten an (hinzu kommen Österreich, Finnland und Schweden).

1986

Portugal und Spanien treten der EG bei.

1985

Die Kommission präsentiert ihr Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes. Das Schengener Abkommen u.a. zur schrittweisen Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wird von Deutschland, Frankreich sowie den Beneluxstaaten beschlossen.

1993

Durch den Vertrag von Maastricht wird die Europäische Union, wie wir sie heute kennen, errichtet. Nach dem Maastrichter Vertrag stützt sich die EU auf drei Säulen: die Europäische Gemeinschaft, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik. Außerdem werden die Bedingungen und der Zeitplan für die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion festgelegt.

1997

Die EU-Außenminister unterzeichnen den Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft tritt.

1999

Der Euro wird als Buchgeld in der Eurozone eingeführt. Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft und schafft wichtige Voraussetzungen für die Erweiterung der Europäischen Union. Er stärkt das Europäische Parlament und die äußere Handlungsfähigkeit, so wird ein Hoher Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik benannt. Die Türkei wird Beitrittskandidatin der EU. Der Konvent der Europäischen Charta der Grundrechte nimmt seine Arbeit auf.

2016

Das Vereinigte Königreich stimmt in einem Referendum für einen Austritt aus der EU (Brexit).

2002

Der Euro wird als Währung eingeführt. Der Europäische Rat von Kopenhagen beschließt die Aufnahme von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten und entwickelt die sogenannten Kopenhagener Beitrittskriterien.

2007

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Die 27 EU-Staaten unterzeichnen nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages stattdessen den Vertrag von Lissabon, der die vorherigen Verträge ändert.

2020

Das Vereinigte Königreich verlässt die Europäische Union, weshalb man nun von der EU-27 spricht.

2004

Zehn weitere Länder treten der EU bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

2010

Montenegro wird Beitrittskandidat der EU.

2014

Albanien wird Beitrittskandidat der EU.

2003

Der Konvent zur Zukunft der EU schließt seine Arbeit am Entwurf einer Europäischen Verfassung ab, und die Regierungskonferenz beginnt mit der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags. Zudem wird der Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vereinbart.

2012

Serbien wird Beitrittskandidat der EU.

2013

Kroatien wird das 28. EU-Mitglied.

2001

Der Europäische Rat beschließt auf dem Gipfel von Laeken eine umfassende Reform der EU und die Einrichtung eines Konvents zur Zukunft der Europäischen Union.

2009

Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Er hat zum Ziel, die Entscheidungsprozesse zu demokratisieren und effizienter zu gestalten, so erhält das EU-Parlament zum Beispiel mehr Befugnisse und die europäische Bürgerinitiative wird eingeführt.

2000

In Nizza einigen sich die Staats- und Regierungschef*innen auf einen neuen Vertrag (Nizza-Vertrag), der das Beschlussfassungssystem auf die Erweiterung vorbereitet und 2003 in Kraft tritt.

2005

Der Versuch, eine europäische Verfassung einzuführen, scheitert, da Frankreich und die Niederlande in Volksabstimmungen dagegen stimmen. Nordmazedonien wird Beitrittskandidat der EU.

2022
und 2023

Bosnien-Herzegowina, Moldau, die Ukraine und Georgien werden Beitrittskandidaten der EU.

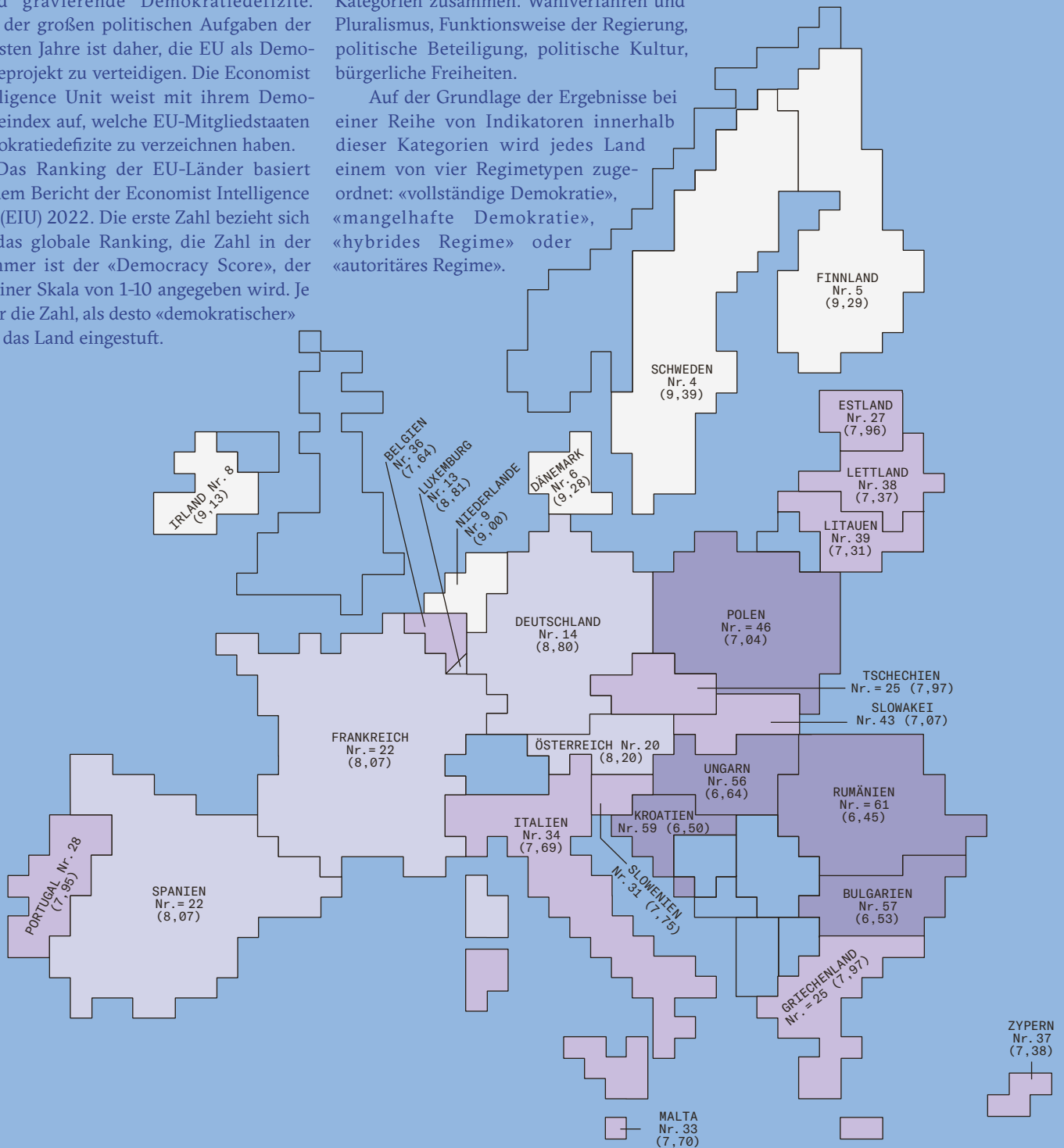
Demokratie in der EU – Index

In den EU-Mitgliedstaaten gibt es zunehmend gravierende Demokratiedefizite. Eine der großen politischen Aufgaben der nächsten Jahre ist daher, die EU als Demokratieprojekt zu verteidigen. Die Economist Intelligence Unit weist mit ihrem Demokratieindex auf, welche EU-Mitgliedstaaten Demokratiedefizite zu verzeichnen haben.

Das Ranking der EU-Länder basiert auf dem Bericht der Economist Intelligence Unit (EIU) 2022. Die erste Zahl bezieht sich auf das globale Ranking, die Zahl in der Klammer ist der «Democracy Score», der auf einer Skala von 1-10 angegeben wird. Je höher die Zahl, als desto «demokratischer» wird das Land eingestuft.

Der Score setzt sich aus folgenden fünf Kategorien zusammen: Wahlverfahren und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Beteiligung, politische Kultur, bürgerliche Freiheiten.

Auf der Grundlage der Ergebnisse bei einer Reihe von Indikatoren innerhalb dieser Kategorien wird jedes Land einem von vier Regimetypen zugeordnet: «vollständige Demokratie», «mangelhafte Demokratie», «hybrides Regime» oder «autoritäres Regime».



«Wir haben keine weiteren 30 Jahre Zeit»

Resolutes Handeln gehörte nie zu den Stärken der Europäischen Union. Demokratien haben andere Vorzüge als kurze Entscheidungswege. Aber reicht das auch in Kriegszeiten, wie jetzt in der Ukraine, in denen jedes Zögern Menschenleben kostet?

Text: Juri Durkot

Wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine – es muss Anfang März 2022 gewesen sein – habe ich einen etwas sentimentalen Text über Europa geschrieben. Überwältigt von einer Flut von altertümlichen SMS, E-Mails und sonstigen Meldungen, die ich kaum alle beantworten konnte, war ich meinen Freunden und Bekannten in verschiedenen europäischen Ländern dankbar. Alle haben ihre Hilfe angeboten, mir und meiner Familie Zuflucht in Aussicht gestellt – in Deutschland, Frankreich, Österreich, Norwegen, Polen oder sonst wo. Ich habe mir eine imaginäre Reise quer durch Europa vorgestellt, durch Länder, die ich zumindest einmal besucht habe, von Nord nach Süd. Wohl gemerkt, es waren nicht alle Länder, die meine Füße jemals betreten haben. Außerdem waren auf dieser zufällig gewählten Route Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Jenes politischen Gebildes, das allgemein als Erfolg europäischer Integration und in zahlreichen ärmeren Ländern der Welt als Kontinent des Wohlstands gesehen, von diversen Rechtspopulisten als Zerstörer des heiligen Nationalstaates verteufelt wird. Jener Gemeinschaft, die bisher nur ein Land, verführt von seinem Inselstolz, freiwillig verlassen hat; jener Gemeinschaft, in der nur ein Land, eingehüllt in die Weiten der Pannonischen Ebene, das die ihr zugrunde liegenden Werte regelmäßig untergräbt und sie wohl von innen zerstören will – den Radikalen aller möglichen Couleurs in allen europäischen Ländern und dem Diktator in Moskau zur Freude.

Doch meine imaginäre Reise, die ich in einer anderen Zeit und unter anderen Umständen durchaus hätte unternehmen können – womöglich werde ich dies nach dem Krieg tatsächlich tun –, diente einem anderen Zweck. Nämlich den Lesern und Leserinnen klarzumachen, warum ich mein Heimatland nicht verlasse. Denn in diesen ersten Tagen nach der Invasion dachte ich – wie viele Ukrainer im Gegensatz zu westlichen Politikern und Experten – nicht



▲ Juri Durkot

daran, aufzugeben. Wir dachten daran, dass wir für unsere Freiheit kämpfen müssen. In den europäischen Hauptstädten hatte man sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich mit der Ukraine solidarisiert. Mit Worten, aber noch nicht mit Waffen.

Die osteuropäischen EU-Staaten haben aus ihren Erfahrungen heraus anders agiert

Seitdem habe ich viele Texte geschrieben. Mal überwältigt von einer unglaublichen Hilfsbereitschaft einfacher Menschen in Polen, Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern. Mal verzweifelt über das Versagen der deutschen Politik und die Weigerung der Bundesregierung, eine Lieferung von Sanitätspanzern zu bewilligen. Mal begeistert über freiwillige Helfer in Europa, die uns mit allen möglichen Hilfsgütern versorgten. Mal verärgert über die europäischen Pazifisten, die das Böse nicht beim Namen nennen wollten und zwischen dem Angreifer und dem Opfer nicht wirklich unterscheiden konnten. Oder über europäische Politiker, die immer neue – und sinnlose – Gespräche mit Putin suchten und mit einer resoluten militärischen Unterstützung zögerten, um den russischen

Diktator nicht zu provozieren. Damit die Lage nicht eskaliert, wie es offiziell im politischen Slang hieß. Als wären das ständige Bombardement der ukrainischen Städte und die Morde an Zivilisten keine Eskalation gewesen. Die osteuropäischen EU-Staaten, die in ihrer Geschichte den Horror des Stalinismus und die kaum vorstellbare Brutalität der sowjetischen Okkupation erlebt haben, agierten ganz anders.

30 lange Jahre bis zu dem Entschluss, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen

Schnelle Entscheidungen und resolutes Handeln gehörten nie zu den Stärken der Europäischen Union. Eine Gemeinschaft, die auf Konsens ihrer Mitglieder setzt, kann sich nur langsam bewegen. Demokratien haben andere Stärken als kurze Entscheidungswege. Das Bemühen um politischen und gesellschaftlichen Kompromiss hat sie stabiler gemacht, als dies auf den ersten Blick scheinen mag, wenn auch nicht immun gegen Manipulation und Hass in der Welt der Social Media. Aber reicht das auch in Kriegszeiten, in denen jede verzögerte Entscheidung Menschenleben kostet? Die Kluft zwischen einem Land im Krieg und einem Land im Frieden scheint fast unüberwindbar zu sein, wie ich im Oktober 2022 während der Frankfurter Buchmesse bei einer meiner äußerst selten gewordenen Auslandsreisen feststellen musste. Da wird die Gesellschaft von ganz anderen Sorgen getrieben.

Seit die Ukraine die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als strategisches Ziel definiert hat und dann grünes Licht für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen gegeben wurde, sind knapp 30 Jahre vergangen. Wäre es passiert, wenn das Land nicht überfallen worden wäre? Wohl kaum. Bei aller Freude hinterlässt dies einen bitteren Beigeschmack. Warum müssen so viele Menschen sterben, damit man sich zu einer zukunftsweisenden Entscheidung durchringt (und selbst das nicht ohne Widerstände)? Offenbar sind Visionäre im Facebook-Zeitalter rar geworden.

Freilich war der Weg der Ukraine in diesen 30 Jahren nicht geradlinig. Zweimal hat man versucht, dem Land ein autokratisches Modell aufzuzwingen, und beide Male hat die Gesellschaft darauf mit einem Aufstand reagiert. Bei der Orangen Revolution von 2004 und dem Euromaidan von 2013-2014 haben wir vielleicht nicht das Beste erreicht, aber das Schlimmste verhindert. Bisweilen erinnerte der Dialog zwischen der Ukraine und der Europäischen Union an ein Gespräch zwischen einem Autopiloten und einem Anrufbeantworter, wie einmal ein ukrainischer Politikwissenschaftler sarkastisch bemerkte. Die Regierung in Kyjiw bestand auf einer expliziten Formulierung der Beitrittsperspektive in einem offiziellen Dokument, wenn auch ohne rechtliche oder zeitliche Bindungen, und machte dabei nicht allzu viele Anstrengungen, notwendige Reformen durchzusetzen. Brüssel wies vorschriftsmäßig darauf hin, dass jedes Land das Recht hat, der EU beizutreten, wenn es die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Es sah nicht wirklich danach aus, dass der Wille auf beiden Seiten vorhanden war,

Die neue «Generation Unabhängigkeit» schaut nicht nostalgisch zurück

Doch in diesen 30 Jahren ist eine Generation herangewachsen, die nicht mehr in der Sowjetunion geboren wurde. Zwar hätte man dazu auch diejenigen Jungen und Mädchen zählen können, die in den letzten Lebensjahren der UdSSR geboren worden sind und diese nicht mehr bewusst wahrgenommen haben. Doch in einer Umfrage im August 2021 nannte man die Jahrgänge ab 1991 symbolisch: «Generation Unabhängigkeit». Für die meisten dieser jungen Männer und Frauen war die Sowjetunion tatsächlich völlig fremd.

Es ist eine Generation, die – im Gegensatz zu ihren Altersgenossen und der Gesellschaft in Russland – keine Nostalgie im Zusammenhang mit dem Kommunismus und der sowjetisch-imperialen Vergangenheit verspürt. Wie das Umfrageinstitut «Rating» feststellte, bedauerten nur 10 Prozent der 18- bis 24-Jährigen den Zerfall der UdSSR, bei den 25- bis 30-Jährigen waren es gerade mal 15 Prozent. Noch viel wichtiger war, dass bereits im Jahr 2013 die Mehrheit der Bevölkerung in der Ukraine nicht mehr nostalgisch auf die UdSSR zurückblickte, und seitdem ist die Anzahl der Anhänger des kommunistischen Imperiums kontinuierlich gesunken. Hier zeigten die Umfragen in Russland wiederum eine klar gegenläufige Tendenz. Ein halbes Jahr vor dem russischen Überfall waren UdSSR-Nostalgiker bereits in jeder ukrainischen Altersgruppe eine Minderheit. Der russische Überfall hat den Rest getan.

Die «Generation Unabhängigkeit» konnte bisher zwar noch nicht in politisch führende Positionen aufrücken, spielte aber bereits beim Euromaidan von 2013-2014 eine wichtige Rolle. Und schon damals ging es um die europäische Integration. Die Proteste, bei denen anfangs Studenten eine zentrale Rolle spielten, fingen an, nachdem die damalige ukrainische Regierung sich plötzlich geweigert hatte (übrigens direkt nach dem Besuch des damaligen ukrainischen Präsidenten und Möchte-Gern-Diktators Wiktor Janukowytch bei seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin), das ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

2022 plädierten knapp 90 Prozent der Bevölkerung für die EU-Mitgliedschaft

Bereits damals waren die Anhänger des EU-Beitritts des Landes in der Mehrheit. Diese Mehrheit ist kontinuierlich gewachsen, 2021 plädierten bereits rund zwei Drittel der Bevölkerung für die Mitgliedschaft. Der russische Überfall sorgte für einen sprunghaften und dramatischen Zuwachs – seit März 2022 bewegen sich die Zahlen knapp unter der 90-Prozent-Marke. Und zwar unabhängig von der Region und der Altersgruppe.

Ich weiß nicht, ob jemals in einem Land solche Werte erreicht worden sind. Doch das sind alles nur Zahlen. Man könnte auch andere Zahlen nehmen – die der Getöteten und Verwundeten. Beim Euromaidan waren es mehrere Dutzend, in dem von Russland 2014 angezettelten Krieg im Donbas waren es Tausende, nun nach dem massiven russischen Überfall und täglichem Terror gegen Zivilisten geht die Rechnung auf Zig- oder gar Hunderttausende. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass jedes Opfer für europäische Werte gestorben ist, aber jedes wollte in Freiheit, Frieden, Würde und Wohlstand leben. Das mögen Diktatoren nicht. Deswegen sind sie bereit, unabhängige Länder zu überfallen und Menschen zu töten. Man darf das hinter den trocken Zahlen diverser Statistiken nicht vergessen. Wir Europäer haben keine weiteren 30 Jahre Zeit.

Juri Durkot, geboren in Lemberg, ist Journalist, Übersetzer, Dolmetscher, Schriftsteller. Er studierte Germanistik in Lwiw und Wien und schrieb als freier Journalist für österreichische Zeitungen. Von 1995 bis 2000 war Juri Durkot Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Seit Ende 2000 ist er als freier Journalist, Publizist, Übersetzer und Produzent tätig und arbeitet für die deutschsprachige Presse sowie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.



▲ Daniel Cohn-Bendit

«Wir müssen uns fragen: Warum sind die Haltungen so versteinert?»

Interview*: Marc Berthold

Daniel Cohn-Bendit über die Facetten des Antisemitismus und Rassismus im heutigen Europa, die tiefe Spaltung in den pluralen Gesellschaften und die Notwendigkeit, den Schmerz der Gegenseite anzuerkennen.

Inwiefern war der 7. Oktober für dich und auch für die Gesellschaften in Europa eine Zäsur?

DANIEL COHN-BENDIT: Der 7. Oktober war für uns alle eine Zäsur. Niemand hat sich vorstellen können, dass so eine Art von Pogrom möglich ist. Er war eine Zäsur für ganz Europa und für die Juden in Europa, wenn auch auf unterschiedliche Art. Die Juden in Europa wurden wieder an ihre Identität erinnert, an die sie bis dahin im Alltag nicht ständig denken mussten. Und für Europa war es eine Zäsur, weil die europäischen Gesellschaften nach diesem Ereignis gemerkt haben, wie gespalten sie sind. Wir führen zu den Fragen der Haltung zu Israel, zu Antisemitismus, zu Palästina und den Palästinenser*innen Auseinandersetzungen, die ich in dieser Heftigkeit nicht erwartet habe.

Haben wir eine Chance, diese pluralen Gesellschaften dafür zu sensibilisieren, gemeinsam gegen Rassismus und Antisemitismus zu kämpfen?

Zunächst ist erschreckend zu sehen, wie tief die Spaltung in unseren Gesellschaften ist. So tief, dass zum Beispiel auf einer großen Demonstration am Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen am 25. November Feministinnen aus dem Demonstrationzug gedrängt wurden, weil sie zu Solidarität mit den vergewaltigten Frauen in Israel aufgerufen hatten. Ein Teil der Gesellschaften in Europa will das Leiden der Menschen in Israel nach dem 7. Oktober nicht sehen. Was ich ebenfalls erschreckend finde, auch im privaten Umfeld: Viele Palästinenser lehnen es ab, die Hamas zu verurteilen. Ich glaube, wir können den Antisemitismus nur überwinden, indem wir ein konkretes Angebot machen, diese Situation vor Ort zu überwinden. Und das kann nur die Zwei-Staaten-Lösung sein.

Du sagst auch: Um den Antisemitismus und den Rassismus zu überwinden, müssen alle in der Lage sein, die Probleme der anderen zu sehen.

Ja. Als Jude oder Israeli muss ich die Probleme der Palästinenser mit der Nakba sehen, im Zuge der

Staatsgründung Israels im Jahr 1948, und was sie für die Menschen bedeutet hat. Und als Palästinenser muss ich nachvollziehen, warum dieser Staat Israel nach den Pogromen in Osteuropa und nach der Shoah entstanden ist. Nur wenn wir versuchen, die Sicht der Gegenseite zu verstehen, werden wir diese Spaltung überwinden. Ansonsten ist der Kampf gegen Antisemitismus, ob christlich oder muslimisch, eine langfristige Aufgabe. Hannah Arendt hat gesagt: «Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher.» Und das vielleicht nicht mehr lange, seitdem Elon Musk auf den Mond fliegen will.

Das Leid der anderen anzuerkennen: Warum ist das für beide Seiten so schwer, auch hier in Europa?

Es ist doch merkwürdig. Im Jemen sind Hunderttausende Muslime umgebracht worden, davon viele Frauen und Kinder. Im Frühjahr 2015 ist ein palästinensisches Flüchtlingslager in Syrien vom IS und von Assad zerstört worden, mit Tausenden von Toten. Keine Reaktion. Wenn aber Muslime oder Palästinenser von Israelis umgebracht werden, dann ist Empörung da. Das steht auch im Zusammenhang mit «antiimperialistischen», «antikolonialistischen» Denkmustern der Linken hier in Europa, die weit bis in die 1950er Jahre zurückreichen.

In welche Richtung sollten sich diese Denkmuster aufweichen?

Die jetzige Auseinandersetzung stellt die Linke ganz klar vor die Frage: Was bedeutet für uns diese antiimperialistische Solidarität? Wir, die Linke, waren solidarisch mit Kuba, mit Fidel Castro und Che Guevara. Was ist daraus geworden? Diktatur. Vietnam, Vietcong? Was ist daraus geworden? Diktatur. Nicaragua? Diktatur. Das heißt, die Herausforderung für die Linke aller Schattierungen ist, diese Solidarität mit dem bewaffneten Freiheitskampf zu hinterfragen. Was haben wir falsch gedacht und warum? Wie hätte das anders laufen können? Und deswegen rate ich jedem, mal wieder Camus zu lesen in der Auseinandersetzung mit Sartre,

um zu sehen, dass auch die algerische Befreiungsbewegung dem Muster entspricht, das zu einer Diktatur geführt hat.

Du kennst sowohl die Linke in Deutschland als auch die in Frankreich sehr gut. Gibt es Unterschiede in der Haltung zu dem Konflikt im Nahen Osten?

Ich glaube, der Antizionismus in seiner Radikalität, der ja auch zu Antisemitismus führen kann, ist zahlenmäßig stärker in Frankreich. In Deutschland setzt allein die deutsche Geschichte Grenzen. Aber strukturell haben wir die gleichen Probleme. Ich habe den Eindruck, dass Juden – wie in der gesamten Gesellschaft – auch bei uns in der Linken eine Sonderstellung haben, weil sie schwer zu fassen sind. Und sich daher so eine Haltung eingeschlichen hat: Die Juden stören. Ich glaube, ein Teil der Gesellschaft spürt sogar eine klammheimliche, nicht artikuliert Freude: Die Juden, die belehren uns immer und jetzt spüren sie mal, was sie auch anderen antun.

Wie könnte die muslimische und arabische Bevölkerung für die gemeinsame Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus gewonnen werden, ohne dass sie sich angegriffen fühlt und unter Generalverdacht gestellt sieht?

Es geht ja nicht darum, dass sich die muslimische und arabische Bevölkerung hinter Israel stellt. Wir müssen erstmal anerkennen, wie tief der Graben ist. Wir sehen, wie versteinert viele arabische Herzen gegenüber dem Leid der Juden sind. Und wir müssen verstehen, warum sie so versteinert sind. Ich glaube, das hat sich aus einem Unterlegenheitsgefühl der muslimischen Welt gegenüber der Moderne entwickelt, dem Gefühl, man sei einer «kolonialen Macht» unterlegen. Auch wenn ich das im Fall Israel für völligen Unsinn halte.

Was bleibt uns zu tun?

Wir müssen uns fragen: Wie schaffen wir im Alltag in Deutschland oder in Frankreich eine Situation, in der wir zu einer anderen Form der Debatten, der Diskussion, der Einbeziehung der islamischen und arabischen Bevölkerung kommen? Es ist ja für beide Seiten schwierig, ihre Anteilnahme, ihr Entsetzen oder ihre Hilflosigkeit zu artikulieren. Ich merke, auch privat, dass ganz wenige Muslime bereit sind, Anteilnahme zu artikulieren. Und umgekehrt nur eine kleine Minderheit von Juden ihr Entsetzen, ihre Hilflosigkeit artikulieren kann angesichts dessen, was in Gaza im Moment passiert. Wir müssen diese Mauern aufbrechen, wir müssen uns fragen: Warum sind diese Haltungen so versteinert? Sonst wird es nicht klappen.

Die Rechte in Europa spricht derzeit nur noch vom «importierten Antisemitismus». Hat sie ihren eigenen Antisemitismus vergessen?

Man muss sagen, dass die neuen rechten Führungen Giorgia Meloni und Marine Le Pen sehr geschickt sind. Und vielleicht auch davon überzeugt sind, den Antisemitismus in ihrer Geschichte überwunden zu haben; wobei der Philosemitismus der Rechten natürlich auch ein gefundenes Vehikel ist, ihre Islamophobie radikaler auszuleben. Aber selbstverständlich gibt es in ihren Parteien auch Antisemitismus. Was an

der großen Demonstration gegen Antisemitismus in Paris interessant war: Ja, Marine Le Pen war da – hinter ihr zwei, drei Reihen. Die Masse der Mitglieder vom «Rassemblement National» war nicht da. Das heißt, der große Teil der französischen Rechten, der italienischen oder der deutschen, bleibt antisemitisch.

Welche Rolle kann die EU bei der Bekämpfung von Antisemitismus und bei der Verteidigung der pluralen Einwanderungsgesellschaften spielen?

Ich sehe da drei Ebenen: Die erste Ebene ist die Haltung zum Nahostkonflikt. Hier muss die EU eine radikale Position der Zwei-Staaten-Lösung vertreten und auch versuchen durchzusetzen. Die zweite Ebene betrifft die Einwanderungs- und Migrationspolitik. Hier braucht die EU selbst erstmal Klarheit. Sie muss einen Unterschied machen zwischen Asyl und Arbeitsmigration. Die EU braucht auch eine Einwanderungsgesetzgebung. Die Wirtschaft, große Firmen, kleine Unternehmer, Handwerker, die Landwirtschaft brauchen Arbeitskräfte. Und genau das kann man auf europäischer Ebene gestalten. Und wenn man das gestaltet hat, dann kann man die Frage von Asylsuchenden, die man prinzipiell nicht quotieren kann, ganz anders debattieren. Wenn wir das nicht tun, werden wir die falsch laufenden Debatten in der EU nicht verändern.

Du hast von drei Ebenen gesprochen ...

Ja, die dritte Ebene ist Ehrlichkeit. In Frankreich wird die Legalisierung von illegal Eingewanderten heftig diskutiert. Die Gegner sagen, damit schaffe man einen Pull-Faktor, hole immer mehr Leute ins Land, man müsse daran arbeiten, immer mehr Menschen abzuschieben. Aber glaubt irgendeiner wirklich, dass man 300.000 Leute ausweisen wird? Natürlich nicht. Das ist eben unehrlich in der Argumentation dieser Gegner. In Deutschland führen die letzten Entscheidungen der Ampel vielleicht dazu, dass 600 Leute mehr im Jahr ausgewiesen werden können. Da sieht man die Dimension des Problems. Die Wiederaufnahmeländer machen doch gar nicht mit! Und in viele Länder will und kann man die Menschen aus humanitären Gründen gar nicht zurückführen. All diese Fragen, die müssen wir ehrlich diskutieren, um eine rationalere Debatte über Migration und Geflüchtete zu führen.

*Das Interview wurde im November 2023 geführt.

Daniel Cohn-Bendit ist ein deutsch-französischer Publizist und Politiker von Bündnis 90/Die Grünen und Europe Écologie-Les Verts. Er war lange Zeit Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er sich vor allem für grüne und progressive Themen einsetzte. Er tritt bis heute für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts ein.

Marc Berthold ist Leiter des Pariser Büros der Heinrich-Böll-Stiftung. Von 2011 bis 2013 leitete er das Israel-Büro der Stiftung in Tel Aviv.

Polnische Bürger*innen haben mit der Wahl im Oktober 2023 ein klares Signal gegen die illiberalen Tendenzen in ihrem Land gesetzt. Die neue Regierung wird es nicht einfach haben, den Staat gegen alte Seilschaften und bereits angekündigten Widerstand zu reformieren. Aber sie wird sich konstruktiv am EU-Verhandlungstisch einbringen, auf Grundlage eines demokratischen und pro-europäischen Selbstverständnisses.

Text: Joanna Maria Stolarek

Ein Lichtblick in Europa

Polen hat sich am 15. Oktober 2023 für Europa und die Demokratie entschieden. Mit einer noch nie dagewesenen Wahlbeteiligung von 74 Prozent – in manchen Großstädten wie Warschau waren es gar um die 85 Prozent der Wahlberechtigten – setzten die polnischen Bürger*innen ein klares Zeichen gegen die illiberalen Tendenzen im eigenen Land und damit auch in Europa. Wie ein Lichtblick in dunklen Zeiten mutet dieser Frühling im Mittelosteuropa an.

Acht Jahre lang regierte ein Rechtsbündnis um die national-konservative PiS-Partei das Land mit dem Ziel, es nach eigenen Vorstellungen umzugestalten, bis hin zu einem autokratischen Staat. Die Gewaltenteilung wurde praktisch aufgehoben, der Rechtsstaat in seinen Prinzipien verletzt, die Justiz instrumentalisiert und politisiert, ähnlich wie die staatlichen Medien. Menschen- und Frauenrechte wurden eingeschränkt, staatliche Institutionen zu Instrumenten der Politik, genauso wie Bildung und Kultur. Die Europapolitik der PiS wendete sich ab von gemeinsamen Werten und verletzte EU-Verträge – und riskierte einen möglichen Poexit. Die PiS-Rhetorik basierte auf einem stark antieuropäischen, gezielt antideutschen Narrativ, das die politische Debatte vergiftete und die Gesellschaft stark polarisierte. Nicht zuletzt aus diesem Grund erlebte die Wählerschaft eine der schmutzigsten und brutalsten Wahlkampagnen in der Geschichte Polens. Trotz alledem gelang es der Opposition, breite Wählerschichten zu mobilisieren, darunter sehr viele junge Menschen (über 25 Prozent mehr als bei den letzten Wahlen) und Frauen.

Die demokratische Opposition holte die Mehrheit, die PiS bekam zwar die meisten Stimmen als Einzelpartei, verfehlte aber die absolute Mehrheit im Parlament, um eine Regierung bilden zu können. Die amtierende PiS-Regierung und der PiS-nahe Präsident verzögerten diesen Prozess bei der Opposition, sodass die konstituierende Sitzung erst am 13. Dezember 2023, also knapp zwei Monate nach der Wahl, stattfinden konnte.

Wie kann es gelingen, die zerstörte Rechtsordnung wieder herzustellen?

Die regierende Koalition – ein Dreierbündnis (Bürgerkoalition KO, Dritter Weg, Linke), dem sich insgesamt neun Parteien zuordnen – steht vor großen Herausforderungen. Nicht nur die polnische Gesellschaft, auch die europäische Öffentlichkeit schaut interessiert nach Polen: Wie kann es gelingen, ein Land entlang demokratischer Prinzipien zu reformieren, welche von der Vorgängerregierung

demontiert wurden? Wie kann es gelingen, die zerstörte Rechtsordnung wiederherzustellen? Die aktuellen Bedingungen sind mehr als schwierig: Den erforderlichen Gesetzesänderungen, etwa im Bereich der Justiz, muss der Präsident zustimmen, der der PiS nahesteht und bereits angekündigt hat, dass er von seinem Veto recht regen Gebrauch machen wird. Hier wird die Zusammenarbeit von ständigen Konflikten und Krisen gekennzeichnet sein. Um das Justizwesen zu reformieren und den Rechtsstaat wieder funktionstüchtig zu machen, braucht die Regierung die Mitwirkung des Verfassungsgerichts, das nach wie vor mit Funktionären der Vorgängerregierung besetzt ist und das wenig Bereitschaft zur Mitarbeit zeigt; es präsentiert sich eher als ein stark politisiertes Instrument der PiS-Partei. Der neue Justizminister steht vor der Aufgabe, das von der PiS-Regentschaft verursachte Rechtschaos zu beseitigen. Ähnlich sieht es bei der Reform der staatlichen Medien aus. Es wird viel Zeit brauchen, um hier sichtbare Erfolge zu erzielen. Diese Geduld werden alle engagierten Demokrat*innen aufbringen müssen.

Die Ausgangslage in Polen erfordert von der neuen Regierung eine starke Fokussierung auf die Innenpolitik des Landes, was angesichts der geopolitischen Krisen eine zusätzliche Herausforderung bedeutet. Nicht nur für die polnische Regierung, sondern auch für die europäische Politik. Denn das Land ist nicht zuletzt wegen des Angriffs Russlands auf die Ukraine und des dort andauernden Krieges zu einem Frontstaat und einem wichtigem Sicherheitsgaranten geworden. Polen ist in die europäische Familie zurückgekehrt. Die polnische Regierung wird zukünftig ihre Positionen und Interessen proaktiv einbringen, sei es in Bezug auf die Sicherheitsstrategie, die Migrationspolitik, die Energiepolitik oder die Reformen der EU. Das bedeutet nicht, dass es immer einfach werden wird. Die Tatsache aber, dass sich Polen als einer der größten Mitgliedstaaten auf Grundlage eines demokratischen und pro-europäischen Selbstverständnisses nun konstruktiv an den EU-Verhandlungstisch begibt, gibt Grund für Zuversicht.

Joanna Maria Stolarek leitet seit 2019 das Warschauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie studierte in Tübingen Germanistik, Slawistik und spanische Philologie. Über mehrere Jahre arbeitete die gelernte Journalistin für regionale Tageszeitungen als Politik- und Wirtschaftsredakteurin, engagierte sich für eine vielfältige Medienberichterstattung bei den «Neuen deutschen Medienmachern». Sie ist eine gefragte Expertin im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen.

Jahr des Aufbruchs 2004 – welche Hoffnungen richten sich heute auf die Zukunft?

Am 1. Mai 2004 wurde in vielen mittel- und osteuropäischen Hauptstädten gefeiert. Mit der in der Geschichte der Europäischen Union größten Erweiterungsrunde wurde die Teilung Europas überwunden. Groß waren die Euphorie und Freude, endlich Mitglied der europäischen Familie zu sein, die sich von 15 auf 25 Mitglieder vergrößerte.

Wie blickt man in der Region auf die vergangenen zwei Jahrzehnte zurück? Was kann aus den Erfahrungen für zukünftige Beitrittsprozesse gelernt werden? Und welche Hoffnungen verbinden Menschen in unserer Nachbarschaft heute mit dem Wunsch, Teil der EU zu werden?

Polen

«Die östliche Perspektive wird dringend gebraucht.»

Polen muss sich für Reformen in der EU engagieren. Ein seit mehreren Jahren ruhendes, deutsch-französisch-polnisches Kooperationsformat, das Weimarer Dreieck, könnte zum Vehikel für Veränderungen werden.

Text: Marek Prawda

Polen ist zu einem Beispiel für die Wirksamkeit der «europäischen Konvergenzmaschine» geworden. Bis auf einen Teil Asiens ist es wohl nirgends gelungen, einen so kohärenten Raum wirtschaftlicher Entwicklung wie in der Europäischen Union zu schaffen. Dank der Integration in die EU war Polen, gemessen am anfänglichen Entwicklungsstand, eines der sich am schnellsten entwickelnden Länder der Welt. Entscheidend dafür waren drei Prozesse: die Integration in den Binnenmarkt und die rechtliche Absicherung, die Abfederung der sozialen Kosten der Transformation sowie die Einbindung in internationale Lieferketten. Ebenso wichtig war es, den Staat in den westlichen Strukturen der liberalen Demokratie zu verankern. Aus polnischer Sicht half die EU-Mitgliedschaft auch, die fatale geopolitische Lage und damit das Sicherheitsvakuum zu überwinden.

Für derzeitige Beitrittskandidaten empfiehlt es sich, die Vorbereitungsphase möglichst effektiv zu nutzen. In ihr können bereits Verfahren angewendet und Mittel eingesetzt werden, die dem Kandidatenstaat enorm helfen können. Sich an das EU-Recht anzupassen ist eine Aufgabe, die es im eigenen Interesse bestmöglich zu bewältigen gilt. Wir betrachten den Zeitraum von 1990 bis zu unserem offiziellen EU-Beitritt im Jahr 2004 bereits als einen Prozess der realen Annäherung an die EU. Beispielsweise dauerte es in Japan (1950-1980) genauso lange wie in Polen, um von 33 Prozent auf



60 Prozent des Pro-Kopf-BIP im Verhältnis zu Deutschland zu wachsen. In Polen geschah dies im Zeitraum von 1990 bis 2018, das heißt sowohl in der Vorbereitungsphase als auch in der Mitgliedschaftsphase.

Der Sicherheitsaspekt wird auch in der EU immer wichtiger

Bei zukünftigen Erweiterungen wird es stärker darauf ankommen, die «Sicherheitsgrauzonen» in Europa zu reduzieren. Zumal wir in einer EU leben, die sich nun weniger als Regelfabrik und mehr als Schicksalsgemeinschaft versteht. In der Welt der neuen Bedrohungen wird der Sicherheitsaspekt – auch in der EU – immer wichtiger. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagt deshalb zu Recht, dass uns die EU-Erweiterung allemal weniger kosten würde als eine Nichterweiterung. Unter dem Einfluss der Kriegserfahrung in der Ukraine werden die Stimmen Osteuropas zu einer unverzichtbaren Ergänzung der europäischen Identität. Ihre Expertise wird dringend gebraucht, um der Herausforderung des imperialen Russlands zu begegnen.

Daraus ergeben sich für Polen neue Aufgaben in der EU. Polen sollte seine neue «Unentbehrlichkeit» im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess definieren. Es muss sich für Reformen der EU einsetzen, damit sich diese erweitern kann. Polen könnte auch Deutschland näher an die Länder im Norden und Osten Europas heranzuführen, die Sicherheit und Erweiterung als ihre Priorität ansehen. Ein seit mehreren Jahren ruhendes, deutsch-französisch-polnisches Kooperationsformat, das Weimarer Dreieck, sollte zum Vehikel für die oben genannten Veränderungen in der EU werden. Dafür sprechen sowohl die in Deutschland verkündete Zeitenwende als auch Pariser Initiativen im militärischen Bereich sowie die Neuausrichtung hinsichtlich zukünftiger Erweiterungsrunden. Währenddessen hat Polen als Frontland der NATO eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben angekündigt.

Marek Prawda ist Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen. Von 2016 bis 2021 war er der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen und von 2012 bis 2016 Ständiger Vertreter Polens bei der Europäischen Union. Als Botschafter Polens war er in Schweden und Deutschland und hatte leitende Positionen im Außenministerium inne. In den 1980er Jahren war er in der Solidarność-Bewegung aktiv.

Slowakei

«Hin zu aktiver europäischer Bürgerschaft»

Die slowakische Öffentlichkeit nimmt vor allem die materiellen Vorteile der EU wahr. Und in den populistischen Ansprüchen vieler Politiker*innen ist das «böse, bürokratische Brüssel» ein beliebter Sündenbock. Es wäre wichtig, die Trennung zwischen «uns» und «den anderen» zu überwinden.

Text: Oľga Gyárfášová

Im Jahr 1989 verfolgten viele meiner Generation, die auf der «falschen Seite» des Eisernen Vorhangs aufgewachsen waren und studiert hatten, hoffnungsvoll die Gespräche der polnischen Oppositionsbewegung Solidarność mit der kommunistischen Partei am ikonischen Runden Tisch, das Durchschneiden der Stacheldrahtzäune an der ungarisch-österreichischen Grenze und schließlich den Fall der Berliner Mauer. Wenig später erfolgte der schnelle Fall des Regimes auch in der damaligen Tschechoslowakei. Václav Havel wurde Präsident und das Freiheitswunder begann. Ein wichtiger Meilenstein auf dem kurvenreichen Weg der Slowakei zur Demokratie war der europäische Integrationsprozess. Der EU-Beitritt am 1. Mai 2004 bleibt die Sternstunde in der jüngeren Geschichte der Slowakischen Republik.

Die Slowakei war und ist ein reines Empfängerland von Mitteln aus europäischen Fonds. Mit EU-Geldern wurden Straßen, Eisenbahnen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser gebaut und renoviert, Plätze erneuert und Wissenschaftsparks errichtet. Hunderte Projekte zur Förderung der regionalen Entwicklung, Forschung, Gesundheit und des Umweltschutzes umgesetzt. Insgesamt werden aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds mehr öffentliche Investitionen getätigt als über den Staatshaushalt.

Nach dem Beitritt zum Schengen-Raum im Jahr 2007 entfielen die meisten innereuropäischen Grenzkontrollen. Die Bürger*innen



der Slowakei nutzen die europäischen Grundfreiheiten intensiv – sie reisen, studieren, arbeiten und gründen Unternehmen in der gesamten EU. Die Mitgliedschaft in der Eurozone fördert seit 2009 zudem den Handel und senkt die Transaktionskosten. All dies sind unbestreitbare Vorteile.

Für viele ist die EU eher ein «Geldautomat» als eine Gemeinschaft geteilter Werte

Die Bevölkerung der Slowakei ist sich dessen bewusst. Laut dem Eurobarometer im vergangenen Herbst 2023 glauben 83 Prozent der Befragten, dass unser Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert (der Durchschnitt für die EU-27 beträgt 72 Prozent). Umso erstaunlicher ist es, dass in derselben Umfrage nur 44 Prozent die EU positiv wahrnehmen, 38 Prozent äußern sich neutral, 18 Prozent sogar negativ.

Umfragen zeigen immer wieder, dass die Öffentlichkeit die materiellen Vorteile der Mitgliedschaft betont, allerdings weniger die Werte, auf denen die EU basiert – Demokratie, Frieden, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität. Für viele ist die EU eher ein «Geldautomat» als eine Gemeinschaft geteilter Werte.

Es besteht sicherlich nicht die Gefahr, dass die Slowakei aus der EU austritt, aber das «böse, bürokratische Brüssel» ist in den populistischen Reden vieler Politiker ein beliebter Sündenbock. Im öffentlichen Diskurs fehlt der Appell an die Werte, die keinen Preis haben, aber von unschätzbarem Wert sind. Solidarität erwarten wir von anderen. Um aktive europäische Bürgerschaft zu fördern, wäre es wichtig, die Trennung zwischen «uns» und «den anderen» zu überwinden.

In Zukunft wird die EU voraussichtlich um weitere Länder erweitert werden, die unsere Solidarität benötigen. Die Slowakei wird sich von einer Nettoempfängerin zu einer Nettozahlerin entwickeln. Daher ist es wichtig, dass sich die Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft in der slowakischen Öffentlichkeit in den kommenden Jahren von materiellen Vorteilen hin zur Wertschätzung der EU als Gemeinschaft von Werten verschiebt, die uns verbinden.

Olga Gyárfášová ist Soziologin und Professorin am Institut für Europa-Studien und Internationale Beziehungen der Comenius-Universität in Bratislava. Sie ist auch Gründungsmitglied des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (IVO), einem unabhängigen Thinktank. In ihrer Arbeit konzentriert sie sich auf die öffentliche Meinung, Wahlforschung, europäische Integration und politische Kultur.

Ungarn

«20 Jahre später: gebrochene Versprechen und ungebrochene Hoffnung»



Text: Márta Pardavi

Am 1. Mai 2004 feierte ich als eine von Tausenden auf einem Festival Ungarns neue Chancen für wirtschaftliches Wachstum, sozialen Fortschritt und eine tiefere Einbindung in die europäische Familie, die für uns Ungar*innen damals ein Sehnsuchtsort war. Untermauert wurde der Prozess der politischen und gesetzgeberischen Angleichung an EU-Standards durch die Verpflichtung, die Werte der Kopenhagener Kriterien zu wahren: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Uns war damals nicht hinreichend bewusst, dass in unserer neu gegründeten demokratischen Gemeinschaft keine regelmäßigen «Gesundheitschecks» verankert waren und der Zivilgesellschaft nur eine marginale Rolle zuerkannt wurde. Heute sehen wir, dass die in Kopenhagen festgelegten Grundwerte nicht eingehalten werden.

Das von Ungarn 2004 abgelegte Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ist heute kaum noch zu erkennen. In Ungarn läuten seit 2010 unentwegt die Alarmglocken wegen einer Regierung, die unabhängige Institutionen und Rechtsstaatlichkeit missachtet, fairen Wettbewerb und Medienfreiheit mit Füßen tritt, ohne Unterlass populistische Kampagnen führt und eine fremdenfeindliche sowie homophobe Politik betreibt.

Ein klares Signal gegen Angriffe auf Journalist*innen, Richter*innen und Aktivist*innen

Die EU-Institutionen, die bisweilen nur zögerlich reagiert haben, setzen sich nun mit der Bedrohung auseinander, die Ministerpräsident Orbán für das Gefüge der EU darstellt, indem er das Prinzip demokratischer Regierungsführung und die Rechte von Bürger*innen und Unternehmen untergräbt. Korruption und Angriffe gegen die

Rechtsstaatlichkeit durch rechtliche Schritte und die Aussetzung von EU-Mitteln zu bekämpfen kann zwar allein keinen demokratischen Wandel in Ungarn herbeiführen, aber dennoch unterstützen diese wertvollen Maßnahmen die Unabhängigkeit der Justiz. Sie senden zudem ein klares Signal, Frontalangriffe auf Journalist*innen, Richter*innen und Menschenrechtsaktivist*innen andersorts zu unterlassen.

Auch wenn die Feierstimmung am 20. Jahrestag des EU-Beitritts der Enttäuschung über die Politik meines Landes gewichen ist, glaube ich nach wie vor fest an die transformative Kraft der Demokratie, der Menschenrechte und des europäischen Projekts. Genau wie viele Menschen in anderen europäischen Ländern stehen die meisten Ungar*innen zu diesen Werten. Nach wie vor befürworten über 70 Prozent die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Viele EU-Bürger*innen glauben immer noch an das ursprüngliche Projekt der EU, nämlich Frieden, Wohlstand und das Wohlergehen ihrer Bürger*innen.

Heute verfügt die EU über einige Strategien und Instrumente zum Schutz der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Viele fehlen aber noch. Wir werden auf diesem Weg nur vorankommen, wenn wir intensiv in unser Projekt der Demokratie und Grundrechte investieren, bevor Ungarns Beispiel in anderen europäischen Ländern ein beunruhigend vertrautes Phänomen wird. Starke EU-Werte sind unser gemeinsames Interesse und unsere Verantwortung – in jedem derzeitigen und künftigen Mitgliedstaat. Um sie zu pflegen, müssen wir unabhängige Institutionen, eine freie Zivilgesellschaft und die Medien unterstützen und in die Lage versetzen, sich über Grenzen hinweg den Sirengesängen autoritärer Führer mit ihren falschen Versprechungen zu widersetzen.

Márta Pardavi ist Ko-Vorsitzende des Ungarischen Helsinki-Komitees, einer führenden Menschenrechts-NGO in Budapest. Als ausgebildete Juristin fokussiert sie sich in ihrer Arbeit auf die Bedrohungen für den Rechtsstaat und den Raum der Zivilgesellschaft in Ungarn und in der EU sowie auf die Stärkung von Allianzen zwischen Menschenrechtsverteidiger*innen in der EU.



Rom*nja in Europa

«Europa als Raum
und Zuhause für
alle Bürger*innen»

Rom*nja müssen in alle politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das gilt besonders für Länder, die von politischen Krisen betroffen sind. Aber auch für alle anderen.

Text: Gabriela Hrabáňová
Wir erleben gerade eine multiple Krise – Covid-19, die Energiekrise, den Krieg in der Ukraine. Gerade in solchen Zeiten ist es umso wichtiger, demokratische Werte zu verteidigen und die Rechte von Minderheiten zu schützen. Kurzfristige, stückwerkartige Lösungsversuche können die Folgen jahrhundertelanger Diskriminierung wie der unserer Minderheit nicht beseitigen.

Klar ist, dass die Zivilgesellschaft unabhängig sein und über ausreichende finanzielle Mittel verfügen muss, um ihre Watchdog-Funktion zu erfüllen und nationale wie lokale Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Derzeit aber erleben wir, wie ihre Spielräume an vielen Orten eingeschränkt werden, es gibt keine Verpflichtungen, ein sicheres Umfeld für sie zu schaffen. Dazu würde zum Beispiel der Zugang zu zivilen Dialogen gehören – im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards für Vereinigungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Was die Beteiligung von Rom*nja an politischen Prozessen betrifft, so haben der Vierte Statusbericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die "Roma Civil Monitoring"-Berichte festgestellt, dass sie nur unzureichend konsultiert werden. Ebenso, dass es nur sehr wenige partizipative und integrative Mechanismen gibt, um die Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene zu beteiligen. Vor allem aber fehlt es in diesem Kontext an Empowerment-Maßnahmen.

Klar ist, dass Rom*nja in alle politischen Maßnahmen einbezogen werden müssen, die unsere Zukunft gestalten wollen und müssen – und zwar nicht nur bei jenen Belangen, die ihre Minderheit betreffen. Sie sind zu konsultieren und beteiligen bei allen politischen Prozessen und dies in allen Staaten. Das gilt besonders für die Länder, die am stärksten von Krisen betroffen sind. Für die Zukunft der Ukraine ist es zum Beispiel äußerst wichtig, dass Minderheiten, einschließlich der Rom*nja, am Wiederaufbau des Landes beteiligt werden.

Auf Antiziganismus reagieren und Gesellschaft und Behörden sensibilisieren

Das ERGO-Netzwerk ist eine starke Kraft im Kampf gegen Antiziganismus. Über unsere Mitglieder verfolgen wir genau, was die Mitgliedstaaten tun, um unsere Teilhabe zu ermöglichen. Wir sind der Überzeugung, dass positive Veränderungen für die Roma möglich sind, wenn der Antiziganismus als die Wurzel der Ungleichheit und Ausgrenzung erkannt und bekämpft wird und wenn die Roma als gleichberechtigte Stakeholder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu müssten die Länder sich dazu verpflichten, wirksam auf Antiziganismus zu reagieren, in all seinen Erscheinungsformen. Außerdem müssten sie Ressourcen bereitstellen, um die Gesellschaft und die Behörden zu sensibilisieren.

Mit Blick auf die bevorstehende Europawahl und angesichts erstarkender rechtsextremer Parteien trägt Europa eine große Verantwortung. Sie besteht unter anderem darin, die Menschenrechte durchzusetzen und Europa als einen sicheren Raum und ein Zuhause für alle Bürger*innen zu wahren. Dazu müssen die Wahlverfahren unter anderem integrative Prozesse gewährleisten und zum Beispiel Listen aufstellen, die unsere diversen Gesellschaften realistisch abbilden.

Zusagen wurden zwar gemacht, doch es fehlen Taten. Wir werden in der Bekämpfung von Antiziganismus nur erfolgreich sein, wenn wir alle Aspekte von Inklusion angehen.

Gabriela Hrabáňová ist Menschenrechtsaktivistin aus Tschechien. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen im Schutz, in der Förderung und im Einsatz für die Rechte von Rom*nja. Sie ist seit 2011 Mitglied des European Roma Grassroots Organizations Network (ERGO Network), deren Leiterin sie aktuell ist.



Türkei

«Die Perspektive
auf einen Beitritt
nicht aufgeben»

Zwischen der EU und der Türkei könnte wieder eine positive Dynamik in Gang kommen, wenn neue Akteur*innen und Faktoren ineinandergreifen. Beide Seiten sollten auf jeden Fall im Dialog über die politischen Normen und Standards der EU bleiben und so einen Prozess der fortschreitenden Annäherung fördern.

Text: Senem Aydın-Düzgüt
Die Türkei ist ein fester Bestandteil der jahrhundertelangen Geschichte Europas. Fast seit Gründung der EU unterhält das Land auch strukturierte Beziehungen zu ihr. Beide Seiten haben sich in der Vergangenheit erfolgreich um engere Beziehungen bemüht, wie die gewachsenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Verbindungen eindeutig zeigen.

Dennoch sieht es derzeit für die weiteren Beziehungen zwischen der EU und der Türkei recht düster aus. Ein EU-Beitritt der Türkei ist kurz- bis mittelfristig keine realistische Option. Seit Beginn der Beitrittsgespräche im Jahr 2005 sind die Verhandlungen nur äußerst zäh vorangekommen. Sechzehn Kapitel wurden eröffnet und nur eines davon vorläufig abgeschlossen. Seit Juni 2016 wurde kein neues Kapitel mehr aufgeschlagen.

Die Entwicklung der Türkei weg von einer Demokratie hin zu einem hochautoritären, hierarchischen und zentralisierten Regime ließ die ohnehin schon festgefahrenen Beitrittsverhandlungen einfrieren – mit der Folge, dass die EU nur noch wenig Einfluss auf die Entwicklung der türkischen Demokratie nehmen konnte. Auch wurden die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU immer transaktionaler und der zumindest zum Teil wertebasierte Aspekt

der Beitrittsagenda ging verloren. Die Enteuropäisierung und Entdemokratisierung der Türkei, gepaart mit einer unilateralen, fordernd auftretenden Außenpolitik, haben zudem eine Spirale von Antagonismus und Distanzierung auf beiden Seiten in Bewegung gesetzt. Und so hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten das Verhältnis der Türkei zur EU deutlich verändert: vom Kandidatenland auf dem Weg zum Vollbeitritt hin zu einem Nachbarn und schließlich sogar hin zu einem Gegner.

Die große Mehrheit der türkischen Öffentlichkeit unterstützt den EU-Beitritt

Bis zum Zeitpunkt dieses Beitrags im Dezember 2023 hat sich diese Dynamik kaum verändert. Allerdings gibt uns die Geschichte der Beziehungen Hinweise darauf, dass sich in Zukunft auch wieder etwas bewegen könnte. Wenn in der EU und der Türkei eine andere Konstellation von Akteur*innen und Faktoren ineinandergreift und zusammenwirkt, kann wieder eine positive Dynamik in Gang kommen. Jüngste Meinungsumfragen und Studien in der Türkei deuten darauf hin, dass die große Mehrheit der türkischen Öffentlichkeit den EU-Beitritt unterstützt und der EU gegenüber positiv eingestellt ist. Falls die Türkei zur Demokratie zurückkehrt, ist eine vertiefte Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen, die über Migration hinaus auch eine Zollunion sowie Wirtschaft, grüne Transformation, Sicherheit und Energie umfassen könnte, durchaus möglich. Geschehen könnte dies in Form einer differenzierten Integration der Türkei in die EU. Dabei würde die Beitrittsperspektive nicht aufgegeben, sondern durch einen Prozess der fortschreitenden Übereinstimmung mit den politischen Normen und Standards der EU ergänzt werden. Deshalb ist es wichtig, die derzeit eingefrorene Beitrittsperspektive für die Türkei nicht aufzugeben. Sie könnte das einzige Instrument sein, mit dem die EU im Rahmen der neuen Erweiterungsarchitektur nach Russlands Krieg gegen die Ukraine eine sinnvolle und kooperative Beziehung zu einer künftigen, sich wieder demokratisierenden Türkei aufbauen kann.

Senem Aydın-Düzgüt ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Sabanci-Universität in Istanbul sowie leitende Wissenschaftlerin und Koordinatorin für akademische Angelegenheiten am Istanbul Policy Center. Derzeit ist sie Richard von Weizsäcker Fellow an der Robert Bosch Academy in Berlin.

Westbalkan

«Die ‹Erweiterungsmüdigkeit› überwinden – hin zu einem Neuanfang»



Die Zusammenarbeit der EU mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und verlässlichen, demokratischen Kräften könnte zur Stabilität in der gesamten Region beitragen.

Text: Lejla Gačanica

Als der Europäische Rat im Jahr 2003 verkündete, die Zukunft der westlichen Balkanstaaten liege in der Europäischen Union, erschien diese Perspektive zwar herausfordernd, aber durchaus möglich. Zwanzig Jahre später ist der Optimismus geschwunden. Obwohl die aktuelle geopolitische Lage sogar noch stärker für die Erweiterung spricht, steht der Prozess vor mehr Hindernissen als noch im Jahr 2003. Die Instabilität in Europa hat zugenommen. Der EU-Beitrittsprozess stagniert.

Die kurze Geschichte der EU-Erweiterung um sechs Länder im Westbalkan verlief holprig und war von Rückschlägen geprägt. Ungerechtfertigte Verzögerungen, Hindernisse und Vetos haben die Glaubwürdigkeit des EU-Integrationsprozesses und seinen Einfluss auf den politischen Wandel im Westbalkan untergraben. Auf der anderen Seite haben die Länder des Westbalkans in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung Rückschritte gemacht. Reformen kommen nicht voran oder sind intransparent. Die Spannungen im Westbalkan nehmen zu. Russland und China machen sich diese politische und sicherheitspolitische Instabilität zunutze und üben immer stärkeren Einfluss aus.

Dennoch kann ein EU-Beitritt immer noch eine echte, treibende Kraft im Westbalkan sein, auch in Bezug auf die notwendigen Reformen. Wir müssen uns die transformative Kraft der Erweiterungspolitik wieder vergegenwärtigen, um aus dem Kreislauf der

Unsicherheit auszubrechen, in dem die EU und der Westbalkan feststecken. Die Voraussetzungen für einen wirksamen Beitrittsprozess sind bereits gegeben. Was wir nun brauchen, ist ein strategischer Ansatz der EU gegenüber dem Westbalkan anstelle von spontanen Aktionen ohne langfristige Ergebnisse. Wir müssen die Transparenz und die Rechenschaftspflicht der EU-Verhandlungsführenden stärken; die EU muss endlich ihren Ansatz der ‹Stabilokratie› aufgeben, da sich diese Strategie bei den politischen Vertreter*innen des Westbalkans als nicht zielführend erwiesen hat.

Die Länder des Westbalkans sollten sich verpflichten, die nötigen Reformen umzusetzen

Auch wenn sich der Optimismus aktuell in Grenzen hält, ist die EU der richtige Weg für den Westbalkan – und umgekehrt. Die Stabilität der Region und Europas ist unbestreitbar sehr wichtig und die Beitrittsverhandlungen sollten daher niemals aufgegeben werden. Dazu sind mehrere Maßnahmen erforderlich, angefangen mit einer stärker und entschlossenen handelnden EU, die einen ehrlichen, glaubwürdigen und wertebasierten Erweiterungsprozess im Westbalkan gewährleistet.

Der EU-Beitritt sollte in erster Linie darauf beruhen, dass die Beitrittsbedingungen erfüllt werden. Die Staaten des Westbalkans sollten nicht darauf zählen, dass die Erweiterungskriterien angesichts der aktuellen geopolitischen Dynamik aufgeweicht werden, sondern sich vielmehr dazu verpflichten, die nötigen Reformen umzusetzen. Und die EU sollte von den Ländern des Westbalkans diese Pflicht einfordern.

Die EU muss bilaterale Streitigkeiten der EU-Mitgliedstaaten mit den Beitrittskandidaten wirksam angehen. Fragen, die nicht unter die Beitrittskriterien fallen, sollten getrennt vom eigentlichen Beitrittsprozess behandelt werden.

Die Rolle der Zivilgesellschaft ist für die Erweiterung von größter Bedeutung. Die EU sollte mit (oft oppositionellen) zivilgesellschaftlichen Organisationen und verlässlichen demokratischen Kräften zusammenarbeiten, die tatsächlich zu einer demokratischen politischen Kultur in der gesamten Region beitragen werden.

Lejla Gačanica arbeitet derzeit als unabhängige Forscherin und politische Analystin. Sie verfügt über mehr als 15 Jahre Erfahrung in der Zusammenarbeit mit internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bosnien und Herzegowina sowie in der Region Westbalkan.

«Wir müssen beweisen, dass freie Gesellschaften es besser machen.»

Interview: Roderick Kefferpütz

RODERICK KEFFERPÜTZ: Sie haben in elf politischen Werken den Wandel Europas im letzten halben Jahrhundert nachgezeichnet. Wie fügt sich Ihr neuestes Buch «Homelands» in Ihr Gesamtwerk ein?

TIMOTHY GARTON ASH: An diesem Buch habe ich im Grunde 50 Jahre lang geschrieben. Zum einen ist es eine Zusammenfassung meiner bisherigen Arbeiten zu Europa. Ich blicke zurück auf all die Ereignisse, die ich miterlebt habe, auf all die Menschen, die ich getroffen habe, und auf all die wissenschaftlichen Arbeiten und Denkansätze zu Europa im letzten halben Jahrhundert. Über diese «Geschichte der Gegenwart» hinaus ist das Buch jedoch auch eine kritische Reflexion. Aus der Warte der Retrospektive frage ich: Wie konnte es so schlimm kommen? Was haben wir liberalen Europäer*innen dermaßen falsch gemacht, dass es nach 2008 zu dem kam, was ich «die große Wende abwärts» nenne? Diese Kaskade von Krisen, vom russisch-georgischen Krieg über die Finanz- und Flüchtlingskrise und die russische Annexion der Krim bis hin zum 24. Februar 2022 und Putins Einmarsch in die Ukraine.

Was haben wir falsch gemacht?

Dieses Buch übt auch Selbstkritik. Auch ich bin einigen der vielen Formen von Überheblichkeit und Illusionen verfallen, die uns in diese Kaskade von Krisen geführt haben. Wir glaubten zum Beispiel,

der Bogen der Geschichte neige sich zu mehr Freiheit, Demokratie und liberaleren, offeneren Gesellschaften. Wie viele andere habe auch ich beim Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder wirklich geglaubt, die EU-Mitgliedschaft sei ein Garant für Demokratie in diesen Ländern. Denn so soll es ja eigentlich auch sein. Das ist die Verfassungstheorie der Europäischen Union. Kaum war ich zu diesem Schluss gekommen, begann Viktor Orbán auch schon, mir das Gegenteil zu beweisen.

Bereits 2010 begann Orbán mit der systematischen Demontage der ungarischen Demokratie ...

So ist es, und nun erpresst er die gesamte Europäische Union in einer der wichtigsten strategischen Fragen unserer Zeit: der Unterstützung der Ukraine. Auf der letzten Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2023 nahm er die EU zum Beitritt der Ukraine in Geiselhaft und blockierte anschließend die weitere notwendige finanzielle Unterstützung für die Ukraine. Die Ukraine hat auch unsere Illusion eines immerwährenden Friedens erschüttert. Wir wähten uns auf dem Weg zu einem idyllischen ewigen Frieden. Wir glaubten, die harte militärische Komponente von Sicherheit sei für uns kein Thema mehr. Diese Arglosigkeit ist uns nun gründlich vergangen. Deshalb behaupte ich, dass der 24. Februar 2022 der Beginn einer neuen historischen Ära ist.

Timothy Garton Ash ist eine der bedeutendsten Stimmen in Europa. In seinem neuesten Buch «Europa: Eine persönliche Geschichte»(im engl. Original «Homelands») schildert er, wie sich Europa von den Verwüstungen des Krieges erholte, wie es sich wiederaufbaute und sich dem Ideal eines «ungeteilten, freien und friedlichen» Europas annäherte – bis zum Einmarsch Russlands in die Ukraine. Ein Gespräch über zerschlagene Illusionen, den Krieg in der Ukraine, Rückschläge in der Demokratieentwicklung und den Kampf für Freiheit.



... und damit auch das Ende der Zeit nach dem Mauerfall, die Ära, die Sie als «post-wall» bezeichnen. Die Nachkriegszeit ab 1945 und die «Nachmauerzeit» ab 1989 bilden den konzeptionellen Rahmen, in dem Sie in Ihrem neuesten Buch die Entwicklung Europas analysieren.

Und es sind ja eigentlich überlappende Zeiträume. Das ist für die europäische Ordnung sehr ungewöhnlich. Normalerweise werden bei einem großen historischen Wendepunkt in Europa alle Karten in die Luft geworfen und fallen anschließend in ein neues Muster, wie etwa 1815 oder 1918. Die europäische Ordnung nach dem Mauerfall behielt jedoch die wesentlichen Züge der Nachkriegsordnung bei. Es wurde einfach die westeuropäische Ordnung, die sich beispielsweise durch Freiheit, liberale Demokratie, EU und NATO definiert, auf die andere Hälfte des Kontinents ausgeweitet. Aber dadurch entwickelten wir in der Zeit nach dem Mauerfall auch eine Reihe Illusionen über den Fortschritt von Frieden, Freiheit und Demokratie. In der Nachkriegszeit haben die Menschen solche Illusionen überhaupt nicht gehabt. Sie wussten, dass alles infrage gestellt werden kann. Sie wussten, wie wichtig militärische Sicherheit ist.

Spätestens der 24. Februar 2022 hat uns wieder daran erinnert.

Genau. Er zerschlägt unsere Illusionen und bedeutet damit das Ende der Ära nach dem Mauerfall. Und diese jetzt anbrechende neue Ära ist unglaublich wichtig, denn im Leben, in Beziehungen und in der Politik sind Anfänge immer ganz wichtig. Nehmen wir 1945 als Beispiel. Die frühen Nachkriegsjahre prägten die europäische Ordnung auf Jahrzehnte hin. Genauso war es in den ersten Jahren nach dem Mauerfall. Was wir jetzt tun, ist wesentlich bedeutender als das, was wir etwa 2003 oder 2013 getan haben.

Aber bedeutet der Einmarsch Russlands in die Ukraine dann wirklich das Ende der Ära nach dem Mauerfall oder ist es eher eine Rückkehr zur Nachkriegszeit? Wie Sie ja erwähnten, haben wir uns vor dem Fall der Mauer keine Illusionen von ewigem Frieden und Freiheit gemacht. Müssen wir also eher zu alten Denkweisen zurückkehren?

Man kann nicht zweimal in denselben Fluss steigen. Die Welt, in der wir heute leben, ist eine ganz andere. Von 1949 bis 1989 hatten wir eine ziemlich stabile bipolare Welt. Die Welt, in die wir zurückgekehrt

sind, ist weder wie die Nachkriegszeit noch wie die Zeit nach dem Mauerfall. Sie ähnelt eher dem Europa des späten 19. Jahrhunderts. Es ist eine Welt der Realpolitik, in der Krieg wieder ein politisches Mittel ist, und in der es keine klare bipolare Struktur gibt, sondern mehrere größere Mittelmächte. Es ist eine Welt der Bündnisse «à la carte», in der Länder wie Indien, die Türkei, Brasilien oder Südafrika überhaupt keinen Zwang verspüren, sich mit dem Westen oder dem Osten, mit uns oder China, mit uns oder Russland zu verbünden. Sie sind mit ihren mehrfachen Partnerschaften sehr zufrieden. Es ist ganz anders. Und darauf können wir Europäer*innen uns nur sehr schwer einstellen, glaube ich.

Auf den russischen Angriffskrieg hat Europa reagiert und es hat ein Umdenken stattgefunden. Wie beurteilen Sie angesichts des dritten Kriegsjahres in der Ukraine die europäische und insbesondere die deutsche Reaktion und Politik, die sich ja mit dem Ausdruck «Zeitenwende» deutlich positionierte?

Ihre Leser*innen kennen die auf Jean Monnet zurückgehende Theorie, dass die europäische Integration durch Krisen vorangetrieben wird. Jedes Mal, wenn die EU mit einer Krise konfrontiert wird, reagiert sie, und daraus ergibt sich ein Integrationsschub, der sie stärkt. In Wahrheit ist das jedoch nicht immer der Fall. Es soll mir mal jemand erklären, wie die Flüchtlingskrise von 2015/2016 die europäische Integration vorangebracht hat!

Aber im Fall der Ukraine hat der Mechanismus von Herausforderung und Reaktion funktioniert.

Eindeutig. Es herrschte beeindruckende Einigkeit und es vollzog sich ein rascher Wandel. Wer hätte am Vorabend des 24. Februar 2022 gedacht, dass die EU die Europäische Friedensfazilität nutzen würde, um Waffen und Munition für die Ukraine zu finanzieren? Das ist außergewöhnlich. Die Frage ist, ob wir es aufrechterhalten können. Sind wir in der Lage, mehr zu tun? Da die Unterstützung der USA für die Ukraine rapide schwindet, müssen wir die Ukraine noch stärker dabei unterstützen, etwas zu erreichen, das man plausibel als Sieg bezeichnen kann. Es ist kein Sieg, sich mit der derzeitigen territorialen Aufteilung zufrieden zu geben, bei der Putins Russland fast ein Fünftel der Ukraine besetzt hält. Das ist eine Niederlage. Lassen Sie uns das ganz klar sagen.

«Wenn Menschen Erfahrung mit Unfreiheit gemacht haben, sehnen sie sich nach Freiheit. Es gibt da dieses wunderbare ukrainische Wort «volya». Es bedeutet sowohl Freiheit als auch den Willen, für die Freiheit zu kämpfen.»

Was bedeutet das für die Zeitenwende? Müsste diese nach zwei Kriegsjahren nicht weiterentwickelt werden?

Deutschland hat einen langen Weg hinter sich. Nach der Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Scholz dauerte es etwa ein Jahr, bis tatsächlich die richtige Konsequenz gezogen und die Ukraine deutlich mit Waffen versorgt und unterstützt wurde. Jetzt ist Deutschland der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine. Aber jetzt ist es in der Tat auch an der Zeit, sich noch stärker zu engagieren. Wir brauchen eine zweite Wende innerhalb der Zeitenwende. Wir müssen begreifen, dass wir alles Nötige tun müssen, um der Ukraine zu einem Sieg zu verhelfen, den man auch ernsthaft als solchen bezeichnen kann; der von der Ukraine als Sieg, von Russland als Niederlage und vom Rest der Welt als Sieg der Ukraine und Niederlage Russlands wahrgenommen wird. Meinungsumfragen zufolge ist der Rest der Welt nämlich der Meinung, der Westen befinde sich in einem Krieg mit Russland, den Russland gewinnt. Unsere westliche und europäische Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Dies ist der nächste Schritt, der zum zweiten Jahrestag der Zeitenwende erfolgen muss.

«Homelands» beschreibt nicht nur die Stimmung und den politischen Mut europäischer Bürger*innen, sondern zeigt auch, wie politische Führungspersönlichkeiten wie Helmut Kohl, Margaret Thatcher oder Michail Gorbatschow die Geschichte geprägt haben. Wer sind diese politischen Führungspersönlichkeiten heute? Putin, Xi, Selenskyj – wird die Geschichte heute eher von Persönlichkeiten außerhalb der EU geprägt?

Geschichte ist immer eine Wechselwirkung zwischen tiefgreifenden Strukturen und Prozessen auf der einen Seite und Umständen, Glück und individueller Führung auf der anderen Seite. Damals brauchte es beides, um den Mauerfall herbeizuführen und diese neue Ära einzuleiten. Was die Gestaltung der europäischen Geschichte heute angeht, haben Sie leider recht. Die herausragenden Namen, im negativen wie im positiven Sinne, befinden sich außerhalb der EU – Wladimir Putin, Xi Jinping, Donald Trump auf der negativen oder Wolodymyr Selenskyj auf der positiven Seite. Doch wir haben durchaus einige gute Führungskräfte in Europa. Ursula von der Leyen hat bei der Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine beeindruckende Führungsqualitäten bewiesen. Kaja Kallas in Estland war fantastisch. Auch Robert Habeck hat in Deutschland tolle Arbeit geleistet. Aber wenn wir diese neue Zeit gestalten wollen, müssen wir eine neue Ebene erreichen.

Was genau meinen Sie damit und wie könnten wir das schaffen?

Ein Problem ist, dass nationale Regierungschefs Spitzenpositionen in der EU nicht wirklich mit ihren besten Köpfen besetzen wollen. Diese Konkurrenz wollen sie gar nicht, denn sie wollen Dinge lieber selbst regeln. Deshalb ist es absolut entscheidend, dass wir in diesem Jahr nach der Europawahl die Spitzenpositionen in Brüssel mit den absolut besten Leuten besetzen. Wir brauchen eine neue Qualität der europäischen Führung, die uns in diese neue Ära führt.

2024 ist auch der 20. Jahrestag der größten EU-Erweiterung aller Zeiten, bei der die neuen Demokratien aus Mittel- und Osteuropa aufgenommen wurden. In den vergangenen zwanzig Jahren haben wir, wie Sie bereits erwähnten, Rückschläge in der demokratischen Entwicklung und eine Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit erlebt, insbesondere in Ungarn. Die Wahlen in Polen waren ein Lichtblick in dieser düsteren Lage, doch insgesamt sind autoritäre Tendenzen auf dem Vormarsch. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Die Wahlen in Polen waren von großer Bedeutung. Sie haben gezeigt, dass sich Wahlen immer noch gewinnen lassen, selbst mit einer

nationalistischen, populistischen Partei, die die Vereinnahmung des Staates so weit vorangetrieben hatte, dass die Wahl zwar verfahrensmäßig frei, aber ganz bestimmt nicht fair war. Es geht auch darum, wie diese Wahl gewonnen wurde. Am 4. Juni 1989, als die Polen die Chance hatten, vierzig Jahre Kommunismus zu beenden, lag die Wahlbeteiligung gerade einmal bei 62 Prozent. Am 15. Oktober 2023 lag sie bei 74 Prozent. Mehr Frauen als Männer. Eine Studie zeigt, dass die Partei «Recht und Gerechtigkeit» an der Macht geblieben wäre, wenn nur Männer gewählt hätten. Auch gingen mehr Wähler*innen unter 29 Jahren zur Wahl als über 60-Jährige. Das hat es in Europa noch nie gegeben! Normalerweise sind es immer die Alten, die konsequent wählen gehen. Daraus lässt sich eine echte Lehre ziehen.

Aber woher kommen die erwähnten Rückschläge?

Dafür gibt es natürlich viele Gründe. Einer davon ist die Überheblichkeit, von der ich in meinem Buch spreche, die darin besteht, dass Liberalismus weitgehend auf Wirtschaftsliberalismus reduziert wurde. Diese finanzielle Globalisierung und diese Art von Kapitalismus haben für andere Teile unserer Gesellschaft einfach nicht funktioniert. Dann kamen die Populisten und behaupteten, auf alles eine Antwort zu haben und für das einfache Volk zu sprechen, gegen diese furchtbaren, liberalen, kosmopolitischen Großstadteliten. Das ist ein starkes, nationalistisches Narrativ, kulturell konservativ mit einer eher linken Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Staat ist mächtig und gibt großzügige Almosen. Das ist eine sehr wirksame Formel.

Und in Mittel- und Osteuropa stoßen diese Populisten dann auf anfällige staatliche Institutionen. Dass sie anfällig sind, liegt freilich nicht daran, dass sie osteuropäisch sind. Das ist nicht kulturell bedingt. Da es sich aber um sehr junge Demokratien handelt, sind die Institutionen natürlich anfälliger als in alten, etablierten Demokratien.

Sie kritisieren insbesondere, dass die Europäische Union diese Entwicklung nicht verhindern konnte. An einigen Stellen Ihres Buches argumentieren Sie, dass die USA stärker gegen Ungarn vorgegangen sind als die EU.

Ganz genau. Das ist eines der größten Versäumnisse der EU, und zwar schon, seitdem Orbán 2010 angetreten ist. Erinnern Sie sich daran, wie lange seine Fidesz-Partei noch Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) war? Mir wurde immer gesagt, Orbán sei doch eigentlich ganz kooperativ, er sei doch kein großes Problem, wir seien nur hysterisch. Jetzt sehen Sie ja, wo wir sind. Viktor Orbán hält nun die Zukunft Europas als Geisel. Also, ja: Ich bin sehr kritisch. Ich bin der Ansicht, dieses Problem wurde schwer unterschätzt.

Was hätte man besser machen können?

Nehmen wir das Beispiel Deutschland. Denn, um ganz ehrlich zu sein, hat Deutschland hier besonders versagt. Deutschland hat außergewöhnlichen Einfluss in Ungarn. Die ungarische Wirtschaft ist in hohem Maße von der deutschen Automobilindustrie abhängig. Aber Deutschland hat seine Macht nicht genutzt. Mein Freund Michael Ignatieff, der von Orbán geschasste ehemalige Präsident der Central European University in Budapest, hat bestimmt nichts dagegen, wenn ich das erzähle. Michael sagte einmal zu mir: «Weißt du, das Einzige, was uns in Budapest hätte halten können, wäre ein Anruf von Angela Merkel bei Viktor Orbán gewesen.» Ein Telefonanruf. Aber dieser Anruf kam nie.

Welche Lehren aus der Erweiterung muss die EU ziehen und was muss sie besser machen, insbesondere für Nachbarstaaten wie die Ukraine?

Der Prozess der EU-Erweiterung ist praktisch zum Stillstand gekommen. Nur ein einziges Land – Kroatien – ist in den 15 Jahren von 2008 bis 2022 der EU beigetreten. Jetzt haben wir eine neue

Dynamik mit der Ukraine, Georgien, Moldawien und den Balkanländern. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Erweiterung dieses Mal ganz anders vollzogen werden muss. Es kann nicht so laufen wie für Nordmazedonien, das seit 2005 Beitrittskandidat ist, das seit zwanzig Jahren im Warteraum sitzt und darauf wartet, dass alle 267 Kästchen abgehakt und erfüllt sind. So können wir nicht weitermachen. Ich glaube, wir müssen schrittweise vorgehen. Ganz besonders bei einem Land, das sich im Krieg befindet und durch einen brutalen Angriffskrieg verwüstet wird. Für die Ukraine müssen wir Verbindungen herstellen zwischen dem Wiederaufbau und den Reformen innerhalb der Ukraine und der Annäherung an die Europäische Union in verschiedenen Bereichen.

Welche Vorteile könnte dieser Ansatz haben?

Erstens schaffen wir so eine positive Rückkopplungsschleife. Man tut etwas, man bekommt etwas. Das bietet einen Anreiz für die Ukraine und andere, den nächsten Schritt zu gehen. Zweitens bedeutet dies, dass die wirklich großen, politisch schwierigen Fragen – wie die Einbeziehung der Ukraine in die Gemeinsame Agrarpolitik oder Wahlrechtsfragen – erst später im Prozess zum Tragen kommen. Das verschafft uns mehr Zeit für die nötigen tiefgreifenden Reformen der bestehenden EU und gibt zugleich den Kandidatenländern das Gefühl, dass es mit ihrem Beitrittsantrag vorangeht.

Die Hauptanliegen Ihrer Arbeit waren immer Freiheit und Europa. Beides ist bedroht, und zwar in einem völlig neuen Kontext einer aus dem Lot geratenen Welt. Was gibt Ihnen in diesen Zeiten Hoffnung und Optimismus?

Wenn Menschen Erfahrung mit Unfreiheit gemacht haben, sehnen sie sich nach Freiheit. Polen ist ein gutes Beispiel. Oder nehmen Sie die Ukraine. Es gibt da dieses wunderbare ukrainische Wort «volya». Es bedeutet sowohl Freiheit als auch den Willen, für die

Freiheit zu kämpfen. Oder schauen Sie sich andere Gesellschaften an. Viele junge Menschen aus China und Russland haben ihrer Heimat den Rücken gekehrt. Oder wenn man Menschen in Südafrika oder Brasilien fragt: Wo würdet ihr gern leben? Da antwortet niemand: Russland. Fast niemand sagt China. Sie wollen in Europa oder in den Vereinigten Staaten leben. Und das liegt nicht daran, dass wir reich sind. China ist inzwischen auch ziemlich reich. Es liegt daran, dass wir frei sind. Ich habe großes Vertrauen, dass Freiheit die Köpfe und Herzen der Menschen auf eindruckliche, universale Weise anspricht.

Was müssen wir tun, um noch mehr Menschen in Europa mitzunehmen?

Wir müssen beweisen, dass freie Gesellschaften es besser machen. Denn das ist der Punkt, an dem wir versagt haben. Es ist uns nicht gelungen, Gleichstellung und Wohlstand für alle zu sichern und den Klimawandel effektiv zu bekämpfen. Es liegt an uns, diese zentrale menschliche Sehnsucht nach Freiheit durch gute Politik in wirksame Maßnahmen umzusetzen.

Das Interview wurde im Dezember 2023 geführt.

Timothy Garton Ash ist ein britischer Historiker, Kommentator und Autor. Er schreibt über die zeitgenössische Geschichte Europas mit besonderem Schwerpunkt auf Mittel- und Osteuropa. Er ist Professor für Europäische Studien an der Universität Oxford.

Roderick Kefferpütz ist Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung Europäische Union in Brüssel.



▲ Timothy Garton Ash

Das Europa der gemeinsamen Probleme

Demografischer Wandel, ökologische Krisen und gesellschaftliche Fragmentierung – angesichts dieser Herausforderungen kann die Antwort auf die Frage nach einem europäischen Sozialmodell der Zukunft nicht allein in großzügiger Sozialpolitik liegen. Sie muss in einer neuen Form der «Solidarischen Adaption» gefunden werden, in der alle Bürger*innen Verantwortung übernehmen und Veränderungen aktiv mitgestalten.

Text: Heinz
Bude

In den Nullerjahren unseres Jahrhunderts wurde viel über die Zukunft des europäischen Sozialmodells nachgedacht. Es war schon damals klar, dass in Europa mehrere Varianten davon existieren: ein liberales angelsächsisches Modell, das lediglich bedarfsgeprüfte Leistungen von Seiten des Staates vorsieht, sonst aber den Einzelnen aufbürdet, sich Versorgungsleistungen am Markt zu verschaffen; ein konservatives kontinentaleuropäisches Modell, das die Versorgung der Bevölkerung durch eine staatlich geregelte Sozialversicherung nach Beitragssätzen gewährleistet; sowie ein sozialdemokratisch skandinavisches, das auf eine durch Steuern finanzierte Sozialbürgerschaft abhebt. Immer ging es darum, die auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhende Demokratie mit dem zur Ungleichheit führenden Kapitalismus zu versöhnen. In den Worten von Wolfgang Streeck: Man sorgte sich nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die Zukunft des demokratischen Kapitalismus.

Heute weiß man, dass das europäische Sozialmodell – gleich in welcher Variante – ohne Kriege, ohne Klimawandel, ohne Migration, ohne Finanzmarktkrisen und ohne Arbeitskraftmangel gedacht war. In Dänemark macht der Sozialstaat die Schotten dicht gegen versorgungsintensive Zuwanderung; das Großbritannien von Tony Blair ist dem Irrtum erlegen, dass im Kapitalismus der Zukunft die Werte von einer deindustrialisierten Dienstleistungsgesellschaft mit einem fetten finanzindustriellen Komplex in der Londoner City erzeugt werden; und Deutschland merkt, dass Russlands Krieg in der Ukraine die Strategie einer großen sozialökologischen Transformation mit dem Gas als Übergangstechnologie zur Klimaneutralität zunichte gemacht hat. Und allen europäischen Dienstleistungsgesellschaften sind die Dienstleister*innen ausgegangen.

Europa ist jetzt nur noch eine Wertegemeinschaft ohne Grund und Boden. Man streitet sich über die gerodete Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, man fürchtet die Entstehung eines Narco-Staates in den Niederlanden und will nicht über ein Frankreich nach Macron nachdenken. Und von einer europäischen Armee kann nach wie vor keine Rede sein.

Die Zukunft Europas liegt angesichts dieser Lage nicht in seinen Werten, sondern in seinen Problemen. Der Fall Ungarns beleuchtet die postsowjetischen Hinterlassenschaften in Europa. Zumeist städtischen, für die Europäische Union aufgeschlossenen Gruppen steht eine Mehrheit mit verschränkten Armen gegenüber, die der sozialen Wattering im sowjetischen Herrschaftsmodus nachtrauert. Beide Gruppen eint das Misstrauen in Bezug auf die westlichen Werte, die sich als Beiwerk eines mörderischen Kapitalismus verstehen.

Daraus ergibt sich eine giftige Mischung aus Zynismus, Ressentiment und Indifferenz, der mit einer großzügigen europäischen Sozialpolitik nicht beizukommen ist. Frans Timmermans, der wie kein anderer in der europäischen Politik für einen Grünen Deal geworben und gekämpft hat, hat als Anführer eines grün-linken Bündnisses bei den letzten Parlamentswahlen in den Niederlanden als zweitstärkste Kraft 25 Sitze von 150 errungen und musste sich dem aus der Mottenkiste gesprungenen rechtspolitischen Geert Wilders geschlagen geben, dessen Ein-Mann-Partei PVV (Partei für die Freiheit) 37 Mandate erhielt. Und im europäischen Wunderland Portugal hat eine unabhängige, aber schlampig arbeitende Justiz den Rücktritt des Regierungschefs erzwungen. Europa ist weder von Brüssel aus noch durch eine aktive Zivilgesellschaft zu retten. Die Bürger*innen Europas müssen die Augen öffnen und sich ein Bild davon machen, was für die einstige



▲ Diversität und Inklusion – für den italienischen Fotografen Oliviero Toscani ist beides die Grundlage für Fortschritt und eine lebenswerte Zukunft. Hier im Bild seine Installation «Die Deutschen des 21. Jahrhunderts» am Potsdamer Platz in Berlin.

erste Welt, die in 30 Jahren vielleicht noch 8 Prozent der Weltbevölkerung stellt, in einer Welt mit vielen Zentren auf dem Spiel steht.

Die Transformation wird nicht an der Leine von einschlägigen Expert*innen gelingen

Das erste Problem ergibt sich aus der Demografie. Überall in Europa fehlen der Wirtschaft Menschen, die mitdenken und mitarbeiten. Die Intelligenz unseres Zusammenlebens wird nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft unserer Gesellschaft entwickelt. Da ist genug zu tun, wenn man an die Smartphone-Ökonomien in Afrika oder an die vertikale Landwirtschaft in China denkt.

Dann wird die klimafreundliche Umwandlung unseres Produktions- und Konsumptionsmodells nicht als «Große Transformation» an der Leine von einschlägigen Expert*innen gelingen, sondern nur als gemeinsame und gerechte Anstrengung aller, die

ihre Gewohnheiten ändern und die Kosten für grünen Stahl, schmackhafte Tomaten und ein funktionierendes grenzüberschreitendes Transportsystem in Europa tragen. Dann würde sich Europa von einem Kontinent der «Großen Transformation» zu einem der «Solidarischen Adaption» verwandeln.

Zudem wird Europa durch den Austausch über gemeinsame Probleme den unschätzbaren Wert des Individuums entdecken. Im Denken Europas ist das Individuum keine gesicherte Größe, sondern das Verbindungsglied in einem System beweglicher Ziele. Individuen wuseln sich durch, docken an und entdecken mit einem Mal ein freies Feld. Individuen betreiben demokratische Politik, machen wissenschaftliche Entdeckungen und probieren sich als «unternehmerische Unternehmer» im Sinne Schumpeters aus. Sie tun dies eben nicht aus einer Siegerpose heraus, sondern in dem Bewusstsein, dass das einzelne Ich für sich und für andere ein Rätsel darstellt und aus diesem Grunde die Quelle für neue Ideen und andere Kräfte bildet..

Europa ist heute mehr denn je eine Staatengemeinschaft und kein Bundesstaat. Jedes Land beansprucht eigene Ideen, Institutionen und Interessen. Und diese Vorstellungen liegen oft weit auseinander. Allerdings dämmert den Menschen in Europa auch, dass in der globalen Staatenwelt ein Hegemoniekonflikt zwischen einem US-amerikanischen und einem chinesischen «Way of Life and Power» herrscht. Die USA haben sich anscheinend zu einem Land freigesetzter und losgelöster Individuen entwickelt, die lieber allein bowlen gehen als zusammen Spaß zu haben. In China dagegen kann man auf Basis eines digital perfektionierten «Social Scoring»-Systems am staatlich organisierten Spiel der Privilegienvergabe nach Gemeinwohltauglichkeit teilnehmen. Die USA drohen an ihrem Pathos der Freiheit zu zerbrechen; China kann auf die Sehnsucht nach persönlichem Freisein nur mit Zwang reagieren. Die USA verteidigen ihre Machtstellung mit der einsatzfähigsten Armee der Welt; China baut dagegen eine international verlaufende Seidenstraße mit viel Kredit und wenig Ideologie auf. Beide Staaten haben in der Pandemie versagt: die USA, weil sie nicht effektiv schließen konnten, und China, weil es nicht legitim öffnen konnte.

Europa wird dem nichts entgegenhalten können, wenn es sich nicht als Union der Differenz verstehen kann. In Europa haben eine schwedische Strategie der abgeschwächten «natürlichen Selektion» und eine italienische der «strikten Eindämmung» in Gemeinsamkeit und Freiheit miteinander gerungen. Die Gemeinsamkeit kommt aus der Notwendigkeit einer europäischen Solidarität. Solidarität beruht auf Wechselseitigkeit, Großzügigkeit sowie auf dem kontrafaktischen Gedanken, dass die Zeit des gewordenen Europas zwar vergeht, aber die Zeit des werdenden Europas kommt.

Heinz Bude war von 2000 bis 2023 Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel und ist seit Oktober 2020 Gründungsdirektor des documenta Instituts. Zuletzt ist von ihm «Abschied von den Boomern» im Carl Hanser Verlag erschienen.

**Nachhaltigkeit
in Europa -
die großen
Herausforderungen:**

- Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Wetterextreme
- Verlust von Ökosystemen und biologischer Vielfalt
- Umweltverschmutzung und Gesundheitsfolgen
- soziale Gerechtigkeit im Transformationsprozess

Die wichtigsten
Fakten im Überblick.
Von Patrizia
Heidegger

Eine gemeinsame
Antwort:

der

europäische Grüne Deal (EGD)

Das
Ziel:

Europa
zum ersten
klimaneutralen
Kontinent
der Welt
machen

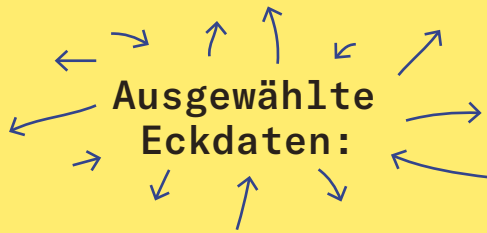
Kernbereiche
des EGD

Der EGD ist ein Wirtschafts- und Klimapakett mit vielen verschiedenen Maßnahmen, die Europa zum ersten wirtschaftlich-erfolgreichen, klimaneutralen Kontinent machen sollen. Er umfasst neue und verbesserte europäische Gesetze, klima- und energiepolitische Strategien sowie Instrumente zur Finanzierung der wirtschaftlichen Transformation.

- Bis 2050 sollen
- keine zusätzlichen Treibhausgase mehr ausgestoßen werden («Netto-Null-Emissionen»)
 - die europäische Wirtschaft möglichst ressourcenschonend arbeiten
 - kein Mensch und keine Region während des Transformationsprozesses abgehängt werden

- null Umweltverschmutzung und Gifte
- Übergang zur Kreislaufwirtschaft
- vom Hof auf den Tisch: nachhaltiges Lebensmittelsystem
- Erhalt und Wiederherstellung von Ökosystemen und biologischer Vielfalt
- nachhaltiges Verkehrswesen
- Klimaneutralität
- saubere, verlässliche und bezahlbare Energie
- energie- und ressourceneffizientes Bauen und Renovieren

- Flankierende Maßnahmen:
- Finanzierung der Transformation
 - Gerechtigkeit («Leave no one behind»)
 - Forschung und Entwicklung



Dezember 2019

Europäische Kommission (EK) stellt den EGD vor

Januar 2020

Europaparlament unterstützt EGD und fordert Nachbesserungen

Mai 2020

EU-Haushalt und Corona-Nothilfepaket («Next Generation EU») reservieren 25% für Klimaschutz

Juli 2020

neue Regeln für nachhaltige Investitionen («Taxonomie») treten in Kraft

Mai 2021

Vorstellung des Aktionsplans «Null Verschmutzung»

Juli 2021

Europäisches Klimagesetz tritt in Kraft: Klimaneutralität bis 2050 und Reduzierung von Treibhausgasen um 55% bis 2030 verpflichtend

Juli und

Dezember 2021:

EK stellt «Fit for 55» Paket vor, das in verschiedenen Bereichen den Weg zur 55%-Treibhausgas-Reduzierung vorgibt

März 2022

REPowerEU: gemeinsames Handeln für bezahlbare, sichere und nachhaltige Energie

Dezember 2022

Gesetz gegen Abholzung in importierten Produkten, Einrichtung des Klimasozialfonds

März 2023

Reduzierung des Energieverbrauchs um 38% bis 2030

Oktober 2023

überarbeitete Erneuerbare-Energien-Richtlinie u.a. mit höherem Ziel von 45% Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2030

November 2023

Europaparlament votiert für Wiederherstellung der Natur auf 20% der EU-Fläche

Dezember 2023

überarbeitete Strommarktregeln u.a. für mehr Investitionssicherheit für Erneuerbare Energien und Preisstabilität für Haushalte und Unternehmen

Zu wenig, zu spät, eingeknickt?

Umweltverbände, Wissenschaftler*innen und Umweltpolitiker*innen kritisieren Schwächen des EGD.

Dazu zählen:

- Treibhausgase in der EU müssten um mindestens 65% bis 2030 reduziert werden, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen.
- Wichtige Schritte wie eine Verbesserung der Chemikalienverordnung oder ein Gesetz für nachhaltige Lebensmittel wurden aufgrund des Drucks von Wirtschaftsverbänden vorerst aufgegeben.
- Es gibt bisher keine Ziele für die Verringerung des Ressourcenverbrauchs: Wie viele Rohstoffe können wir in der Zukunft nutzen?
- Die neuen Umwelt- und Klimagesetze sind nicht ausreichend mit sozialpolitischen Maßnahmen und einer fairen Steuerpolitik verknüpft.
- Die internationale Handelspolitik der EU dient häufig nach wie vor wirtschaftlichen Profiten im Globalen Norden, während ärmere Länder als Arbeits- und Rohstoffzulieferer dienen.
- Die Mitgliedstaaten verwässerten verbindlichere Vorgaben für die energetische Gebäudesanierung (und blockierten einheitliche Regeln für die Energiebesteuerung, sodass fossile Energieträger noch immer subventioniert werden können).

Europa- wahlen 2024: Was kommt nach dem europäischen Grünen Deal?

→ Die neue politische Führung der EU muss die Ziele, die der EGD gesetzt hat, erst noch erfüllen.

→ Zeit für einen europäischen Grünen Deal 2.0 – mit starken Maßnahmen zur Finanzierung und Umsetzung und neuen Gesetzen, um Lücken zu schließen!

Europäischer Grüner Deal: Volle Kraft voraus!

Grüne Klima- und Wirtschaftsminister*innen aus Deutschland, Irland, Österreich und Belgien ziehen Bilanz zum EGD und skizzieren, was nötig ist, um den eingeschlagenen Weg zum Erfolg zu führen.

Vor fünf Jahren präsentierte die EU-Kommission mit dem europäischen Grünen Deal (EGD) eine neue Nachhaltigkeits- und Wachstumsstrategie. Das Ziel: den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft zu fördern und bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Die Grundsteine sind gelegt, aber welche Schritte müssen nun folgen?

Deutschland

«Europas Aufgabe, Europas Kraft»



Text: Robert Habeck

Ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dieses Versprechen war lange Zeit der visionäre Magnet der europäischen Integration. Just im Moment der Erweiterung um zehn neue Mitglieder in der Union brach mit den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden das Vertrauen in die lineare Fortentwicklung dieser Fortschrittserzählung. Danach kamen Eurokrise, Brexit und ein Auseinanderlaufen in der Flüchtlingspolitik. Klima- und Naturschutz wurden gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten in erster Linie als Gegenspieler erfolgreicher Wirtschaftspolitik verstanden. Die mutige und notwendige Antwort auf diese Lähmung war der europäische Grüne

Deal. Ein historischer Schritt nach vorne, eine konkrete Vision für die Zukunft: als Gemeinschaft hoch industrialisierter, demokratischer Staaten der erste klimaneutrale Kontinent dieser Welt zu werden!

Das Klimaabkommen von Paris im Jahr 2015 hatte den Rahmen gesetzt. Doch erst der europäische Grüne Deal hat wirtschaftliche Prosperität und Wertschöpfung mit der Menschheitsaufgabe Klimaneutralität verbunden und dafür ein kraftvolles Paket konkreten Handelns geschnürt. Er schuf einen Fixpunkt zur Orientierung aller Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen.

Der europäische Grüne Deal umfasst dabei Maßnahmen und Gesetze in allen Wirtschaftsbereichen. Das EU-Klimapaket «Fit for 55» mit dem Europäischen

Damit die EU ihre geopolitische Verantwortung wahrnehmen und im globalen Wettbewerb der Systeme bestehen kann, müssen die Ziele des europäischen Grünen Deals erfolgreich umgesetzt und der soziale Zusammenhalt in Europa gestärkt werden.

Klimagesetz als Herzstück ist in dieser Hinsicht historisch. Europa hat sich darauf geeinigt, den EU-Emissionshandel deutlich zu schärfen und auszuweiten – sowie die Ziele in den Bereichen außerhalb des Emissionshandels anzupassen. Gleichzeitig gibt es mit dem Klimasozialfonds erstmals ein gemeinsames Instrument, um soziale Härten abzufangen. Mit dem Grenzausgleichsmechanismus CBAM verhindern wir außerdem die Auslagerung von CO₂-Emissionen an andere Orte und unfaire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird EU-weit bis 2030 verdoppelt, der Energieverbrauch wird massiv reduziert, die Natur wird mit dem Nature Restoration Law (Verordnung zur Wiederherstellung der Natur) strenger geschützt. In fast allen Dossiers, vom Strommarkt bis zur Kreislaufwirtschaft, haben wir Einigungen zwischen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erzielt. Für das Zusammendenken von Wirtschafts-, Klima- und Umweltpolitik war der europäische Grüne Deal ein guter Startpunkt.

Im Wettbewerb um die Technologien der Zukunft dürfen wir nicht ins Hintertreffen geraten

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Herausforderungen haben in den vergangenen Jahren noch zugenommen. Die geopolitische Lage hat sich spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fundamental geändert. Dies hat uns vor Augen geführt, wie wichtig die Stärkung unserer Wirtschaftssicherheit und unserer gesellschaftlichen und sozialen Resilienz ist. Die Klimakrise schreitet weiter voran und die USA haben sich mit einem ganzen Gesetzespaket rund um den Inflation Reduction Act auf den Weg gemacht, mit massiver Unterstützung ihrer Industrie dem Klimawandel entgegenzutreten und gleichzeitig das Land zu reindustrialisieren. Dies ist eine gute Nachricht für das Klima – und muss uns in Europa Auftrag sein, dass wir unsererseits im Wettbewerb um die Technologien der Zukunft nicht ins Hintertreffen geraten. Nur so können wir den Wohlstand und die Wohlstandsteilhabe in die Zukunft tragen.

Deshalb muss der Fokus des europäischen Grünen Deals in den nächsten Jahren noch verstärkt auf der klimaneutralen Erneuerung der europäischen Industrie liegen. Die Umstellung etwa auf grünen Stahl wird sich weltweit durchsetzen – wir entscheiden, ob diese Transformation bei uns in Europa stattfinden wird oder ob wir künftig grünen Stahl importieren. Weil es bei

Industrie aber eben nicht nur um Produkte, sondern auch um gute und zukunftsfeste Jobs, um unser zukünftiges Wirtschaftsmodell und nicht zuletzt um unseren sozialen Zusammenhalt geht, bin ich überzeugt: Europa muss ein starker Industriestandort bleiben! Ein starker Standort insbesondere für all die mittelständischen Unternehmen, die zusammen diese Stärke ausmachen.

Mit der «Netto-Null-Industrie-Verordnung» gehen wir jetzt bereits Schritte in die richtige Richtung. Wichtige Klimaneutralitätstechnologien steigern unsere Wirtschaftssicherheit. Klar ist aber: Europa muss noch sehr viel entschiedener agieren. Das betrifft das Beihilferecht genauso wie den Abbau unnötiger Bürokratie, etwa bei Planung und Genehmigung. Und das wird sich auch im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU niederschlagen müssen, der die finanzpolitischen Prioritäten der EU bis weit ins kommende Jahrzehnt entscheiden wird.

Mit der Corona-Pandemie und spätestens mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist Europas Versprechen wieder ins Bewusstsein gerückt. Die EU wird in den nächsten Jahren stark davon geprägt sein, ihre geopolitische Verantwortung wahrzunehmen. Um die Kraft dafür zu entwickeln und im globalen Wettbewerb der Systeme zu bestehen, braucht es die erfolgreiche Umsetzung der Ziele des europäischen Grünen Deals. Damit die Transformation breite Akzeptanz findet, brauchen wir auch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa. Die dramatischen Umbrüche zu meistern, in denen wir uns gerade befinden: Das ist die Voraussetzung für die zukünftige Bindekraft des europäischen Wegs von Frieden, Freiheit, sozialen Rechten, Sicherheit und Wohlstand.

Robert Habeck ist Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland.



Österreich

«Es ist eine Überlebensfrage»

Der europäische Grüne Deal muss nach ersten wichtigen Erfolgen in der Klimapolitik in eine zweite Legislaturperiode. Er muss die EU fit machen für den weltweiten Wettbewerb um die grünsten Produkte und soziale Gerechtigkeit und Wohlstand sichern.

Text: Leonore Gewessler

Im Jahr 2024 werden in der Europäischen Union viele Weichen gestellt. Die Wahlen zum EU-Parlament entscheiden, ob wir unseren Weg der umfassenden Transformation unseres Kontinents zur Klimaneutralität erfolgreich fortsetzen können. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung und die Zerstörung unserer Umwelt ist jedoch mehr als nur Wahlkampf – er ist eine Überlebensfrage.

Und trotzdem ist es in Zeiten multipler geopolitischer Krisen nicht leicht, die Menschen dafür zu mobilisieren. Eine globale Gesundheitskrise, der brutale und völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine sowie Terror und Krieg im Nahen Osten: All das hat viele Menschen nicht nur verunsichert und finanzielle Ängste ausgelöst. Politische Extreme haben die herausfordernde Lage ausgenutzt, haben mit Lügenkampagnen Vorurteile geschürt und versucht, jede ernsthafte Debatte zu zerstören.

Auch mutige Klimapolitik wurde in den vergangenen Monaten zum Ziel dieser Angriffe. Statt Aufbruch und Optimismus zu vermitteln, versuchen manche, Aussichtslosigkeit und Skepsis zu streuen. Als Politikerin werde ich mich dem entgegenstellen: Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir Zuversicht und Mut. Wir müssen für unsere Ideen und unseren Erfolg werben. Europa

ist auf dem Weg, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Darauf dürfen wir stolz sein.

Erst vor vier Jahren stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den europäischen Grünen Deal als eine Anleitung für den Übergang zu einer ökologischen Gesellschaft vor. Die Richtung ist mit dem Paket «Fit for 55» und seinen neuen Richtlinien und Verordnungen gut vorgegeben. Wir werden in der EU unsere klimaschädlichen Emissionen bis 2030 um mehr als 55 Prozent reduzieren. Mittlerweile sind viele der Gesetze erfolgreich beschlossen. Eine Leistung, die bei der Veröffentlichung dieses Pakets im Juli 2021 kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Ambitionierte Klimapolitik Hand in Hand mit ambitionierter Wirtschaftspolitik

Auch in Österreich haben wir den Geist des europäischen Grünen Deals mit Leben gefüllt: Wir haben das KlimaTicket eingeführt. Ein Ticket für alle Öffis für umgerechnet drei Euro am Tag. Wir haben mit der ökosozialen Steuerreform eine nationale CO₂-Bepreisung mit Klimabonus für alle beschlossen und wir stellen bis 2030 unser Stromsystem auf 100 Prozent grünen Ökostrom um. Bei uns gilt die Leitlinie Klimaneutralität 2040.

Trotzdem dürfen wir uns jetzt nicht ausruhen. Eine ambitionierte Klimapolitik geht Hand in Hand mit einer ambitionierten Wirtschaftspolitik und sozialer Gerechtigkeit. Der europäische Grüne Deal muss daher in eine zweite Legislaturperiode. Ein europäischer Grüner Deal 2.0 muss die nächsten Schritte in Klimaschutz angehen, die EU fit machen für den weltweiten Wettbewerb um die grünsten Produkte sowie soziale Gerechtigkeit und Wohlstand sichern. Uns muss aber klar sein: Das alles entwickelt sich nicht von selbst. Dafür braucht es entschlossene und durchsetzungsfähige Klimaschützer*innen und Grüne.

Unser gemeinsames Ziel ist ein Planet, auf dem wir und auch unsere Enkelkinder ein gutes Leben führen können. Ein gesundes Klima für heute und für morgen: Das ist der historische Auftrag der grünen Bewegung. Gerade im Europawahljahr 2024.

Leonore Gewessler ist seit 2020 Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie der Republik Österreich. Von 2014 bis 2019 war sie Geschäftsführerin der Umweltorganisation Global 2000.

Irland

«Wir können die erste kohlenstoffneutrale Wirtschaft der Welt werden»



Die EU hat die Kapazitäten und den Ehrgeiz, die gemeinsamen Klimaziele für 2030 zu erreichen. Allerdings darf sie die enormen Herausforderungen nicht unterschätzen, die mit dieser Transformation verbunden sind.

Text: Eamon Ryan

Mit der Einführung des europäischen Grünen Deals (EGD) im Dezember 2019 wurde neu definiert, wie die EU an grünes Wachstum herangeht. Die Wirtschaft der EU soll fortan grundlegend anders funktionieren, indem Wachstum von Umweltverschmutzung und Ressourcennutzung entkoppelt wird, um unser Naturkapital zu schützen und zu entwickeln. Das ist ein riesiges Projekt. Zwar haben wir noch einen weiten Weg bis zum endgültigen Ziel vor uns, doch haben wir bereits beträchtliche Fortschritte in allen Bereichen erzielt, insbesondere beim Schutz der biologischen Vielfalt und beim Kampf gegen die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden. Mit dem Europäischen Klimagesetz wurde das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 gesetzlich verankert. Das EU-Ziel für 2030 wurde auf eine Emissionsreduzierung von 55 Prozent angehoben, unterstützt durch das Programm «Fit for 55».

Ich bin stolz darauf, dass sich die Mitgliedstaaten der EU mit dem EGD als Vorreiter in Sachen Klimaschutz etabliert haben und mitunter die ehrgeizigsten Klimaziele der Welt verfolgen. Wir verfügen nun über den Rahmen, die Kapazitäten und den Ehrgeiz, um unsere gemeinsamen Klimaziele für 2030 zu erreichen, allerdings dürfen wir die enormen Herausforderungen nicht unterschätzen, die mit dieser Transformation verbunden sind.

Wir schaffen Energiesicherheit, wenn wir heimische erneuerbare Ressourcen nutzen. Entscheidend im Kampf gegen den Klimawandel ist die Umstellung unserer

Energiesysteme auf saubere Energie. Das betrifft alle Wirtschaftssektoren. Volatile Energiepreise und die Krise der Lebenshaltungskosten sind vielleicht die größten Herausforderungen, die der Energiewende im Wege stehen. Regierungen in ganz Europa sehen sich gezwungen, schwierige Entscheidungen zum Energiemix und zur Energieversorgung zu treffen. Dies ist eine Herausforderung, aber auch eine Chance. Die durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine ausgelöste Energiekrise hat gezeigt, dass wir Energiesicherheit am besten gewährleisten, indem wir das volle Potenzial unserer heimischen erneuerbaren Ressourcen nutzen.

Die für die Umgestaltung unserer Volkswirtschaften erforderlichen Schritte haben wir mit dem neuen EGD gut etabliert. Jetzt kommt es darauf an, dass alle Mitgliedstaaten und EU-Institutionen die ehrgeizigen Ziele zügig und umfassend verfolgen.

Die Kommission hat mittlerweile ein unionsweites Klimaziel für 2040 vorgeschlagen. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt zwischen der Erfüllung der EU-Vorgaben für 2030 und dem Ziel, in Zukunft die erste wirklich kohlenstoffneutrale Wirtschaft der Welt zu werden.

Eamon Ryan ist Verkehrsminister und Minister für das Ressort Umwelt, Klima und Kommunikation sowie Vorsitzender der Grünen Partei (Green Party/Comhaontas Glas) Irlands.



Belgien

«Wir sind noch nicht auf dem richtigen Weg»

Solarstrom aus dem Süden, Windenergie vom Meer und Wasserkraft aus den Bergen müssen ungehindert durch Europa fließen können, um Bürger*innen und Industrie zu versorgen.

Text: Tinne Van der Straeten

Europas «Mann-auf-dem-Mond-Moment»: Diesen Vergleich zog EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, als sie im Dezember 2019 den europäischen Grünen Deal (EGD) vorstellte. Er war der Größenordnung der Initiative durchaus angemessen: ein Fahrplan mit etwa fünfzig Maßnahmen, um Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

Inmitten aufeinanderfolgender Krisen warnten einige europäische Politiker*innen davor, die Gesetzgebung zu «überfrachten». Sie schlugen vor, in der Klimapolitik lieber eine Pause einzulegen. Das aber ist nicht die richtige Antwort. Die richtige Antwort ist Fortschritt. Und Fortschritt bedeutet: weiter gegen die Klimaerhitzung zu kämpfen. Der EGD muss noch in sehr vielen Bereichen umgesetzt werden. Wir können unsere Ambitionen jetzt nicht auf Eis legen.

Wir sind noch nicht auf dem richtigen Weg. Schon vor dem Ende des Jahres 2023 wussten wir, dass es das bisher wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen werden würde. Die globale Erhitzung verursacht weltweit Leid. Das Zeitfenster, in dem das 1,5-Grad-Ziel noch erreichbar ist, schließt sich schnell.

Wir müssen auf allen politischen Ebenen handeln und innerhalb der EU gemeinsam wirksame Klimapolitik betreiben. Die Zeiten, in denen jeder für sich selbst verantwortlich war, sind vorbei. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns daran erinnert, wie dringend wir von fossilen Brennstoffen unabhängig werden müssen. Fast alle Mitgliedstaaten haben begonnen, ihre Energiepolitik zu überdenken. Wir müssen es schaffen, steuerliche Maßnahmen zu ergreifen, Subventionen für fossile Brennstoffe zu beenden, einen Kohlenstoffpreis für fast die gesamte Wirtschaft einzuführen. Wir müssen es schaffen, Standards für die Dekarbonisierung von Verkehr und Gebäuden festzulegen, die energetische Sanierung unserer Wohngebäude voranzutreiben und politische Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilität für alle umzusetzen.

Grünen Strom für jede europäische Familie: Wir brauchen ein integriertes europäisches Stromnetz

Im April vergangenen Jahres haben sich neun Nordseeländer dazu verpflichtet, die Nordsee zum größten nachhaltigen Kraftwerk zu machen und unsere Offshore-Stromerzeugung bis 2050 zu verzehnfachen. Mit 300 GW Ökostrom aus der Nordsee können wir 300 Millionen Familien mit bezahlbarem Strom versorgen.

Um das zu schaffen, müssen wir zusammenarbeiten. Damit jede europäische Familie Zugang zu grünem Strom hat, brauchen wir ein integriertes europäisches Stromnetz. Solarstrom aus dem Süden, Windenergie vom Meer und Wasserkraft aus den Bergen müssen ungehindert durch Europa fließen können, um Bürger*innen und Industrie bedarfsgerecht mit grüner, bezahlbarer und wettbewerbsfähiger Energie zu versorgen. Dies ist ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der belgischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar 2024 begonnen hat.

Tinne Van der Straeten ist Belgiens Energieministerin. Zuvor war sie Abgeordnete im Föderalen Parlament (2007-2010, 2019-2020). Sie war Vorstandsmitglied in vielen Organisationen wie der König-Baudouin-Stiftung und dem Zentrum für Allgemeines Wohlergehen (CAW) in Brüssel.

Im anti-ökologischen Backlash

Ein Kommentar von Matthias Quent

Nicht die radikalen Klimaaktivist*innen sollten uns Sorge bereiten. Wirklich bedrohlich sind die Entsolidarisierung, die Panik und die Ignoranz in der «Mitte» unserer Gesellschaft.

In den Jahren von der Corona-Pandemie schien es kurz, als hätte die weltweite Klimabewegung endlich die Verweigerung und den weitgehenden Stillstand bei der sozialökologischen Transformation zur Abmilderung der Klimakrise durchbrochen. Doch wie so oft folgte dem Fortschritt sozialer Bewegungen der reaktionäre Backlash auf den Fuß. Antiökologische Ressentiments haben 2023 in Deutschland eine neue Virulenz erfahren. Dabei wurden Narrative auch von demokratischen Parteien reproduziert, die zuvor vor allem aufseiten der äußersten Rechten zu beobachten waren («Energie-Stasi», «Ökofaschisten», «Klimadiktatur» usw.). Waren es 2021 noch extrem rechte Akteur*innen, die einen schmutzigen Wahlkampf gegen die Grünen als Klimaschutzpartei führten, hat die antigüne Polarisierung spätestens 2023 auch die demokratischen Parteien der Mitte erreicht, die der Partei «Klimaideologie» vorwerfen.

Keine Partei im deutschen Bundestag oder an der Regierung verfolgt eine Politik, mit der das 1,5-Grad-Ziel noch erreicht werden kann. Die Gründe und Motive dafür sind vielfältig. Eine gewichtige Rolle spielen Einflüsse und Desinformationen mit dem Ziel, die Interessen fossiler Industrien zu wahren, Demokratien im Allgemeinen zu destabilisieren sowie die sozialökologischen

Transformation im Besonderen zu blockieren. Putins digitale Infokrieger haben sich schon vor Jahren daran beteiligt, im Westen fossile Energien zu bewerben und gegen die ökologische Wende zu hetzen. Seit Jahrzehnten ist bekannt, wie große westliche Fossilunternehmen Einfluss nehmen, indem sie unter anderem PR-Kampagnen, Stiftungen, Thinktanks und Medien finanzieren. Gerade in den USA ist die organisierte Manipulation durch Ölkonzerne gut belegt. Sie wird derzeit journalistisch und wissenschaftlich aufgearbeitet und hat bereits Entschädigungsklagen nach sich gezogen.

Unter dem zunehmenden Druck, etwas gegen die Folgen der Klimakrise zu unternehmen, entwickeln sich neue politische Formationen und (Wirkungs-)Bündnisse gegen Dekarbonisierung und Klimagerechtigkeit. Im gesellschaftsnegierenden und staatskritischen bis staatsfeindlichen Rechtslibertarismus radikalisieren sich neoliberale und plutokratische Ideologien und Praktiken zu neuen Extremformen, die in dem neugewählten argentinischen Präsidenten und Klimawandelleugner Miliei ein Vorbild finden. Ideologisch ist es im Sinne des «Extremismus des Ärgsten» (Hannah Arendt) folgerichtig, dass die Leugnung des Klimawandels, Klassismus, Sozialdarwinismus und Rassismus mit der Entsolidarisierung der äußersten Rechten einhergehen; häufig kommen antisemitische Verschwörungserzählungen hinzu. Ein großer Teil des Hasses richtet sich nun stellvertretend gegen die Grünen in der Regierung und meint eigentlich den Staat in seiner regulierenden Rolle. Zum staatlichen und demokratischen politischen Auftrag gehört es, Sicherheit und wohlfahrtsstaatlichen Ausgleich zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Inanspruchnahme von Freiheiten nicht die Freiheiten anderer beschränkt. Doch die Rechtslibertären möchten den Staat schwächen oder zerschlagen.

Tatsächlich zerstören wir aktuell systemisch durch den Überverbrauch ökologischer Ressourcen nicht nur die Freiheiten künftiger Generationen, sondern auch die Lebens- und Freiheitschancen von Menschen und Regionen, die besonders durch den Klimawandel bedroht sind. Staatlicher Ausgleich müsste vor allem Veränderungen der Reichsten und Mächtigsten fordern, die die Hauptverantwortung für die Erderhitzung tragen. Neben den kulturell und ökonomisch eingebrennten Mechanismen von Rassismus, Klassismus und Sexismus leiden insbesondere diejenigen unter dem industriemachten Klimawandel, die für seine Ursachen am wenigsten Verantwortung tragen: nicht-weiße Menschen, arme Menschen und überproportional auch Frauen. Die globalen und intersektionalen Ungleichheiten und die scheinbare Ausweglosigkeit beschleunigen politische Entsolidarisierung und Radikalisierung sowie eine exkludierende Abschottung nach außen und nach unten. Dabei wurde der schöne Wert der «Freiheit» zu einem rechtsideologischen Kampfbegriff der Sicherung eigener Privilegien umgedeutet, den beispielsweise EIKE, das rechtsradikale Pseudoinstitut der deutschen Klimaleugnungsszene, mit dem Slogan instrumentalisiert: «Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit.»

Die Bedrohung geht nicht von radikalen Klimaaktivist*innen aus, wie manche behaupten, sondern durch Entsolidarisierung, Panik, Verrohung und Ignoranz in der «Mitte» der Gesellschaft. Das wirkt zusammen mit einer strukturell und institutionell gewaltsamen Entsolidarisierung und Abschottung zum Schutz der relativen Privilegien im Status quo globaler sozialer Ungleichheiten, die in der Klimakrise sichtbar und durch sie verstärkt werden.

Dr. Matthias Quent ist Professor für Soziologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal. 2022 veröffentlichte er mit Christoph Richter und Axel Salheiser das Buch «Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende» (Piper).

«Wir müssen liefern»

Interview*:
Eva van de Rakt

Kann die EU die dringend notwendige Agrarwende schaffen? Der Agrarexperte und Vorsitzende der Agricultural and Rural Convention, **Hannes Lorenzen**, über die Ursachen der Bauernproteste, Planlosigkeit und Fehlentscheidungen der EU und warum ein gründlicher Neustart der Gemeinsamen Agrarpolitik unumgänglich ist.

Seit Jahrzehnten arbeitest du als Experte, politischer Berater und Vertreter der Zivilgesellschaft zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Was sind die größten Baustellen in diesem für die EU so zentralen Politikbereich?

HANNES LORENZEN: Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist seit Jahrzehnten eine einzige nicht enden wollende Baustelle. Das Beunruhigende ist: Es gibt keinen erkennbaren Bauplan. Seit den 1980er Jahren stehen überall Gerüste für Renovierungsprojekte, die viel Geld kosten, aber über kurz oder lang wieder in sich zusammenfallen. Umwelt-, Tier- und Klimaschutz zum Beispiel sind Baustellen ohne wesentlichen Fortschritt, weil sie als Verzerrung in nicht mehr zeitgemäßen agrarpolitischen Strukturen verbaut werden.

Was bedeuten diese unzeitgemäßen Strukturen in der Praxis?

Bäuerinnen und Bauern werden weiterhin in die falsche Richtung getrieben: Ohne Rücksicht auf Verluste sollen sie immer weiter wachsen und immer mehr produzieren. Dabei geht die Umwelt kaputt, die Böden, das Wasser, die Vielfalt und das Klima. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern bleiben dabei auf der Strecke, immer mehr Lebensmittel werden verschwendet, immer mehr Fleisch wird exportiert – und die Gülle bleibt hier. Die GAP war einst ein Pfeiler der Kooperation und Integration für Europa. Jetzt ist sie ein Mahnmal der Unfähigkeit der Mitgliedstaaten und der Kommission, unsere Ernährung in Einklang zu bringen mit den großen Herausforderungen der Zeit: dem Umbau der Landwirtschaft in eine menschen-, klima- und naturgerechte Kultur.

Wie müsste die Gemeinsame Agrarpolitik aussehen, um in Zukunft keine Baustelle mehr zu sein und bei der Umsetzung der Ziele des europäischen Grünen Deals einen wesentlichen Beitrag zu leisten?

Ursula von der Leyen hat den Green Deal als «Man on the Moon»-Moment angekündigt, als den großen Sprung nach vorn, mit dem Europa beispielhaft für die Welt politisches und wirtschaftliches Neuland betritt. Wenn man die Fortschritte im Bereich Agrarpolitik genauer betrachtet, ist die Rakete noch nicht mal gestartet. Im Gegenteil, es werden immer mehr Teile aus den Triebwerken und den Steuerungsgeräten des Green Deal ausgebaut, angeblich, weil sie den Start für das Projekt zu sehr belasten. Die Agrarindustrie und die ihr zugeneigten Bauernverbände haben es gemeinsam geschafft: Die Reform der Agrarpolitik befindet sich im ungebremsten Rollback aus dem Green Deal. Die angekündigten Maßnahmen, also die «Vom Hof auf den Tisch»-Strategie, der legislative Rahmen für ein nachhaltiges Ernährungssystem, das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur und die Verordnung zur Reduzierung des Pestizideinsatzes, das sind leider alles traurige Fehlstarts.

Wie können diese Fehlstarts ausgeglichen werden?

Eine zukunftsfähige GAP müsste einen kompletten Neustart wagen. Subventionen sollten ausschließlich den Umstieg auf agrarökologische Systeme und eine vielfältige, kleinstrukturierte Landbewirtschaftung fördern. Eine ländliche Entwicklungspolitik sollte die dafür nötige dezentralisierte,

kritische, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur aufbauen, um lokale, krisenfeste Ernährungssysteme zu schaffen. Fördergelder sollten nicht nach Hektaren, sondern nach Fortschritt beim Umbau und sinnvoller Beschäftigung verteilt werden. Und die Bäuerinnen und Bauern sollten ihr Einkommen aus fairem Wettbewerb am Markt sowie für Zusammenarbeit untereinander und mit den örtlichen Lebensmittelbetrieben erwirtschaften können. Auch ein Außenschutz gegen Sozial- und Ökodumping-Importe gehört dazu, ebenso wie eine öffentliche Gesundheitspolitik, die diesen Neustart begleitet.

Nicht nur in Deutschland entlädt sich derzeit bei vielen Bäuerinnen und Bauern eine ungeheure Wut. Auch in den Niederlanden, Frankreich, Polen und Rumänien gingen sie in den vergangenen Monaten auf die Straße, teilweise kam es zu Ausschreitungen. Warum sind diese Proteste so heftig?

Es sind die ewigen Baustellen und die Planlosigkeit der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und in Brüssel. Es sind aber auch das Nichtwissen und Desinteresse der Bevölkerung an der Situation, in der sich viele Höfe in der EU befinden. An der Ladentheke ist die Not nicht zu erkennen, auf den Straßen ist sie jetzt zu sehen und zu hören. Die Streichung der Dieselsubventionen hat das Fass zum Überlaufen gebracht, aber die Stimmung hat schon lange vorher gekocht. Selbst diejenigen, die schon lange auf dem Weg in eine ökologische Agrarkultur unterwegs sind, sehen nicht ein, warum sie immer mehr – und manchmal völlig unsinnige – Auflagen erfüllen sollen, während ihr Einkommen ständig extrem schwankt, zurückgeht oder unberechenbar geworden ist. Wer den Umbau ernst nimmt, hat mehr Arbeit und ein hohes wirtschaftliches Risiko. Das wird nicht ausreichend entlohnt und kaum wertgeschätzt. Zum Glück sind Bäuerinnen und Bauern nicht ganz allein: «Wir haben es satt», die jährliche Demonstration eines breiten Bündnisses während der Grünen Woche, zeigt, wie viel Gemeinsamkeit im Kampf für die Agrarwende möglich ist.

Wie kann und sollte auf die Wut reagiert werden?

Warme Worte, Verständnis ohne persönlichen politischen Einsatz, Ankündigungen, man wolle kleine Betriebe unterstützen, ohne dabei zeitgleich und vorausschauend konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen: Das hilft nicht mehr, im Gegenteil. Es macht die Wut nur noch größer. Vor allem der Kuschelkurs mit dem Bauernverband und das stille Einverständnis mit der



Agrar- und Ernährungsindustrie haben der Glaubwürdigkeit der angekündigten Agrarwende massiv geschadet.

Welche Folgen könnte dieser Glaubwürdigkeitsverlust haben?

Wenn der Moment verpasst wird, in dem der «Nationale Strategische Plan» für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik fit gemacht werden kann für eine ambitionierte Agrarwende, dann nützen auch Werbebeschränkungen für ungesunde Lebensmittel nicht mehr. Ein Aktionsplan für eine grüne Gemeinsame Agrarpolitik der Zukunft gehört jetzt, vor der Wahl zum Europaparlament und vor Arbeitsbeginn der neuen Europäischen Kommission, in die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Landwirtschaft und Europas. Es ist sonst zu befürchten, dass die Bauernproteste den Rollback in der Agrarpolitik nur noch weiter befeuern.

In Deutschland warnen Verfassungsschützer, Rechtsextremisten könnten die Bauernproteste unterwandern.

Wie bewertest du diese Gefahr?

Sie ist groß. Die AfD und ihre europäischen Miteiferer haben einfache Antworten: Ampel weg, Grüne weg, EU weg, Agrarwende weg, dann ist auch das Thema Klimawandel weg. Unsere Antworten auf die vielen Krisen der Landwirtschaft sind mit erheblichen Anstrengungen verbunden. Es braucht Erklärungen, Empathie, Zusammenarbeit, gegenseitiges Interesse und Respekt. Ganz wie im richtigen Leben. Es hilft nichts. Wir müssen liefern. 2024 wird das Jahr, in dem demokratische Parteien in einigen Ländern

und Regionen in die Minderheit rutschen könnten. Dann wird es unsere Aufgabe sein, den großen Rollback zu entschleunigen und uns auf vielen verschiedenen Ebenen neu aufzustellen. Die Entwicklung in Polen macht Hoffnung, aber sie zeigt auch, wie schwer es ist, einmal verloren gegangene Einsicht und Vernunft wiederzubeleben.

Zukünftige Erweiterungsrounden fordern die EU im agrarpolitischen Bereich zusätzlich heraus. Was muss beachtet werden, bevor die Ukraine, Moldau, Georgien und die Westbalkan-Länder Mitglieder der EU werden?

Der Beitritt der Ukraine ist der Elefant im Raum der aktuellen Überlegungen zur nächsten Agrarreform 2027. Die Kommission fürchtet, dass sich das Tier bewegen könnte und das gute Porzellan zerschlägt, und bewegt sich deshalb selbst nicht. Die etablierten Bauernverbände stöhnen laut, warnen vor der Preiskonkurrenz aus dem Osten und fordern Ausgleichszahlungen. Tatsächlich würden sich die vermeintlichen Gewissheiten der aktuellen GAP bei einem Beitritt der Ukraine in Luft auflösen. Bei der Größe der Agrarbetriebe würden Hektarzahungen, wie sie jetzt bestehen, den Agrarhaushalt entweder extrem aufblähen oder sofort platzen lassen. Die Agrarstrukturen und die Hektarerträge sind denen in den USA vergleichbar und die meisten Bauernhöfe in der EU wären dem Konkurrenzdruck nicht gewachsen. Anders wäre es im Westbalkan, in Moldau und Georgien,

da die Länder in dieser Region überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft haben. Die Agrarwende wäre also sowohl im Hinblick auf diese Strukturen als auch auf die Notwendigkeit einer agrarökologischen Anpassung in der Ukraine unumgänglich. Der Beitritt wird irgendwann kommen. Nicht, weil er immer wieder versprochen wird, sondern weil die EU ihn braucht. Die Menschen im Westbalkan sind jetzt schon tief enttäuscht über das ewige Hinhalten und die Untätigkeit. Auch deshalb ist der Neustart der GAP so wichtig.

Was bedeutet das konkret für die Ukraine?

Die Interessen der Agrarindustrie der Ukraine werden derzeit sehr intensiv in Brüssel vertreten. Es geht um den Absatz der Getreide- und Fleischüberschüsse der Ukraine in die EU, die ja zunächst in den osteuropäischen Mitgliedstaaten und jetzt in der gesamten EU mit zu den Bauernprotesten geführt haben. Es wäre falsch, diese Interessen der dort agierenden internationalen Konzerne aus Solidarität mit der Ukraine zu stützen. Vielmehr müssen die Bedingungen für einen Beitritt und für weitere Zahlungen aus Brüssel in allen Mitgliedstaaten an Kriterien geknüpft werden. Diese Kriterien müssen Erzeugungsmethoden und eine Infrastruktur fördern, die die Bäuerinnen und Bauern in einer erweiterten EU dabei unterstützen, Tiere artgerecht zu halten, die Bodenfruchtbarkeit zu fördern und das Klima zu schützen. All diese Kriterien sind weder in der EU noch in der Ukraine derzeit ausschlaggebend und leider Teil des aktuellen agrarpolitischen Rollbacks. Ohne eine tiefgreifende Neuorientierung der GAP unter Einbeziehung der Ukraine wird der Beitritt für die gesamte EU ein Desaster. Das kann und muss verhindert werden.

*Das Interview wurde Ende Januar 2024 geführt.

Hannes Lorenzen ist Agrarexperte und war von 1985 bis 2019 Berater der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Er ist Gründer verschiedener europäischer Netzwerke zu nachhaltiger Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung, darunter der Agricultural and Rural Convention (arc2020.eu), deren Vorsitzender er ist.

Eva van de Rakt leitet das Referat Europäische Union und Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Von 2019 bis 2023 war sie Leiterin des EU-Büros in Brüssel.

Der Angriffskrieg Russlands hat unerwartete Einigkeit unter den Ländern der Europäischen Union geschaffen. Gleichzeitig hat er gezeigt, wie defizitär die europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist und wie schlecht es um Europas Verteidigungsfähigkeit steht. Ihr Potenzial als «Möglichmacherin» hat die EU bisher zu wenig genutzt.

Russlands Überfall auf die Ukraine: eine Zäsur für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Text: Jana Puglierin

Durch den militärischen Einmarsch am 24. Februar 2022 hat Russlands Präsident Wladimir Putin endgültig deutlich gemacht, dass er an einer kooperativen europäischen Sicherheitsordnung auf Basis der Charta von Paris nicht mehr interessiert ist. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geht es deshalb auf absehbare Zeit darum, Sicherheit *vor* Russland, statt Sicherheit *mit* Russland herzustellen. In den vergangenen Monaten wurden so die Weichen in Europa auf Eindämmung und Abschreckung der Aggression Russlands gestellt.

Die EU-Mitgliedstaaten haben in der Erklärung von Versailles vom März 2022 beschlossen, ihre Verteidigungsfähigkeiten grundlegend zu stärken und ihre Ausgaben dafür deutlich zu erhöhen. Dänemark hat ein erfolgreiches Referendum über einen Beitritt zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU

abgehalten, Finnland ist bereits NATO-Mitglied geworden und Schweden hofft auf einen baldigen Beitritt. Die NATO hat ihre Präsenz an der Ostflanke gestärkt und neue Verteidigungspläne für das gesamte Bündnisterritorium entwickelt. Durch den Angriffskrieg Russlands hat die Bedeutung des Militärischen für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik massiv zugenommen. Auch wenn noch offen ist, wann und unter welchen Bedingungen der Krieg in der Ukraine endet: Es wird keinen Weg zurück zum Status quo ante mit Russland geben, zumindest nicht, solange Putin im Amt ist.





◀ Demonstration zum Unabhängigkeitstag der Ukraine am 24. August 2023 am Brandenburger Tor in Berlin.

instrumentalisiert für eine hybride Kriegsführung, hat die europäischen Staats- und Regierungschefs noch einmal aufgerüttelt. Mehr als zuvor gibt es in Europa jetzt ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer unabhängigen europäischen Handlungsfähigkeit zum Schutz der eigenen Interessen und Werte. Die Europäische Kommission hat es sich zum Ziel gesetzt, asymmetrische Abhängigkeiten zu verringern, Kapazitäten in strategischen Sektoren aufzubauen und die EU vor äußerem Zwang zu schützen.

Einheit trotz Vielfalt angesichts russischer Aggression

Der Krieg hat aber auch ungewohnte Einigkeit unter den Ländern der Europäischen Union erzeugt. Trotz früherer Schwierigkeiten, in außenpolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen, reagierten die EU-Mitglieder diesmal entschlossen, prompt und flexibel. Sie verhängten umfangreiche Sanktionen gegen Russland, schnürten große finanzielle Hilfspakete und schafften unbürokratische Aufnahmemöglichkeiten für ukrainische Kriegsflüchtlinge. Dinge, die vorher undenkbar erschienen, wurden plötzlich möglich. Durch die Finanzierung von Waffen und Ausrüstung für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität brach die EU mit dem jahrzehntelangen Tabu, keine Waffen in Krisengebiete zu senden. Mit der Entscheidung, der Ukraine und Moldau erst den Status von Beitrittskandidaten zu verleihen und dann im Dezember 2023 die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, wurde die zweite große EU-Osterweiterung initiiert und vorangetrieben.

Weniger «win-win», mehr Nullsummenspiel

Eine weitere Konsequenz des russischen Angriffskriegs ist ein verändertes europäisches «Mindset» mit Blick auf auswärtiges Handeln. Viele Politikbereiche, wie Handel, Wettbewerb sowie Forschung und Technologie, haben sich unter der Prämisse entwickelt, dass internationale Zusammenarbeit im Allgemeinen vorteilhaft für alle Beteiligten ist. Schon vor der russischen Invasion in die Ukraine hatte sich in der EU diesbezüglich Ernüchterung eingestellt, nicht zuletzt durch die «Maskendiplomatie» Chinas während der Covid-Pandemie oder die Sekundär-sanktionen Amerikas gegen europäische Firmen während der Präsidentschaft von Donald Trump. Die Erfahrung, dass die eigene Energiesicherheit fundamental von Russland abhängt, einem Land, das die Abhängigkeit ausnutzt und

Weiterentwicklung von GASP und GSVP

Gleichzeitig zeigt die entschiedene Opposition des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán gegen einen EU-Beitritt der Ukraine, wie defizitär die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) noch immer ist. Denn in der europäischen Außenpolitik gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Obwohl die Mitgliedstaaten durch den Vertrag von Lissabon zum Prinzip der loyalen Kooperation verpflichtet sind, um ein höchstes Maß an Kohärenz in der europäischen Außenpolitik zu erreichen, ist dieses Prinzip de facto

nicht durchsetzbar. Das Einstimmigkeitsprinzip lädt Staaten stattdessen dazu ein, ihr Veto als Druckmittel zu benutzen, um Zugeständnisse in Bereichen zu erzwingen, die mit dem eigentlich zur Abstimmung stehenden Thema gar nichts zu tun haben. So instrumentalisierte Orbán im Dezember 2023 sein Vetorecht, um zehn Milliarden Euro an eingefrorenen EU-Geldern für Ungarn freizupressen, bevor er einwilligte, den Raum im entscheidenden Moment der Abstimmung über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen kurz zu verlassen.

Richtigerweise liegt der Fokus der Reformdebatte deshalb darauf, wie man eine totale Blockade der GASP zukünftig verhindern kann. Dabei ist der Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen ein sinnvoller Vorschlag, für den es allerdings den politischen Willen aller Mitgliedstaaten bedarf. Und der ist momentan leider nicht zu erkennen. Neben der Konzentration auf die volle Ausschöpfung der nicht oder zu wenig genutzten Potenziale des Lissabon-Vertrags (man denke auch an «konstruktive Enthaltung» und «verstärkte Zusammenarbeit») sollte das Nachdenken über eine handlungsfähigere GASP deshalb auch vor den Möglichkeiten außerhalb des formalen EU-Rahmens nicht haltmachen.

Informeller Zusammenschluss von EU-Mitgliedstaaten

Statt zum Beispiel Orbáns finanziellen Forderungen weiter nachzugeben, um neue Finanzhilfen für die Ukraine im EU-Rahmen zu mobilisieren, sollten die EU26 einen Weg finden, das Orbán-Veto zu umgehen – zum Beispiel, indem sie die Summe im Rahmen eines außerbudgetären Finanzpakets bereitstellen. Ein informeller Zusammenschluss von EU-Mitgliedstaaten war in der Vergangenheit oft die einzige Möglichkeit, außenpolitisch zumindest in Teilen gemeinsam zu handeln, zum Beispiel bei den E3+3 Verhandlungen der sechs Staaten mit dem Iran in Bezug auf sein Atomentwicklungsprogramm. Die Herausforderung ist, solche Kooperationen so zu gestalten, dass sie den EU-Rahmen stärken und nicht unterwandern. Dies kann zum Beispiel gewährleistet werden, wenn die Vertretung einer EU-Institution an den entsprechenden Formaten teilnimmt. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat außerdem deutlich gemacht, wie schlecht es um Europas Verteidigungsfähigkeit bestellt ist. Die europäischen Fähigkeitslücken sind enorm. Kapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie wurden in den letzten Dekaden heruntergefahren und die Europäerinnen und Europäer arbeiten kaum zusammen. Die Bemühungen um eine Koordinierung des europäischen Beschaffungswesens funktionieren nicht, da viele Länder ihre eigenen Wege gehen, auch wenn die nationalen Budgets gestiegen sind. Weil europäische Fähigkeiten oft nicht zeitnah verfügbar sind, aber Lücken schnell geschlossen werden müssen, greifen viele europäische Staaten zudem auf außereuropäische Lösungen aus den USA oder Südkorea zurück, was Abhängigkeiten verstärkt. Die Rolle der USA in Europa ist durch den Krieg noch zentraler geworden. Das ist mit Blick auf die unklare innenpolitische Entwicklung in den USA und die erwartbare strategische Priorisierung von Asien jedweder US-Administration keine nachhaltige Strategie.

Lenkung der europäischen Rüstungsanstrengungen

Deshalb gilt es, die Europäerinnen und Europäer mit Hochgeschwindigkeit in die Lage zu versetzen, ihre Sicherheit stärker selbst zu gewährleisten. Die pathologische Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie muss endlich überwunden werden. Durch eine Lenkung der europäischen Rüstungsanstrengungen und die Schaffung von Anreizen könnte die EU sicherstellen, dass die Länder interoperable Systeme beschaffen und europäische Rüstungsunternehmen nicht zugunsten von Lieferanten aus Drittländern benachteiligt werden. Doch trotz der von der EU eingeleiteten lobenswerten Initiativen – wie der Verordnung zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und der zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) – mangelt es an der notwendigen Finanzkraft und an politischem Rückhalt in den Mitgliedstaaten, um signifikante Veränderungen zu bewirken. Das Potenzial der EU als «Möglichmacherin» einer verstärkten europäischen Verteidigungsfähigkeit durch die Bereitstellung von Anreizen für die Entwicklung europäischer Kapazitäten, die dann auch im Rahmen der NATO genutzt werden können, bleibt so weiter ungenutzt.

Dr. Jana Puglierin leitet seit 2020 das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations und ist dort auch Senior Policy Fellow. Zuvor leitete sie vier Jahre das Europa-programm der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Sie arbeitete u.a. als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag und am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Weichenstellung für Europa

Mit ihrem umfassenden Unterstützungspaket für die Ukraine hat die EU demonstriert, dass sie bereit ist, die geopolitische Landschaft aktiv mitzugestalten. Um diese Rolle auszufüllen, muss sie ihre Verteidigungsindustrie stärken und ihre Truppen aufbauen und einsatzbereit machen.

Text: Andris Sprūds und Imants Lieģis

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen versprach bei ihrem Amtsantritt 2019, die EU zu einer «geopolitischen Kraft» zu machen, mit der man rechnen müsse. Der russische Einmarsch in die Ukraine mit seinen tektonischen Verschiebungen in der geopolitischen Landschaft führte der EU sehr schnell vor Augen, wie wichtig es ist, diese Rolle wahrzunehmen und auszubauen.

Mit seinem brutalen Angriff hat Russland dem europäischen Kontinent einen massiven Krieg aufgezungen und die auf Recht und Gesetz basierende internationale Ordnung erschüttert. Darauf hat die EU gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren zügig reagiert. Dass nach dem 24. Februar 2022 in enger Zusammenarbeit mit den USA und anderen Partnern sofort Sanktionen verhängt wurden, hat Putin zweifellos überrascht. Insgesamt wurden dreizehn Sanktionspakete verabschiedet, die die EU nun mit großer Priorität umsetzt.

Die EU hat die Ukraine in vielen Bereichen massiv unterstützt: Sie engagiert sich in der Flüchtlingshilfe, gewährt humanitäre Unterstützung sowie Direkthilfen für die ukrainische Wirtschaft. Im Jahr 2023 beliefen diese sich auf fast 100 Milliarden Euro. Zum anderen stärkt sie das Land politisch: Im Juni 2022 sprach sie der Ukraine den Status einer EU-Beitrittskandidatin zu; im Dezember 2023 wurde beschlossen, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Der militärische Beistand läuft über einen Zeitraum von vier Jahren; Ende des Jahres 2023 wurde noch einmal ein Paket geschnürt. All diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden. Die EU muss dafür sorgen, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt und so schnell wie möglich ihren rechtmäßigen Platz als Mitglied der EU und der NATO einnimmt. Die Herausforderungen der EU in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik betreffen nicht nur die Zukunft der Ukrainer*innen. Wenn die EU erfolgreich agiert, wenn der Krieg zu einem militärischen Erfolg der Ukraine führt, wird sie noch stärker als geopolitische Akteurin wahrgenommen und anerkannt. Russlands Krieg hat allerdings gezeigt, dass die EU dringend militärische Ausrüstung und Munition produzieren und dazu die Kapazitäten seiner Verteidigungsindustrie hochfahren muss. Parallel dazu müssen die europäischen Truppen schnell aufgebaut und einsatzbereit gemacht werden, durch Übungen und die Teilnahme an Operationen. Auch die Versorgungskette in Europa sollte erweitert und diversifiziert werden, schwerpunktmäßig in größerer geografischer Nähe zur Frontlinie.

Lettland ist davon überzeugt, dass diese Maßnahmen die geopolitische Rolle der EU stärken werden und wird sich deshalb in diesen Punkten beharrlich engagieren. Die enge Zusammenarbeit der EU mit der NATO und den USA hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, eine starke transatlantische Verbindung aufrechtzuerhalten. Diese ist auch entscheidend, um im Krisenfall die Truppen schnell verstärken zu können sowie ihren Transport und ihre Ausrüstung über europäische Grenzen hinweg zu gewährleisten. Die EU muss militärisch mobil sein: Die Außengrenzen der EU und der NATO sind seitens der autoritären Regime in Belarus und Russland hybriden Angriffen ausgesetzt.

Auf dem Gipfeltreffen in Washington im Juli dieses Jahres feiert die NATO ihr 75-jähriges Bestehen. Die kollektive Verteidigung des Bündnisgebietes und die Umsetzung entsprechender Pläne werden ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Eine Stärkung des Prinzips der «Abschreckung durch Bestrafung» (Deterrence by Denial) wird eng mit diesem Ansatz verbunden sein.

Dieses Jahr wird entscheidend sein für die Zukunft der Ukraine und der internationalen, regelbasierten Ordnung, von der die EU ein wesentlicher Bestandteil ist. Die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Neubesetzung der nächsten Kommission sollten das geopolitische Gewicht der EU weiter stärken. Eine entschlossene Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wird auch die Sicherheit ihrer Bürger*innen verbessern.

Andris Sprūds ist Verteidigungsminister von Lettland.

Imants Lieģis ist der Berater des Verteidigungsministers.

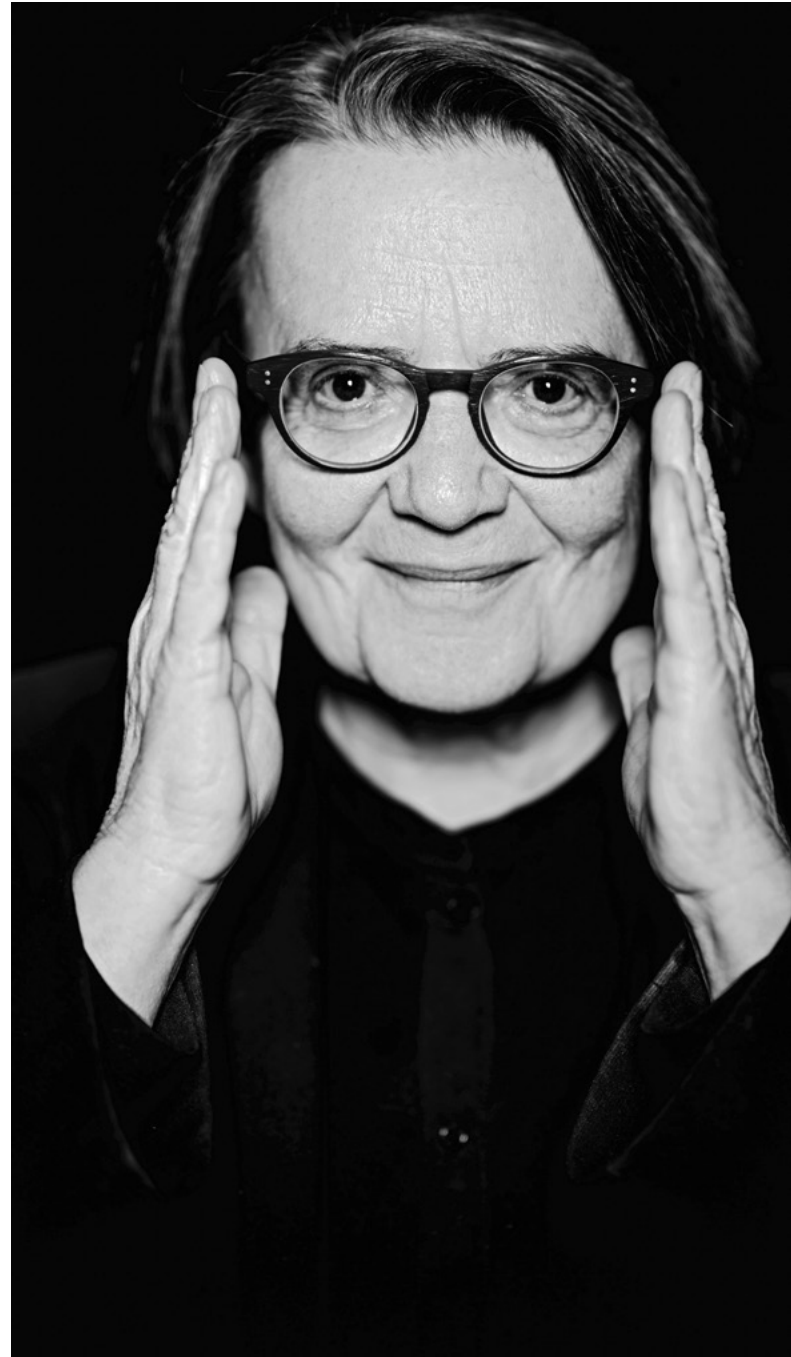
«Make Empathy Great Again!»

Die polnische Regisseurin Agnieszka Holland hat einen Spielfilm über Pushbacks an der polnisch-belarusischen Grenze gedreht und dafür eng mit Geflüchteten zusammengearbeitet. «Green Border» wurde bereits in Venedig mit dem Spezialpreis ausgezeichnet und läuft seit Februar auch in deutschen Kinos. Ein Gespräch mit der Regisseurin über die Kampagne gegen ihren Film, über Zivilcourage und Empathie und warum sie beides ein wenig hoffen lässt.

Interview*: Eva van de Rakt

Ihr Film «Green Border» wirft einen schonungslosen Blick auf die Situation von Geflüchteten aus Afghanistan, Syrien, Irak, Jemen und der Demokratischen Republik Kongo im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen. Was hat Sie motiviert, diesen Film zu machen?

AGNIESZKA HOLLAND: Ich wollte die Realität abbilden. Was sich an der polnisch-belarusischen Grenze abspielt, ist wie ein Blick in ein Labor der Gewalt und der Lüge. Aus politischen Gründen legalisiert der Staat Gewalt gegen Zivilist*innen als eine angemessene Antwort auf eine humanitäre Krise. Ich finde es übrigens irrelevant, ob diese Krise von feindlichen Regimen provoziert wurde oder nicht. Die Frage ist doch, ob Menschenrechte und Menschenleben uns etwas bedeuten. Die polnisch-belarusische Grenze ist keine Ausnahme. Die gesamte EU verwandelt sich derzeit in eine Art Festung und akzeptiert aus Angst vor Massenmigration und dem Aufstieg populistischer und faschistischer Parteien Gewalt auf der See und dem Land als einfachste Lösung.



Die Schutzsuchenden sind auf beiden Seiten des Grenzzauns der Gewalt von Grenzsoldaten ausgesetzt. Sie werden im Wald hin- und hergejagt und in einem rechtsfreien Raum Opfer brutaler Pushbacks. Einige Schauspieler*innen haben selbst Fluchterfahrungen. Wie haben Sie mit Geflüchteten zusammengearbeitet, um ihre Geschichten und Perspektiven im Film zu berücksichtigen?

Während wir das Drehbuch geschrieben haben, haben wir umfangreich recherchiert. Wir haben viel gelesen und mit Geflüchteten, Aktivist*innen, Bewohner*innen vor Ort und auch mit Grenzschutzpersonal gesprochen. Durch die Zusammenarbeit mit Schauspieler*innen, die selbst Fluchterfahrungen haben und engagiert sind, konnten wir die Details und den Hintergrund der Geschichte erarbeiten. Sie brachten ihre Kenntnisse der Lage, ihre persönlichen Erfahrungen und Emotionen in den Film ein.

Wie haben die Geflüchteten, deren Geschichten Sie erzählen, auf den Film reagiert?

Die allgemeine Reaktion auf den Film war sehr emotional, sowohl von Menschen, die Ähnliches erlebt haben, als auch von Zuschauer*innen, die zuvor kaum etwas über das Thema wussten. Außerdem haben die Menschen, deren Geschichte wir erzählen, uns für den Film gedankt. Sie fanden ihn sehr wahrheitsgetreu, weder manipulativ noch übertrieben.

Sie haben die polnischen Charaktere in vielen Facetten gefilmt und zeigen, wie Ratlosigkeit, Verzweiflung und innere Zerrissenheit ihr Handeln bestimmen. Ein Grenzsoldat zum Beispiel kämpft mit seinem Gewissen. Und zwischen den Aktivist*innen entstehen Konflikte, weil sie sich fragen, inwieweit sie sich den Anweisungen der polnischen Behörden widersetzen müssen, um das Leben der Schutzsuchenden zu retten. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach zivilgesellschaftliches Engagement und Zivilcourage in der aktuellen Situation?

Alle Hilfe lag und liegt bei der Zivilgesellschaft, bei Aktivist*innen, der lokalen Bevölkerung, bei Menschen, die auf eigene Faust Entscheidungen treffen müssen, weil die Staatsmacht nichts tut. Dabei handeln sie sich oft selbst Ärger ein, da der Staat ihre Hilfe kriminalisiert. Es ist sehr anstrengend und frustrierend. Viele der Aktivist*innen leiden unter posttraumatischem Stress. Dennoch machen sie weiter, denn sie wissen, dass es für sie keinen Ersatz gibt. Einige tun dies bereits seit zwei Jahren Tag für Tag und Nacht für Nacht. Sie suchen Vermisste, doch statt Überlebenden finden sie oft nur Leichen.

Gegen Ende des Films zeigen Sie das sehr unterschiedliche Verhalten von polnischen Grenzsoldaten und Bürger*innen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine. Woher kommt Ihrer Meinung nach diese diametral entgegengesetzte Haltung von Ablehnung und Härte auf der einen und Empathie sowie Hilfsbereitschaft auf der anderen Seite?

Polnische Bürger*innen können sich mit dem ukrainischen Leid viel leichter identifizieren. Dabei sind die geografische Nähe entscheidend, die ähnliche Sprache und Kultur, der gemeinsame Feind Russland und die Tatsache, dass die Regierung in diesem Fall ihr Handeln unterstützt, anstatt es zu kriminalisieren. Bei der Ablehnung und Härte spielt Rassismus gegen Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine kommen, eine Rolle. Rassismus kommt überall auf der Welt wieder zurück. Was wir glaubten, längst hinter uns gelassen zu haben, kehrt mit gefährlicher Geschwindigkeit zurück.

Die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat Ihren Film scharf kritisiert. Wie hat sich die Kampagne der Regierung gegen den Film auf Ihr Leben ausgewirkt?

Ich habe mit feindseligen Reaktionen gerechnet und damit, dass die Regierung versuchen wird, den Film für Wahlkampfzwecke auszunutzen und eine hasserfüllte, nationalistische Kampagne gegen Geflüchtete zu führen. Ich habe auch mit Angriffen auf mich selbst gerechnet. Überrascht hat mich allerdings das Ausmaß. Der Präsident, der Premierminister, der Vorsitzende der Regierungspartei, der Justizminister, sie alle stürzten sich mit absurden Anschuldigungen auf mich. Ich sei eine Verräterin, ein Nazi, Goebbels, Hitler, Stalin und Putin. Damit haben sie wohl etwas übertrieben, denn im Endeffekt haben wir davon profitiert, politisch und an den Kinokassen. Wir haben aber durchaus befürchtet, dass diese hasserfüllten Worte echte Aggressionen auslösen könnten. Ich habe meinen Aufenthalt in Polen um die Zeit der Filmpremiere herum verkürzt und Sicherheitskräfte eingestellt. Zum Glück hat die demokratische Koalition die Wahlen gewonnen. Das kommt fast einem Wunder gleich, da die PiS das mit allen Mitteln zu verhindern versucht hat. Nach den Wahlen hat sich die Situation für mich beruhigt.



◀ links: Agnieszka Holland, rechts: Agnieszka Holland während der Dreharbeiten ihres Films «Green Border».

Die Film premiere fand bei den Internationalen Filmfestspielen von Venedig vor den Parlamentswahlen in Polen vom 15. Oktober 2023 statt. Wie wurde «Green Border» in Polen aufgenommen?

Der Film war ein Riesenerfolg, sowohl an den Kinokassen als auch bei Filmkritiker*innen und dem Publikum. Ich habe noch nie so starke Reaktionen erlebt. So emotional, so moralisch herausfordernd. Wir sind wirklich stolz darauf, dass wir diesen Film mit all unserer Ehrlichkeit und unserem Mut gemacht haben, und wir waren sehr zufrieden mit ihm, als wir ihn unserem Publikum gezeigt haben.

In welchen anderen Ländern wurde der Film bisher gezeigt?

Bisher nur auf Festivals in Polen und Tschechien. Er wird in den ersten Monaten des Jahres 2024 in weiteren Ländern in die Kinos kommen. Zuerst in Deutschland, Italien, Frankreich und den Benelux-Staaten, danach in Spanien, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern.

Welche Reaktionen erhoffen Sie sich in Deutschland?

Die meisten Migrant*innen, die der Falle an der polnisch-belarusischen Grenze entkommen konnten, landeten in Deutschland. Es ist also auch eure Geschichte, eure und die eurer neuen Mitbürger*innen. Migration ist eine der zentralen Fragen und Herausforderungen für die Zukunft Europas. Ich hoffe, dass das deutsche Publikum für das Thema und für die humanistische Dimension unserer Geschichte empfänglich ist.

Was müsste sich Ihrer Meinung nach in der Migrations- und Asylpolitik der EU ändern?

Alles. Es muss eine globale, ehrliche Zusammenarbeit geben. Wir können nicht wieder den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass Mauern oder Diktatoren anderswo die Situation von uns fernhalten.

Ihr Film geht unter die Haut und rüttelt auf, er zeigt nur wenige Momente, die Hoffnung machen – zum Beispiel, wenn junge Geflüchtete und polnische Jugendliche gemeinsam einen französischen Song singen. Was gibt Ihnen Hoffnung für die Zukunft Europas?

Jugend. Kunst. Vorstellungskraft. Und Empathie. Make Empathy Great Again! Wir sind in der Lage, unsere Herzen und Häuser Fremden zu öffnen. Doch wir tun es nicht. Nicht etwa, weil uns die Mittel fehlen, sondern weil wir es nicht wollen.



▲ Das Plakat zum Film

DIE REGISSEURIN:

Agnieszka Holland wurde 1948 in Warschau geboren. Sie studierte Film an der Film- und Fernsehakademie der Akademie der Musischen Künste (FAMU) in Prag und begann 1971 ihre Filmkarriere als Regieassistentin von Krzysztof Zanussi. Im Laufe ihres Arbeitslebens wurde sie dreimal für den Oscar nominiert: 1985 für «Bittere Ernte» (bester fremdsprachiger Film), 1990 für «Hitlerjunge Salomon» (bestes adaptiertes Drehbuch) und 2012 für «In der Finsternis» (bester fremdsprachiger Film). Zu Hollands zahlreichen, vielfach international ausgezeichneten Spielfilmen gehören unter anderem «Olivier, Olivier» (1992), «The Secret Garden» (1993), «Total Eclipse» (1995), «Julie Walking Home» (2001), «Spoor» (2017), «Mr. Jones» (2019) und «Charlatan» (2020). Sie führte auch Regie bei herausragenden Fernsehserien wie «Treme» oder «House of Cards».

DER FILM:

2021. Angelockt von den Versprechungen des belarusischen Diktators Lukaschenko haben Bashir und Amina mit ihrer syrischen Familie wie viele andere Geflüchtete den Flug nach Minsk gebucht, um von dort über die grüne Grenze nach Polen und dann zu ihren Verwandten in Schweden zu gelangen. Doch die Verheißung wird zur Falle. Zusammen mit Tausenden anderen steckt die Familie im sumpfigen Niemandsland zwischen Polen und Belarus fest, von den Grenzschützern beider Länder im streng abgeschirmten Sperrgebiet hin und her getrieben, abgeschnitten von jeder Hilfe. An der Grenze entfaltet sich ein vielmotives Drama zwischen Hoffnung und Verzweiflung, Zynismus und Menschlichkeit. Wegschauen ist nicht möglich. Es geht um Leben und Tod.

Seit 1. Februar 2024 bundesweit in den Kinos.

*Das Interview wurde Ende November 2023 geführt.

Eva van de Rakt leitet das Referat Europäische Union und Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) will die sogenannte irreguläre Migration eindämmen. Insbesondere die Ausweitung der «sicheren Drittstaaten» und Grenzverfahren wie die «Fiktion der Nichteinreise» bedrohen fundamentale Asylrechte.

Flüchtlingsschutz in Europa: Aktuell geschwächt, in Zukunft ausgehöhlt?

Text: Neda Noraie-Kia

Jahrelang bemühten sich die Europäische Kommission, die EU-Mitgliedsländer und das Parlament um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Bis vor Kurzem waren die Reformversuche wegen der sehr unterschiedlichen Positionen erfolglos. Im Herbst 2020 hatte die Kommission ein umfangreiches Paket mit Reformvorschlägen für ein «neues Migrations- und Asylpaket» vorgelegt. Im September 2022 einigten sich Rat und Parlament auf eine Roadmap mit dem Ziel, Verhandlungen noch vor der nächsten Europawahl abzuschließen. Tatsächlich konnten Rat und Europaparlament am 20. Dezember 2023 in den unter großem Druck durchgeführten Trilogverhandlungen eine politische Einigung erzielen, bei der sich der Rat weitgehend durchgesetzt hat. Das nun beschlossene Reformpaket ist von dem Konsens geprägt, die sogenannte irreguläre Migration einzudämmen. Tritt es in Kraft, wird es das bestehende Asylsystem weitreichend verändern, mit massiven Folgen für Asylsuchende sowie auch für die EU-Mitgliedstaaten.

Das Reformpaket und die Trilogverhandlungen

Die Vielzahl von Gesetzesänderungen sind jeweils für sich genommen schon komplex, durch den Paketansatz aber noch schwerer zu bewerten, da sich viele Teilbereiche aufeinander beziehen und gegenseitig bedingen. Die Unübersichtlichkeit der Materie hat durchaus politische und praktische Implikationen: Eine kritische Begleitung der Verhandlungen durch Rechtshilfeorganisationen, Anwält*innen, Sozialarbeiter*innen, die in der Praxis täglich EU-Recht anwenden, war durch den vielschichtigen und intransparenten Prozess kaum möglich. Dabei wäre sie angesichts des schlechten Ist-Zustandes europäischer Asylpolitik eigentlich unabdingbar gewesen. Es gibt im Wesentlichen drei Aspekte des Paketes, die besonders hervorzuheben sind:

- Die von der Kommission vorgeschlagenen und im Trilog beschlossenen Grenzverfahren sollen unter der sogenannten Fiktion der Nichteinreise stattfinden, das heißt, ähnlich wie beim deutschen Flughafenvorverfahren würde EU-Boden

extraterritorial behandelt. Besonders gravierend dürfte sich die Kombination mit der sogenannten Krisenverordnung auswirken, die vorsieht, dass in Zeiten von «höherer Gewalt» oder «Instrumentalisierung» Ausnahmeregelungen gelten sollen, die das Recht auf Asyl zusätzlich einschränken würden und die eine noch längere Inhaftierung Geflüchteter in Grenzverfahren zur Folge hätten.

- Die Ausweitung des Konzepts der sogenannten sicheren Drittstaaten. Hier drohen eine weitreichende Externalisierung des Flüchtlingsschutzes sowie eine Absenkung der Kriterien, die ein Staat erfüllen muss, um als «sicher» zu gelten. Gerade in Kombination mit den Grenzverfahren ist davon auszugehen, dass Betroffene gegen entsprechende Entscheidungen rechtlich nicht oder kaum werden vorgehen können.
- Schließlich ist der Aspekt der Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb der EU ein wichtiger Baustein der GEAS-Reform. Die jüngst getroffene Einigung hält trotz aller Kritik an dem Prinzip der Dublin-Verordnung, also der Zuständigkeit des Ersteinreiselandes, fest. Zwar soll es einen Solidaritätsmechanismus zwischen den EU-Mitgliedstaaten geben, dieser soll aber finanzielle Zahlungen als Alternative zur Aufnahme von Schutzsuchenden beinhalten (20.000 € für jeden nicht aufgenommenen Geflüchteten). Die Gelder sollen auch für das sogenannte Migrationsmanagement, also zum Beispiel für Rückführungen, verwendet werden.

Das Recht auf Asyl ist eine zivilisatorische Errungenschaft

Noch haben wir einen relativ hohen Rechtsstandard in der EU, der aber zum Leid vieler Geflüchteter häufig nicht eingehalten wird. Nun scheint sich im Zuge der GEAS-Reform der Rechtsrahmen an die bereits bestehende diskriminierende und teils brutale Praxis einiger Mitgliedstaaten anzupassen. Somit droht der Abbau von Flüchtlingsschutz in Europa auch auf dem Papier und nicht mehr nur de facto. Noch gilt: Jeder Mensch hat das Recht, Schutz zu ersuchen, und darauf, dass sein Asylbegehren in einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren geprüft wird. Dieses Recht ist eine zivilisatorische Errungenschaft und nicht zuletzt auch eine historische Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, als es Millionen Menschen vorenthalten wurde.

Zahlreiche Expert*innen und Aktivist*innen in ganz Europa, darunter Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung, setzen sich dafür ein, dass dieses Recht gewährt wird. Gerade vor dem Hintergrund der nun beschlossenen Reform wird dieser Einsatz umso wichtiger. Auch in Zukunft gilt es Menschenrechte und den Schutz von Geflüchteten in Europa zu wahren, gerade angesichts des ausgehöhlteten EU-Rechts.

Neda Noraie-Kia leitet seit 2020 das Regionalprogramm «Migration und Flucht» der Heinrich-Böll-Stiftung in Thessaloniki. Sie ist Politikwissenschaftlerin und arbeitete zuvor fünf Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Büroleiterin für Luise Amtsberg, damals flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Das erste Mal

Interviews: Christina Focken Illustrationen: Lucie Louxor

2024 dürfen in Deutschland auch Minderjährige bei der Europawahl ihre Stimme abgeben. Auch in Österreich, Malta und Belgien gilt für EU-Wahlen das aktive Wahlrecht ab 16. In Griechenland darf man ab 17 Jahren wählen. Sechs Statements von unter 18-jährigen und erwachsenen Erstwähler*innen aus sechs Ländern zeigen: Die EU muss mehr tun, um junge Menschen zu erreichen.



Francesco, 16, Malta
 «Wir sollten wählen gehen,
 damit sich Dinge ändern»

Die EU bedeutet für mich Zusammenhalt. Sie bedeutet für mich, als ein Bürger eines sehr kleinen Landes meine Stimme in einer der größten demokratischen Institutionen der Welt repräsentiert zu sehen. Das ist sehr wichtig für mich. Nicht alle in meinem Alter sind an Politik interessiert, weil sie den Eindruck haben, dass Politiker*innen sie nicht repräsentieren. Manche denken, dass so etwas wie die EU sinnlos ist. Oder sie sehen, dass die EU etwas macht, was sie nicht gut finden. Aber wenn die EU etwas tut, was du als falsch ansiehst, bedeutet das nicht, dass du nicht wählen gehen solltest. Du solltest erst recht wählen gehen, sodass Dinge sich ändern, in die Richtung, die du richtig findest. Ich hoffe, dass die Politiker*innen, die mich im Europäischen Parlament repräsentieren, immer für den Frieden stimmen. Und ich hoffe, dass soziale Probleme immer angegangen werden, mit einem Blick auf die Menschen, die darunter leiden. Zum Beispiel, was die steigenden Lebenshaltungskosten betrifft. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich als 16-Jähriger wählen darf. Ich nutze jeden Tag öffentliche Verkehrsmittel. Ich bin jeden Tag mit Bildungspolitik konfrontiert. Warum sollte meine Stimme also nicht zählen? Wir Jugendlichen sind nicht die Zukunft, wie viele Leute sagen. Wir sind die Gegenwart.

Xenia, 16, Österreich
 «Jetzt kommt vielleicht mal
 was Neues in die Politik»

Im Alltag beschäftige ich mich eher weniger mit der EU. Aber ich bin seit 2017 Mitglied in einer österreichischen Jugendorganisation, die Workshops und Gesprächsrunden veranstaltet, auch manchmal über EU-Politik. Wenn ich da dann etwas darüber erfahren kann, finde ich das sehr interessant. Bei uns in der Berufsschule gibt es das Fach Politische Bildung. Aber nur im ersten und dritten Jahr der Lehre. Meiner Meinung nach sollte es auch im zweiten Jahr angeboten werden. Ich persönlich beschäftige mich viel mit queeren Themen. Insbesondere damit, wie das in anderen Ländern gehandhabt wird. Es liegt mir sehr am Herzen, dass queere Menschen überall frei leben können. Als ich zum ersten Mal feiern gehen durfte, habe ich darauf hingefiebert. So ein bisschen fühlt sich das jetzt an, wenn ich zum ersten Mal wählen darf. Darüber haben viele immer geredet, und jetzt kann ich das auch machen! Es gibt ja viele Menschen, die das blöd finden, weil wir noch nicht so viel Lebenserfahrung haben. Aber ich finde es cool. Denn dann kommt vielleicht auch mal etwas Neues in die Politik, wenn ich mich als 16-Jährige durch Wahlen einbringen darf.



Oressia, 18, Belgien «Wir brauchen mehr Informationen»

Europa bedeutet, dass wir auf eine bestimmte Art alle miteinander verbunden sind. Zum Beispiel wirtschaftlich. Generell finde ich, dass über EU-Politik nicht genug gesprochen wird. Besonders in der Schule reden wir nicht viel darüber. In Belgien ist man ab 18 Jahren verpflichtet zu wählen. Ich denke, wir sollten deshalb zumindest einige grundlegende Informationen vermittelt bekommen. Wir sollten lernen, wie wir herausfinden, für wen wir stimmen wollen. Jetzt gerade habe ich keine Ahnung. Ich muss mich da wirklich noch mal informieren.

Denn ich will auch nicht einfach so abstimmen wie meine Eltern.

Ich denke, es gibt viele junge Menschen und wir können

Einfluss auf die Politik nehmen. Meine Großeltern zum

Beispiel hatten ein ganz anderes Leben als wir. Alter spielt

also schon eine große Rolle. Hier in Belgien darf man ab 16

wählen. Ich glaube, das ist vielleicht etwas jung. In dem

Alter weiß man noch nicht so viel über Politik und

könnte leicht beeinflusst werden. In der Politik sehe

ich oft große Spaltungen. Manche Menschen haben

sehr extreme Ideen. Für mich ist es wichtig, dass alle

mit einbezogen werden und zusammenarbeiten.



Šimon Hlišnikovský, 20, Tschechien «Wir wollen, dass man uns zuhört»

Obwohl viele Politiker*innen versuchen, die europäische Politik als nicht so notwendig darzustellen, ist sie für uns junge Menschen sehr wichtig. Wir machen uns Sorgen um unsere Zukunft. Unsere Generation ist mit einer Menge von Problemen konfrontiert, um die sich die lokalen Politiker*innen nicht kümmern und nicht kümmern wollen, weil sie durch die Lösung dieser Probleme nicht so viel Wählergunst gewinnen würden wie durch ihre populistische Politik. Deshalb sind die Wahlen zum Europäischen Parlament so wichtig. Viele junge Menschen setzen große Hoffnungen auf die europäische Politik. Der Klimawandel, kulturelle Fragen und die Wohnungskrise sind die Themen, die unsere Generation am stärksten belasten.

Deshalb überlegen sich viele meiner Freunde, ich eingeschlossen, sehr genau, wen sie wählen, und sie sind auch grundsätzlich bereit, zu wählen. Wir wollen keine Politiker*innen, die viel versprechen und nichts tun. Wir wollen Politiker*innen, die uns zuhören, denen wir vertrauen können und die bereit sind, die für uns drängenden Probleme anzupacken. Die bevorstehenden Wahlen werden daher nicht nur ein Test für die Demokratie als solche sein. Sie werden auch ein Test für uns Erstwähler*innen sein. Wenn wir in großer Zahl zur Wahl erscheinen, werden wir beweisen können, dass uns die Probleme wirklich am Herzen liegen.



Kaan, 16, Deutschland

«Jetzt kann ich die EU mitgestalten»

Ich bin vielseitig politisch aktiv. Zum Beispiel seit Neuestem bei Ruhrpott für Europa. Besonders prägend für mich war die Sommerakademie des Europäischen Parlaments im August 2023. Die Veranstaltung hat sehr anschaulich gemacht, dass die EU gar nicht so fern für junge Menschen ist. Und in diesem Jahr habe ich endlich die Möglichkeit, zum ersten Mal zu wählen und damit die EU mitzugestalten. Es ist schön, dass junge Menschen an europäischer Politik teilhaben können. Ich habe aber den Eindruck, dass viele Europäer*innen die EU als einen Apparat empfinden, der «da oben» etwas Elitäres macht und man gar nicht weiß, was es ist. Deshalb muss die EU dafür sorgen, dass Menschen merken: Aha, das betrifft mich auch selbst! Auch an Schulen ist das ein Problem. Was man im Unterricht über die EU lernt, ist meiner Meinung nach nicht ausreichend und wirkt oft sehr langweilig. Da muss man etwas verändern, damit auch junge Menschen ein Interesse an der EU entwickeln können.

Christina Focken ist freie Journalistin und lebt in Berlin. Dort studierte sie Gender Studies und Regionalstudien Asien/Afrika. Ihr Masterstudium der Global Studies führte sie außerdem nach Bangkok und Buenos Aires.

Lucie Louxor ist eine französische Illustratorin mit Sitz in Lille. Ihre Vorliebe für leuchtende Farben führt zu energiegeladenen und mutigen Illustrationen.



Dimitrios, 17, Griechenland

«Viele Jugendliche sind noch nicht reif genug»

Im Alltag geht es in Griechenland viel um Politik. Von klein auf in der Familie bekommt man mit, dass die Eltern darüber diskutieren. Auch in der Schule hören wir verschiedene Meinungen zu politischen Themen. Jugendliche beschäftigen sich deshalb viel damit. Seit 2023 darf man ab 17 wählen. Auf der einen Seite finde ich das gut, denn ich möchte gerne wählen. Allerdings denke ich, dass viele Jugendliche noch nicht reif genug dafür sind. Im Jahr 2015 befand sich Griechenland in einer tiefen Wirtschaftskrise. Einige haben damals gefordert, dass Griechenland die EU verlässt. Aber ich denke, wenn ein sogenannter Grexit stattgefunden hätte, würde es Griechenland jetzt schlechter gehen. Der Euro und die gemeinsame Wirtschaft haben uns sehr geholfen. In der Zukunft möchte ich gerne in Deutschland studieren. Auch das ist viel einfacher durch die EU. Es gibt immer noch große Armut in einigen EU-Ländern. In Griechenland ist es jetzt etwas besser. Ich glaube, dass die Länder in der EU einander helfen sollten, lokale Industrien zu stärken.

Narrative hinterfragen: Auf der Suche nach den Menschen dahinter



Ein geheimnisvoller Karton, eine Polaroidkamera und eine Vision: Junge Europäer*innen lassen sich ein Jahr im Kampagnenwesen schulen, um 2024 in den sozialen Medien und im Netz für eine offene, europäische Gesellschaft zu werben. Ihre Leitfrage in diesem Projekt: Wie baut man rassistische Einstellungen ab, die in Europa weitverbreitet sind? Ein Blick hinter die Kulissen der Narrative Change Academy der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa

Text: Susanne Lang

Das Mikrofon sitzt noch nicht richtig. «Wo soll ich es anstecken?», fragt Lejla. Sie tastet ihr Kopftuch ab und sucht eine geeignete Position. Ein Techniker geht zum Tisch und hilft ihr, das kleine Mikrofon zu befestigen. Auf den Stühlen neben ihr sitzen Kübra und Yasmine. Die drei sind aufgeregt. Das Licht des Scheinwerfers an der Decke strahlt grell auf einen Karton, der vor ihnen in der Mitte des Tisches steht. Gleich geht es los, der letzte und spannendste Teil ihrer nun fast einjährigen Arbeit beginnt: der Dreh ihrer selbst entwickelten Kampagne.

Lejla, Kübra und Yasmine sind drei von insgesamt zwölf Teilnehmenden der Narrative Change Academy (NCA), die im Mai 2023 begonnen hat. Sie haben sich erfolgreich für das Projekt beworben, das die Austauschplattform «Junge Islam Konferenz» der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa in diesem Jahr zum ersten Mal ins Leben gerufen hat. In insgesamt vier Workshops in Berlin werden junge Europäer*innen aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland im Alter zwischen 18 und 27 Jahren im Kampagnenwesen geschult. Im September 2024 wird der zweite Jahrgang der Akademie starten, die Workshops werden dann in Brüssel stattfinden. Er wird offen sein für junge Menschen aus allen europäischen Ländern.

Wie baut man rassistische Einstellungen ab, die in Europa weitverbreitet sind?

Die Gruppe des ersten Jahrgangs ist denkbar vielfältig: gläubige Muslim*innen, Menschen jüdischen Glaubens und Menschen ohne Religionszugehörigkeit; europäische Staatsbürger*innen und Menschen, die in Europa leben und arbeiten, aber keine Staatsbürgerschaft in einem der drei Länder haben. Was sie alle eint: Sie haben einen akademischen Hintergrund und wollen sich für ein gemeinsames, vielfältiges und offenes Europa einsetzen.

Die Leitfrage des Bildungsprojekts lautet: Wie begegnet man diskriminierenden, rassistischen und islamfeindlichen Einstellungen, die in Europa weitverbreitet sind? Die Antwort von Lejla, Kübra,



► Aminata mit einem Cover von James Brown: «Über all die Gegenstände von uns haben wir einen ganz neuen Weg zueinander gefunden.»

Yasmine und den anderen Teilnehmenden liegt vor ihnen, in dem verschlossenen Karton auf dem Tisch, in einem Studio in Berlin-Neukölln. Er ist Teil der Kampagne, die sie bei ihren Workshops entwickelt haben. Im Karton befinden sich persönliche Gegenstände von Teilnehmenden, die etwas über ihre Vorlieben, Hobbys und ihre Wesenszüge erzählen. Lejla, Kübra und Yasmine werden gleich beginnen zu erraten, von wem die Gegenstände sein könnten. Die Kamera filmt sie dabei. Die Videos werden später auf Social Media veröffentlicht. Die Raterunden sollen auf spielerische Weise Vorurteile hinterfragen und die Menschen als vielfältige Individuen und als Teil unserer Gesellschaft erkennbar machen. Sie sollen dem verbreiteten Bild der gefährlichen und bedrohlichen Muslim*innen etwas Eindrückliches entgegensetzen.

Es ist Anfang November 2023, der vierte und letzte Workshop hat begonnen. Im ersten Stockwerk sind die Kameras aufgebaut. «Hello everybody», sagt Lejla und strahlt. «Wir haben eine geheimnisvolle Box hier», fügt sie an. «Und die werden wir jetzt auspacken!» Sie öffnet die Kartonkiste, es raschelt und knistert, dann holt Lejla einen Gegenstand heraus, der in rosa Papier eingehüllt ist: eine Polaroidkamera. «Die ist schwer!», ruft sie überrascht. Funktioniert sie überhaupt noch? Sie versucht ein Foto zu machen. Dreht die Kamera in ihren Händen hin und her. Begutachtet sie. Und rätselt: Wem könnte sie gehören? Was fotografiert sie oder er gerne? Warum liebt die Person Sofortbildabzüge?

Was erzählen uns Gegenstände über die Menschen, denen sie gehören – ganz unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Herkunft?

So lautet der Leitgedanke der gesamten Kampagne, die die Narrative Change Leaders unter professioneller Anleitung entwickelt haben und die sie nun selbst in den Auspack-Videos umsetzen: die Menschen sehen hinter all den Vorurteilen, die unsere Gesellschaften in Europa in Bezug auf den Islam dominieren. Die Botschaft klingt einfach. Sie zu finden, war jedoch alles andere als leicht.

**Narrative zu verändern,
ohne Vorurteile zu
reproduzieren – gar
nicht so einfach**

«Wir wollen die Erzählung ändern, die wir kritisieren, aber man tappt so schnell in die Falle, genau die Worte dieser Erzählung wieder zu benutzen», sagt Aminata. Zum Beispiel beim Slogan «Kein Mensch ist illegal». Auch die Verneinung bestätigt den Rahmen der Erzählung, also die Annahme, dass Menschen illegal sein könnten. Hängen bleibe in den Köpfen weniger das «kein» als vielmehr die Wörter «Mensch» und «illegal». Aus dem gleichen Grund wollten die Kampagnenmacher*innen auch nicht die beliebte Geschichte von guten Migrant*innen erzählen, die hart arbeiteten, um sich zu integrieren. Und das meist in Berufen, die der Mehrheitsgesellschaft einen Nutzen bringen: als Ärzt*innen oder Polizist*innen. Auch das impliziere, dass es schlechte Migrant*innen gebe, die diesem Bild nicht entsprechen, beispielsweise Mütter, die sich ausschließlich um ihre Kinder kümmern.

Ein Ziel der Workshops war es, eine eigene Erzählung zu finden. Aminata beginnt ihren Workshop-Tag im zweiten Stock, auf der Etage über dem Studio. Hier arbeiten die Organisationseinheiten für die Kampagne, die Teams sind nach Länderzugehörigkeiten aufgestellt, um die Verbreitung der digitalen Kampagne zu steuern, die von Januar 2024 an auf Instagram zu sehen ist. Welche Influencer*innen könnten sie ansprechen? Welche Medien sollen kontaktiert werden? Auf dem Tisch der 28-jährigen Französin kleben grüne Post-its, auf denen sie ihre Ideen notiert hat. Freunde, Influencer, Medien, Partner der Junge Islam Konferenz wie zum Beispiel die Allianz Foundation.

Erreichen wollen sie vor allem die sogenannte bewegliche Mitte der Gesellschaft. Als Zielgruppe haben die Kampagnenmacher*innen die Pragmatischen gewählt, so bezeichnet die Soziologie jene jüngeren Menschen, die politisch schlechter eingebunden und gesellschaftlich desorientiert sind und meist unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben. Wie spricht man sie am besten an?

Auf dem Weg zu einer Lösung habe es viele Diskussionen gegeben, erzählt Aminata. «Wir haben uns bis in die kleinsten Details sehr lange ausgetauscht, zum Beispiel, welche Formulierungen wir benutzen.

Wir haben alle die gleiche Vision, wir wollen gemeinsam in einer gerechten, sicheren und solidarischen Gesellschaft leben», sagt Aminata. Aber wie kann man diese Vision so formulieren, dass sie auch jene Leute teilen, die anfällig sind für populistische Erzählungen und Vorurteile?

Mit dieser Frage beschäftigt sich auch der Ansatz der hoffnungsbasierten Kommunikation. Sie beruht auf dem Grundsatz, das in den Fokus zu nehmen, was Menschen aufgrund ihrer gemeinsamen Werte erreichen könnten. Daran zu glauben, dass Veränderung möglich ist. Nicht gegen das Negative zu arbeiten, sondern für das Positive. Und sich der Sprache bewusst zu werden, die man beim Reden über andere benutzt, um einander näherzukommen.

«Mit der Kampagne, mit den Gegenständen aus der Box und den persönlichen Geschichten dazu schaffen wir Raum für Gegennarrative», sagt die Leiterin der NCA, Jasemin Seven. Die Videos sollen Geschichten von jungen Menschen und jungen Muslim*innen erzählen, die in der Öffentlichkeit bisher zu wenig Platz fänden. «Gute Dinge passieren, wenn wir uns öffnen», fügt Seven an. Daher richtet sich an alle, die die Online-Kampagne sehen, auch die Frage: «Was ist in deiner Box?» Im Idealfall nehmen sie die Frage auf, packen ebenfalls drei Gegenstände in einen Karton und teilen auf diesem Weg ihre Geschichte.

Welche Vorannahmen über andere Menschen leiten uns? Welche Sprache nutzen wir?

Unterstützt und angeleitet haben die NCA-Mitglieder bei der Entwicklung der Kampagne die drei Narrativ- und Kampagnen-expert*innen Thomas Coombes von Hope-based Communications sowie Gesine Schmidt-Schmiedbauer und Philip Doyle von der Agentur One Step Beyond. Doyles Resümee der zurückliegenden Workshops fällt sehr positiv aus. Es sei für alle nicht einfach gewesen, sich in die Zielgruppe einzudenken. «Aber wichtig ist, dass sich die jungen Menschen zutrauen, etwas zu verändern.» Das Ziel der Akademie, junge Menschen dabei zu begleiten, sogenannte Narrative Leader zu werden, ist für ihn erreicht.

Die Leiterin der NCA, Jasemin Seven, hat vor allem die Gruppendynamik zwischen den Teilnehmenden sehr berührt. «Sie haben respektvoll und meinungsreich miteinander debattiert und dabei einander Raum gegeben, an den Diskursen zu wachsen.»



David kann das bestätigen, er ist Fellow der Narrative Change Academy und hat das Konzept und eine Strategie für die Akademie mitentwickelt. In Deutschland geboren und jüdischen Glaubens weiß David um die Brisanz von Diskriminierung und Vorurteilen, aber auch um die eigenen Privilegien.

Er hat bei der Kampagne mitgemacht und ist beeindruckt: «Man betrachtet Gegenstände von Menschen und äußert sich dazu, gibt Einschätzungen ab, assoziiert – und dann offenbart sich dieser Mensch, und ich dachte nur: Wow, das hätte ich nicht gedacht.»

Dieser Prozess soll auch bei den Zuschauer*innen der Kampagnen-Videos ausgelöst werden: Nachdenken und sich bewusst machen, welche Vorannahmen über andere Menschen einen leiten. Und sich nicht zuletzt der Sprache bewusst werden, die man beim Reden über andere benutzt. Auch das kann Menschen einander näherbringen. «Über die Gegenstände und die Gespräche haben wir einen ganz neuen Weg gefunden, uns kennenzulernen», sagt Aminata. Das schafft eine Verbindung, über Grenzen hinweg.

Die Polaroidkamera übrigens, die gehört Lejla selbst. Sie liebt das Fotografieren. Sie liebt es, Erinnerungen und Gefühle festzuhalten, die sie mit anderen Menschen teilt. Und die sie mit ihnen verbindet.

Susanne Lang lebt als freie Redakteurin und Journalistin in Berlin.

◀ David hat ein Kinderbild mitgebracht: «Man betrachtet Lieblingsstücke anderer Menschen, assoziiert – und dann erlebt man, wie sehr man sich getäuscht hat.»

«Wir wollen die Erzählung ändern, die wir kritisieren, aber man tappt so schnell in die Falle, genau die Worte dieser Erzählung wieder zu benutzen.»

Blick von außen: Wie schaut die Welt auf die EU?

Die Europawahl ist nicht nur für EU-Bürger*innen relevant. Auch andere Länder in der Welt erwarten mit großem Interesse den Juni dieses Jahres. Sie haben konkrete Vorstellungen und Erwartungen an die Rolle der EU in der Welt und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen. Schließlich sind viele Entscheidungen, die in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten getroffen werden, auch für viele andere von Bedeutung. Fünf Beiträge aus Argentinien, Indien, dem Vereinigten Königreich, Südafrika und den USA geben Einblicke, wie Expert*innen aus diesen Ländern auf die EU schauen und welche Empfehlungen sie geben möchten.

Argentinien

«Neue Allianzen für die Demokratie»



Lateinamerika und die EU sollten sich bei ihrer Zusammenarbeit darauf konzentrieren, gemeinsame Strategien gegen den

weitreichenden Einfluss rechter Kräfte auf ihre Gesellschaften zu entwickeln.

Text: Gabriela Mitidieri und Robert Grosse

Am 19. November 2023 gewann die extreme Rechte in der Stichwahl die Präsidentschaftswahlen in Argentinien, unterstützt vom konservativen Bündnis Juntos por el Cambio. Das Ergebnis schockierte viele, obwohl ähnliche Muster bereits in Brasilien, den Vereinigten Staaten, Ungarn oder den Philippinen zu beobachten waren oder sind. Daher dürfen wir uns nicht nur mit den regionalen Auswirkungen dieser Regierung befassen, die das Staatswesen zerstören, Aktivist*innen verfolgen oder den Klimawandel leugnen möchte. Wir müssen uns nun vor allem auch kritisch damit auseinandersetzen, wie wir in diesem globalen Gefährdungsszenario für Demokratien

und Menschenrechte neue internationale Allianzen bilden können, insbesondere mit Europa.

Seit der Rückkehr vieler lateinamerikanischer Staaten zur Demokratie konzentrierten sich in den vergangenen 40 Jahren die «strategischen Allianzen» der Europäischen Union mit diesen Ländern vor allem darauf, sich eigene Vorteile zu sichern: durch den Austausch von Waren und Dienstleistungen und die Fortführung des Extraktivismus im Rahmen sogenannter Umwelt- oder Energiepakete. Fraglich ist, ob diese Bündnisse tatsächlich eine nachhaltige, integrative und gerechte Entwicklung bewirken können oder ob sie nicht eher die Lebensqualität der lateinamerikanischen Gesellschaften beeinträchtigen und Umwelt und Demokratien schaden.

Wir sind der Meinung, dass wir die Grundlinien der Zusammenarbeit dringend neu formulieren müssen, um eine wirklich emanzipatorische Allianz mit Lateinamerika

aufbauen zu können. Kein Handelsabkommen kann wichtiger sein als der Schutz der demokratischen Grundrechte, die in unserer Region und weltweit erneut bedroht sind. Auch Europa mit seiner langen Geschichte demokratischer Staaten- und Gesellschaftsbildung sieht seine Demokratien durch den Vormarsch rechter Parteien gefährdet. Wir müssen die historischen Asymmetrien zwischen unseren Regionen überwinden und uns diesen bedrohlichen Prozessen gemeinsam entgegenstellen.

Entwickeln wir Leitfragen und einen gemeinsamen Fahrplan gegen die extreme Rechte

Die neuen Erscheinungsformen rechts-extremer Bewegungen erreichen mit ihren disruptiven Strategien vor allem im digitalen Raum junge Menschen und schlagen so die Brücke zur traditionellen Rechten. Wie in anderen historischen Momenten gelingt es ihnen, aus weitverbreiteter sozialer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit Kapital zu schlagen – insofern kein neues Phänomen. Wir im progressiven Lager müssen jedoch begreifen, dass wir unsere eigenen Strategien neu denken müssen. Einige Leitfragen könnten uns zur Entwicklung eines gemeinsamen Fahrplans dienen. Dort, wo sich der Vormarsch der extremen Rechten erfolgreich eindämmen ließ: Welche internationalen Bündnisse waren ausschlaggebend? Wie kann eine Zusammenarbeit der Demokratien die Zivilgesellschaften stärken, wenn antidemokratische Akteur*innen bereits die Macht übernommen haben? Wie können wir unsere Bemühungen koordinieren, um Regierungen geschlossen und kritisch entgegenzutreten, die sich mit autoritären Akteur*innen verbünden? Was kann eine internationale Allianz demokratischer Akteur*innen der Zusammenarbeit zwischen rechtsextremen Regierungen entgegensetzen?

Gabriela Mitidieri ist Historikerin und Expertin für Arbeit und Gender am Instituto de Investigaciones de Estudios de Género (Universität von Buenos Aires). Sie ist Mitglied im Team für Mobilisierung/Überwachung gegen Rechts am Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS).

Robert Grosse ist Soziologe und Experte für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Aktuell ist er für die internationale Arbeitsgruppe am CELS tätig. Er lebt und arbeitet in Lateinamerika und Europa.



Indien

«Das Bild von Europa verändert sich»

Optimismus über neue Synergien: Die Dynamik der strategischen Partnerschaft zwischen Indien und der EU hat in den vergangenen Jahren Auftrieb erhalten.

Text: Jagannath Panda

Indien hat ein starkes Interesse daran, die Beziehungen zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zu stärken – von Wirtschaft und Technologie über Klima und Energiesicherheit bis hin zur multilateralen Zusammenarbeit. Dies zeigt sich daran, dass der indische Premierminister Narendra Modi in den vergangenen zwei Jahren großen Wert auf persönliche Diplomatie mit europäischen Staats- und Regierungschefs gelegt hat. Zweifellos hat die Dynamik der strategischen Partnerschaft zwischen Indien und der EU in den vergangenen Jahren neuen Auftrieb erhalten – ironischerweise nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, den beide Seiten unterschiedlich einordnen und bewerten. Auch wenn sich die jeweiligen Standpunkte unterscheiden, entwickeln sich die Beziehungen ähnlich dem Verhältnis Indiens zu den USA, insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche, technologische und regionale Sicherheitsbelange. Indien hat die EU als wertvolle Mittelmacht schätzen gelernt, und, wichtiger noch, als ausgleichende Macht im komplizierten, fragilen Gefüge der indo-pazifischen Angelegenheiten, die vom Vormachtstreben der USA und Chinas beherrscht werden.

Im Mittelpunkt des Verhältnisses zwischen Indien und der EU stehen die Wirtschaftsbeziehungen, wobei auch Technologie zu einem Schwerpunkt der Zusammenarbeit geworden ist. Verstärkt wurde dies durch die Einrichtung des Handels- und

Technologierates (TTC) und die unter Hochdruck laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FTA). In Indien herrscht großer Optimismus über diese neuen Synergien.

Gemeinsame Innovationen und Hilfe beim Aufbau einer klimaresistenten Infrastruktur

Aus Sicht vieler Expert*innen in Indien ist der Klimaschutz äußerst wichtig für die Zusammenarbeit mit der EU und ganz Europa. Die EU als Vorreiterin könnte Indien nicht nur beim Aufbau einer klimaresistenten Infrastruktur unterstützen, sondern sich auch durch Wissensaustausch und gemeinsame Innovationen einbringen, zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien.

Die multilaterale Arena erwartet von der EU ein verstärktes Engagement für wirksamen Multilateralismus und Global Governance. Indien blickt auf die EU nicht nur als Verfechterin der Grundsätze von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, sondern erwartet auch, dass sie Reformen in internationalen Foren wie den Vereinten Nationen unterstützt.

Zugleich ist das Bild Europas in der indischen Bevölkerung, auch in gewissen zivilgesellschaftlichen und strategischen Kreisen, immer noch von seiner kolonialen Vergangenheit geprägt: eine reiche, entwickelte Region, die anderen Ländern, insbesondere Entwicklungsländern oder dem sogenannten Globalen Süden, scheinheilig Normen vorgibt. Auch dies ist keine neue oder für Indien spezifische Perspektive: Neben anderen Themen machen Überfischung (z. B. «neokoloniales Plündern» von Thunfisch) und Europas Energie-Heuchelei (etwa Doppelstandards bei fossilen Brennstoffen) schon lange weltweit Schlagzeilen.

Dennoch gilt die EU als verlässlicher Partner in Fragen wie demokratische Solidarität, Menschenrechte, Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung, Zusammenarbeit mit Drittländern und menschenzentrierten Regelungen für neue Technologien. Diese Partnerschaft zu stärken, das wird als zwingend notwendig angesehen.

Dr. Jagannath Panda ist Leiter des Stockholmer Zentrums für südasiatische und indo-pazifische Angelegenheiten am Institut für Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Schweden.

Vereinigtes Königreich

«Ein besseres Abkommen für beide Seiten ist möglich»



Die Mehrheit der Menschen im Land hat verstanden, dass der Brexit mehr Probleme als Lösungen geschaffen hat. Noch haben die EU und das Vereinigte Königreich eine letzte Chance, neu aufeinander zuzugehen.

Text: Naomi Smith

Im Jahr 2026 wird das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA) zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zum ersten Mal überprüft. Dies ist die letzte sinnvolle Chance, die Beziehung neu zu gestalten, und damit die letzte Gelegenheit, ein besseres Abkommen für beide Seiten zu erreichen.

Der Brexit ist für das Vereinigte Königreich ein absolutes Desaster. Das zeigt sich, wohin man auch blickt: steigende Lebensmittelpreise, schlechtere Chancen für junge Menschen, ein kränkliches Gesundheitswesen, schleppendes Wirtschaftswachstum, geringe Produktivität und entzweite Familien.

Die Mehrheit der Menschen im Land hat diese Realität verstanden, auch viele, die beim Referendum 2016 für den Austritt aus der EU gestimmt haben und ihr Votum nun bereuen. Laut einer von «Best for Britain» im Mai dieses Jahres durchgeführten Umfrage meinen 63 Prozent der Brit*innen, der Brexit habe mehr Probleme geschaffen als gelöst. Nur 21 Prozent waren der gegenteiligen Ansicht.

Viele Brit*innen sind sich einig, dass die derzeitige Vereinbarung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union nicht funktioniert und verbessert werden muss. Eine Mehrheit der

britischen Wähler*innen wünscht sich jetzt eine engere Beziehung zum Nachbarn. Dazu gehört auch die Labour Party.

Wir können unsere Gesellschaften nach dem Brexit einander wieder näherbringen

Unter der Führung von Keir Starmer hat die Partei gute Chancen, die Parlamentswahlen im nächsten Jahr zu gewinnen. Für die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wäre das von großer Bedeutung, denn dann hätte es die EU bei der anstehenden TCA-Überprüfung nicht mit einem antagonistisch gesinnten Gegenüber zu tun, sondern mit einem Verhandlungspartner, der Annäherung sucht.

Diese Absicht hat Keir Starmer bereits geäußert. Er ist sich dabei bewusst, dass ein Wiedereintritt in den EU-Binnenmarkt, in die Zollunion oder gar als EU-Vollmitglied noch keine Option ist. Falls er zum Premierminister gewählt wird, will er die TCA-Überprüfung nutzen, um eine engere Handelsbeziehung mit der EU anzustreben. Diese Meinung teilen auch andere führende Labour-Abgeordnete im Parlament.

Es ist enorm wichtig, dass der Europäische Rat, die Kommission und das neue Europäische Parlament die Chance erkennen, die die TCA-Überprüfung nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die EU darstellt. Anstatt uns weiter auseinanderzutreiben, kann und muss es bei der Überprüfung darum gehen, unsere Gesellschaften nach dem Brexit einander wieder näher zu bringen und eine dauerhafte Einigung zu erzielen, die beiden Seiten zugutekommt.

Die EU sollte sich deshalb auf eine Zusammenarbeit mit einem völlig anderen Vereinigten Königreich einstellen, das offen und bereit ist, die TCA-Überprüfung mit guten Absichten anzugehen. Diese Gelegenheit bietet sich vielleicht nicht noch einmal. Wird sie nicht genutzt, besteht die ernste Gefahr, dass unser zerrüttetes Verhältnis endgültig zementiert wird – zum Nachteil für beide Seiten. Solange die Chance noch besteht, muss die EU sie ergreifen. Das Vereinigte Königreich wird es bestimmt versuchen.

Naomi Smith ist Geschäftsführerin von «Best for Britain», einer überparteilichen Kampagnengruppe im Vereinigten Königreich. Diese versucht, die Probleme zu lösen, mit denen Großbritannien nach dem Brexit konfrontiert ist.

Südafrika

«Wachsamer Blick Richtung Europa»



Beobachter*innen und Akteur*innen aus ganz Afrika und dem Globalen Süden versuchen derzeit einzuschätzen, wie sich die zunehmend fragmentierte geopolitische Landschaft und ein möglicher Rechtsruck Europas auf die weiteren Beziehungen zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent auswirken könnten.

Text: Philani Mthembu

Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sah die Welt noch anders aus. An eine Covid-19-Pandemie hatte niemand gedacht. Der Konflikt in der Ukraine war gegenwärtig, aber noch nicht eskaliert. Diese Ereignisse aber haben sich deutlich auf die Rolle Europas in der Welt ausgewirkt. In Afrika und Teilen des Globalen Südens wurden im Zuge der Pandemie Vorwürfe laut, die europäischen Länder verfolgten nationalistische Ansätze: Sie horteten Impfstoffe und verhängten einseitige Reiseverbote, die sich negativ auf die Wirtschaft von Handels- und Entwicklungspartnern in Afrika auswirkten. Zudem unterstützten sie Südafrika, Indien und viele Länder des Globalen Südens viel zu wenig bei ihrer Forderung, geistige Eigentumsrechte vorübergehend auszusetzen, um die Impfstoffproduktion und -verteilung im Globalen Süden voranzutreiben.

Welche Rolle kann Europa bei Friedenserhalt und Stabilität spielen?

Beobachter*innen und Akteur*innen aus ganz Afrika und dem Globalen Süden versuchen derzeit einzuschätzen, wie sich die zunehmend fragmentierte geopolitische Landschaft und ein möglicher Rechtsruck Europas auf die weiteren Beziehungen zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent auswirken könnten, insbesondere in Bezug auf Themen wie Einwanderung, Klimawandel, Wirtschaftspartnerschaften mit Afrika und die EU-Erweiterung. Genau

beobachtet wird auch, inwieweit die EU ihre Verteidigungskapazitäten ausbauen kann, um bei der Erhaltung von Frieden und Stabilität in Europa, Afrika und im Globalen Süden eine größere Rolle zu spielen. Der Krieg in der Ukraine eskaliert und die Vereinigten Staaten scheinen proaktiver zu sein als die EU – und das, obwohl der Krieg in Europa stattfindet, mit weitreichenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der EU und die europäische Sicherheitsarchitektur.

Die afrikanischen Stakeholder werden besonders daran interessiert sein, die EU-Handelspolitik in Afrika besser mit den eigenen Bemühungen des Kontinents um eine stärkere regionale Integration und den innerafrikanischen Handel durch die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AFCFTA) abzustimmen. Die EU wird sich dabei mit Kritik an ihrer Vorgehensweise bei Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auseinandersetzen müssen. Wichtige afrikanische Stakeholder werfen der EU vor, den Kontinent weiter zu fragmentieren, indem sie nicht über die bestehenden regionalen Wirtschaftsgemeinschaften verhandelt. Die EU wird auch weniger Gewicht darauf legen müssen, China und Russland in Afrika entgegenzutreten. Stattdessen sollte sie ihre Versprechen im Blick behalten, den Kontinent nachhaltig zu stärken: durch bessere Finanzierung der Infrastruktur, weitere Entwicklungszusammenarbeit und Unterstützung der institutionellen Kapazitäten der panafrikanischen Institutionen.

Bei der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf dem gesamten Kontinent wäre der EU eine zweigleisige Strategie zu empfehlen: Sie sollte ihnen helfen, ihre Kapazitäten und Kompetenzen aufzubauen, indem sie sie unter anderem finanziell unterstützt. Gleichzeitig darf sie die staatlichen Institutionen nicht aus den Augen verlieren. Schwache Staaten sind keine starken Partner, wenn es darum geht, Entwicklung und Wachstum zu fördern, und demokratische Errungenschaften laufen Gefahr, untergraben zu werden.

Dr. Philani Mthembu ist promovierter Politikwissenschaftler und geschäftsführender Direktor am Institute for Global Dialogue (IGD), einem unabhängigen Thinktank für Außenpolitik mit Sitz in Tshwane (Pretoria), Südafrika. Davor absolvierte er ein gemeinsames Promotionsprogramm der Graduate School of Global Politics an der Freien Universität Berlin und der School of International Studies an der Renmin University in Peking.



USA

«Raus
aus der
Komfort-
zone»

In den zahlreichen Krisen, die es gibt und immer geben wird, muss sich die EU als handlungsfähige Instanz erweisen, und nicht als ein Ort, an dem politische Ideen verkümmern oder vergessen werden.

Text: Rachel Rizzo

Auf amerikanische Entscheidungsträger*innen, Thinktanks und die Zivilgesellschaft wirkt die globale Rolle der Europäischen Union kompliziert und undurchschaubar. Das europäische Staatswesen gilt als mächtiges, aber esoterisches Geflecht von Institutionen, komplexen Beziehungen und wichtigen globalen Akteur*innen. Zwar hat die EU im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche Stürme erfolgreich überstanden – von der griechischen Staatsschuldenkrise bis hin zum Brexit-Debakel 2016 –, doch stagniert ihre Fähigkeit, das Weltgeschehen wirklich mitzugestalten oder zu beeinflussen. Die EU hat sich von Anfang an als «normative Macht» verstanden, wie es Ian Manners erstmals 2002 ausdrückte. Gemeint ist damit die Fähigkeit der EU, «das Verhalten anderer durch den Export ihrer Werte zu beeinflussen». Außerdem repräsentiert die Gründung der EU «eine neue und besondere Art von Akteurin innerhalb des internationalen Systems [...] über das anarchische und eigennützige Verhalten von Einzelstaaten hinaus».

Die Idee Europas als Wertegemeinschaft reicht jedoch vielleicht nicht mehr aus, damit die EU auch künftig relevant bleibt. Gideon Rachman von der *Financial Times* hat dies vor ein paar Monaten erörtert. So waren die Volkswirtschaften der USA und der EU im Jahr 2008 etwa gleich stark, während die US-Wirtschaft heute um fast ein Drittel größer ist als die der EU ohne das Vereinigte Königreich. Europa wird von US-Tech-Unternehmen wie Microsoft, Amazon und Apple beherrscht. China und die USA dominieren die Entwicklung Künstlicher Intelligenz.

Außerdem ist der europäische Kontinent immer noch in hohem Maße von den Sicherheitsgarantien der USA abhängig. Und obwohl die EU versucht, ihre eigene Verteidigungsindustrie zu entwickeln und besser zu integrieren, führen nationale Interessen und gegenseitiges Misstrauen zwischen den Mitgliedstaaten dazu, dass die meisten einfach amerikanische Rüstungserzeugnisse kaufen.

Die EU muss neue Wege finden, um sich auf der Weltbühne zu behaupten

Den USA kann das nur recht sein, weil es ihnen ein stetes, lukratives europäisches Rüstungsgeschäft sichert, wie etwa für den mehrere Milliarden teuren Kampfjet F-35. In Sachen Außenpolitik ist die EU einfach nicht in der Lage, sich auf der internationalen Bühne zu behaupten. Wer auf der Plattform X (früher Twitter) unterwegs ist, kennt wahrscheinlich den Account «Is EU concerned?» (Ist die EU besorgt?), der spöttisch jedes Mal verfolgt, wenn die Staats- und Regierungschefs der EU auf internationale Ereignisse mit Floskeln wie «bestürzt», «entsetzt», «besorgt» und «beunruhigt» reagieren statt mit tatsächlichen politischen Inhalten.

Vielen in den USA (vor allem, wenn sie sich mit der EU beschäftigen) ist bewusst, dass die Beziehungen zwischen den USA und der EU zu den wichtigsten Beziehungen der Welt gehören. Aber die EU muss neue Wege finden, um sich auf der Weltbühne zu behaupten. In den zahlreichen Krisen, die es gibt und immer geben wird, muss sich die EU als handlungsfähige Instanz erweisen, und nicht als ein Ort, an dem politische Ideen verkümmern oder vergessen werden.

Es gibt hier viele Handlungsfelder: von der Neuverschuldung zur Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsprojekte über die Ausweitung qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse anstelle von Einstimmigkeit in der Gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zur EU-Erweiterung als ernstzunehmende Möglichkeit. Zwar war die EU in der Lage, auf Krisen mit Veränderung und Anpassung zu reagieren, doch jetzt muss sie sich aus ihrer Komfortzone wagen und sich auch proaktiv verändern und anpassen, um relevant zu bleiben.

Rachel Rizzo ist Senior Fellow am Europe Center des Atlantic Council. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Europäische Union, die NATO und die transatlantische Beziehung.

Policy Papers zur Reform der EU

Europa steht vor enormen Herausforderungen. Die Klimakrise verlangt eine immense Transformationsaufgabe, die liberale Demokratie steht unter Druck, die europäische Sicherheitsordnung ist erschüttert. Die EU muss sich darauf vorbereiten, neue Mitglieder aufzunehmen. Damit sie für diese Aufgaben gewappnet ist, braucht es nicht nur den politischen Willen der Mitgliedstaaten, sondern auch eine Reform der EU. Wir erarbeiten derzeit Empfehlungen, um die EU handlungsfähiger, demokratischer, ökologischer und sozial gerechter zu machen.

eu.boell.org/en/publications

Studien

«Selbstverständlich Europäisch!?»

In Kooperation mit Das Progressive Zentrum geben wir die jährlich erscheinende Langzeitstudie «Selbstverständlich Europäisch!?» heraus. In einer repräsentativen Umfrage werden einmal im Jahr die Erwartungen der Bürger*innen an die Europapolitik erhoben. Ziel ist dabei, das Handeln der Bundesregierung mit den Haltungen der Bürger*innen hinsichtlich Deutschlands Rolle in der EU abzugleichen und Empfehlungen für ein zukunftsgerichtetes Selbstbild Deutschlands zu entwickeln. Die nächste Studie erscheint im März 2024.

boell.de/selbstverstaendlich-europaeisch

Women CSO leaders for systemic change

Diese Studie zeigt einerseits Fortschritte der letzten Dekade und andererseits verbleibende Hindernisse sowie Chancen für weibliche Führungskräfte in zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) in Europa. Die zentralen Erkenntnisse deuten auf einen besorgniserregenden Trend zum Burnout bei weiblichen Führungskräften im CSO-Sektor hin, der die Bemühungen um einen systemischen Wandel beeinträchtigt.

eu.boell.org/en/women-cso-leaders-for-systemic-change

Toolkit

In defence of defenders

Das Toolkit bietet einen Überblick über rechtliche und kommunikative Handlungsmöglichkeiten gegen Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen auf internationaler, EU- sowie nationaler und lokaler Ebene. Bislang ist es in englischer, griechischer und serbo-kroatischer Sprache erhältlich, Übersetzungen ins Italienische und Französische werden folgen. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Thessaloniki in Kooperation mit dem Border Violence Monitoring Network. gr.boell.org/en/media/remote-video/defence-defenders-criminalised-solidarity-europe

Digitale Karte

«Moving Cities»

Städte haben sich in der europäischen Migrationsdebatte mittlerweile zu eigenständigen politischen Akteurinnen entwickelt. Die interaktive digitale Karte von «Moving Cities» gibt erstmals eine Übersicht über kommunale Strategien zur Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten in Europa. Sie stellt fünfzig inspirierende Ansätze näher vor und gibt einen Überblick über alle europäischen Städte und Netzwerke, die sich für eine solidarische Migrationspolitik einsetzen.

<https://moving-cities.eu/de>

Atlas

European Mobility Atlas

Sich frei über Grenzen hinweg zu bewegen, das ist Kern des europäischen Projekts. Der massive Anstieg des motorisierten Verkehrs schadet unübersehbar dem Klima, der Natur und der Gesundheit der Europäer*innen. Der European Mobility Atlas bietet zunächst eine Bestandsaufnahme des Verkehrssektors und der Entwicklung der unterschiedlichen Verkehrsmittel in Europa. In 20 Kapiteln mit über 50 Infografiken und Karten stellen wir aber auch Lösungen vor, mit denen Mobilität gerechter für Umwelt und Menschen wird. Der Atlas liegt in sieben Sprachen vor. eu.boell.org/en/European-Mobility-Atlas

Dossier

Roadmap to 100% renewable energy in the EU

Dass wir die Klimakrise ohne eine schnelle Vervielfachung Erneuerbarer Energien nicht meistern, das ist mittlerweile unstrittig. Wie aber kann die europäische Energiewende in der Praxis weiter beschleunigt werden? Unser Brüsseler Büro moderiert zu dieser Frage gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe eine Expert*innengruppe aus europäischen Institutionen, Kommunen, Wissenschaft und Industrie. Ihre Studien und Factsheets zeigen die Maßnahmen, die nach der Europawahl in Angriff genommen werden müssen, um sicher und sozial gerecht auf 100% Erneuerbare Energien umzusteigen.

eu.boell.org/en/renewables-2030

The road to the 2024 European Parliament elections

Zum zehnten Mal in der Geschichte der EU werden Hunderte Millionen Menschen ihre Stimmen abgeben und damit die EU-Politik für die nächsten fünf Jahre entscheidend prägen. In unserem Europawahl-Dossier diskutieren wir: Vor welchen Herausforderungen steht die EU? Welche Prioritäten sollten für die nächsten fünf Jahre gesetzt werden? Und wie werden die Wahlergebnisse die europäische Demokratie und den europäischen Grünen Deal beeinflussen?

eu.boell.org/en/EP2024

Konferenz

European Democracy Conference

Die European Democracy Conference bringt seit 2009 jedes Jahr europäische Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit miteinander ins Gespräch, um ein zentrales europapolitisches Thema zu diskutieren. Unser Ziel ist es, drängende europäische Zukunftsthemen auf die Tagesordnung zu setzen, Debatten voranzubringen und gemeinsam an innovativen Lösungsansätzen zu arbeiten. Die nächste Konferenz findet im Juli 2024 statt.

boell.de/de/european-democracy-conference

«Heute gibt es keine Utopien.
Es gibt eher Dystopien, wir sprechen über
eine schlechte Gegenwart und Zukunft.
Ich glaube aber, dass diese Dystopien sehr nützlich
sind. Sie lehren uns, dass wir keinen Gespenstern
nachjagen, sondern, wie Voltaire sagte,
unseren eigenen Garten kultivieren sollen.
Wenn wir an unserer Gegenwart arbeiten, dann
können wir unsere Welt bis zu einem gewissen Grad
verbessern, auch ohne Utopien. Wir brauchen keine
großen Ideen, kein Schlaraffenland.
Wenn man das gelernt hat, dann versteht
man auch, was liberale
Demokratie bedeutet.»



Ágnes Heller,
Philosophin
(1929-2019)

Veranstaltungen

Den digitalen Raum bändigen
11. April (Do), Zoom

Blue Run

Eine Geschichte über Wasser, zwei Kontinente und eine Mission – und 31 Marathons in 31 Tagen
18. April (Mo), 17.00-21.00 Uhr
Heinrich-Böll-Stiftung

Vereint in Vielfalt, Europa im Herzen

Die kulturpolitische Bedeutung des Eurovision Song Contest
7. Mai (Do), 18.00-20.30 Uhr, ab 21.00 Uhr Public Viewing des ersten ESC-Halbfinals
Heinrich-Böll-Stiftung
calendar.boell.de

Publikationen

Wirtschaftsatlas 2024

Die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, muss sich ändern. Die Klimakrise, die schwindenden Ressourcen, die Vermüllung der Umwelt und der Verlust an Biodiversität verlangen einen Wandel, der Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung in Unternehmen, Banken und Handel einen hohen Rang einräumt. Der Wirtschafts atlas 2024 beleuchtet nicht nur die dafür notwendigen Maßnahmen, sondern wirft auch einen grundsätzlichen Blick auf Geschichte und Vielfalt ökonomischen Handelns.
boell.de/atlantent

Heinrich Bölls `68

1968 war auch für Heinrich Böll ein bewegendes Jahr. Als Aktivist gegen die Notstandsgesetze oder als zufälliger Zeitzeuge bei der Niederschlagung des Prager Frühlings – Böll wusste stets das Geschehen in einen erhellenden Zusammenhang zu setzen. Zu entdecken ist Böll in diesem Essay des Literaturwissenschaftlers Ralf Schnell in sechs kurzen, exemplarischen Lektüren. Sie erklären, wieso sich Böll nicht nur als Schriftsteller, sondern «von Natur aus» auch als Oppositioneller verstand.

Demokratie und Wahrheit

Der Theologe und Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann gehörte zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt» in der DDR. Nach der Wiedervereinigung war er für Bündnis 90/Die Grünen Abgeordneter im Deutschen Bundestag und später im Europaparlament. Mit diesem Sammelband erinnern wir an einen leidenschaftlichen wie gelehrten Streiter für bürgerliche Grundrechte, gesellschaftlichen Dialog und gegenseitigen Respekt.
boell.de/publikationen

Dossiers

Nie wieder ist jetzt

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war eine historische Zäsur. Viele Jüdinnen und Juden fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher. In diesem Dossier beschäftigen wir uns mit der aktuellen Realität jüdischen Lebens in Deutschland. Wir geben unterschiedlichen Stimmen Raum, um alten und neuen Ressentiments nachzugehen und aufzuzeigen, was für ein ziviles, solidarisches und empathisches Miteinander getan werden kann.

Klimaneutrales Heizen

Das Heizungsgesetz war lange umkämpft, doch seit dem 1. Januar 2024 ist es offiziell in Kraft. In diesem Dossier stellen wir drei Familien und eine Hausgemeinschaft vor, die das klimaneutrale Heizen schon vorher angepackt haben und jetzt effizienter und billiger heizen.
boell.de

Podcasts

Pod der guten Hoffnung

Für alle, die Hoffnung und konstruktive Ideen für den Umgang mit ihren Gefühlen angesichts der Klimakrise suchen. Erscheint jeden zweiten Mittwoch.
boell.de/podcasts/pod-der-guten-hoffnung

Über den Tag hinaus

Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht führen mit ihren Gästen spannende Gespräche mit direktem Bezug zur Stiftungsarbeit.
boell.de/podcasts/ueber-den-tag-hinaus

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 - 2 85 34 - 0
F 030 - 2 85 34 - 109
info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Eva van de Rakt und
Roderick Kefferpütz

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

Schlussredaktion

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Titel-Illustration

Jules Magistry

Druck

Kern GmbH Bexbach

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

x.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

Jacques Delors (1925-2023), Präsident der Europäischen Kommission von 1985 bis 1995, in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1989

«Europa als Partner [...] erfordert mehr Zusammenhalt, mehr Verantwortungsgefühl, mehr Initiative. Die Geschichte klopft an unsere Tür. Werden wir uns taub stellen?»

Böll.Thema 24-1
Europa – ein Versprechen

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 38 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de